



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Für Bonn im Bundestag

Pressespiegel

Nr. 6

**Januar 2009 -
März 2009**



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 1/09

2. Januar 2009

Bund feiert Grundgesetzjubiläum in Bonn Bürgerfest und zahlreiche hochrangige Veranstaltungen

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel zu Beginn des Jubiläumsjahres 2009 mitteilte, wird der Bund eine Reihe wichtiger Veranstaltungen zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes in Bonn ausrichten: „Ursprünglich hatte man nur Veranstaltungen in Berlin geplant. Ich bin aber überall auf offene Ohren gestoßen, als ich Bonn als wichtigen Veranstaltungsort für die Feierlichkeiten vorgeschlagen habe. Immerhin ist Bonn die Geburtsstätte des Grundgesetzes.“ Wie Eisel sagte, habe er insbesondere bei Bundeskanzlerin Angela Merkel und Bundestagspräsident Norbert Lammert Unterstützung für seine Vorschläge gefunden.

Im Mittelpunkt steht nach Eisels Angaben das von der Bundesregierung auf der Museumsmeile ausgerichtete „Bonner Verfassungsfest“ vom 22-24. Mai. Dazu gehören die Live-Übertragung des Staatsaktes zum Verfassungsjubiläum und der Wahl des Bundespräsidenten mit einem vielfältigen Begleitprogramm. In diesem Rahmen findet auch das von Eisel initiierte Bundes-Bigband-Festival mit über 15 Bigbands – darunter die WDR-Bigband, das Bundesjazzorchester und Peter Herbolzheimer's „Grey Hair Convention“. Zum Programm des Geburtstagswochenendes gehören auch eine lange Nacht der Demokratie sowie das traditionelle Museumsmeilenfest.

Weiterer Höhepunkt im Jubiläumsjahr ist die erste Sitzung des Bundeskabinetts seit dem Umzug nach Berlin. Sie soll im März stattfinden. Außerdem werden im früheren Bundeskanzleramt das Kanzlerbüro, der Kabinettsaal im Kanzleramt und der Kanzlerbungalow renoviert und mit einer Dauerausstellung versehen, die wie im Palais Schaumburg die für Besuchergruppen zugänglich sein wird. Vorgesehen ist, dass die Kanzlerin die Eröffnung selbst vornimmt. In diesem Zusammenhang steht auch eine Erweiterung des „Weges der Demokratie“.



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 1/09

2. Januar 2009

Bereits vom 2.-4. März wird der Deutsche Bundestag mit einem Infomobil voraussichtlich auf dem Münsterplatz über die Verfassung und die Arbeit des Parlaments informieren.

Als „besonderen Höhepunkt“ bezeichnete es Eisel, dass im Rahmen des Verfassungsjubiläums zum ersten Mal überhaupt das Original Exemplar des Grundgesetzes ausgestellt wird, und zwar im Bonner Haus der Geschichte.

Wie Eisel weiter mitteilte, hat die Bonner Universität für das Sommersemester eine hochrangig besetzte Ringvorlesung „60 Jahre Grundgesetz – eine geglückte Verfassung“ angekündigt. Der Arbeitskreis christlicher Kirchen bereite für den 30. Mai einen ökumenischen Gottesdienst zur Grundgesetzjubiläum im Bonner Münster vor, zu dem bereits der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz Erzbischof Zollitisch und Metropolit Augoustinos zugesagt hätten. Das Robert-Schuman-Institut plane gemeinsam mit der Universität am 14./15. Mai eine größere Deutsch-Französisch-Polnische Konferenz.

Eisel erwartet weitere wichtige Akzente durch große Verbände. So habe der Deutsche Industrie- und Handelskammertag wegen des 60. Jubiläums des Grundgesetzes seine Herbstvollversammlung eigens nach Bonn gelegt. Sie findet am 19. November statt.

Als besonders wichtig bezeichnete es der Bonner Bundestagsabgeordnete, dass der Deutsche Bundestag seinen eigenen 60. Geburtstages – die Eröffnungssitzung hatte am 7. September 1949 stattgefunden – mit einer besonderen Bonner Sitzung begehen wolle. Bundestagspräsident Norbert Lammert hatte bereits im Herbst letzten Jahres zu einer Feierstunde anlässlich des 60. Geburtstages des Parlamentarischen Rates ins Museum Koenig eingeladen: „Insgesamt ist es gelungen, durch viele herausragende Veranstaltungen Bonn neben Berlin als zentralen Ort der Jubiläumsfeierlichkeiten zu verankern. Ich bin froh, dass ich dazu beitragen konnte.“

Lokales

>> Bonn

Gemeinsam Paroli bieten

Kommentar

Von Bernd Leyendecker

Es gibt gute Traditionen in der Region. Auch bei Politikern. So haben seit Anfang 1991, also vor der Berlin/Bonn-Entscheidung am 20. Juni jenen Jahres, Bundestagsabgeordnete jedweder Couleur ihre Parteibücher an der Garderobe abgeben, wenn es darum ging, gemeinsame Strategien zum Wohle der Region zu erarbeiten.

Und sie hatten damit großen Erfolg. Denn ohne ihr eindeutiges Bekenntnis zur Bundesstadt Bonn wären weder das Berlin/Bonn-Gesetz noch der Ausgleichsvertrag, in dem rund 1,4 Milliarden Euro Bundesgelder für den Strukturwandel festgeschrieben wurden, zu Stande gekommen.

Dass nun Stephan Eisel (CDU) die Zusammenarbeit mit seinen Bundestagskollegen Ulrich Kelber (SPD) und Guido Westerwelle (FDP) in puncto "Zukunft Bonn" lobt, zeigt, dass sie an die Traditionen seiner Amtsvorgänger Ingrid Matthäus-Meier, Norbert Blüm, Hans Daniels, Horst Ehmke und Franz Möller anknüpft.

Das Trio kann sich politisch streiten in allen Fragen, die im Bundestag anstehen - wenn es aber um Bonn geht, ist gemeinsame Sache zwingend notwendig. Denn nur wenn die Abgeordneten der Region mit einer Stimme sprechen, können sie den Alles-nach-Berlin-Befürwortern Paroli bieten. Das Beispiel Datenschutzbeauftragter zeigt, dass Bonn stets auf der Hut sein muss.

[\[zum Artikel \]](#)

Artikel vom 07.01.2009

Artikel bookmarken bei...     

(SF/kou). - Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** zu Beginn des Jubiläumsjahres 2009 mitteilte, wird der Bund eine Reihe wichtiger Veranstaltungen zum **60. Geburtstag des Grundgesetzes** in Bonn ausrichten: „Ursprünglich hatte man nur Veranstaltungen in Berlin geplant. Ich bin aber überall auf offene Ohren gestoßen, als ich Bonn als wichtigen Veranstaltungsort für die Feierlichkeiten vorgeschlagen habe. Immerhin ist Bonn die Geburtsstätte des Grundgesetzes.“ Wie Eisel sagte, habe er insbesondere bei Bundeskanzlerin **Angela Merkel** und Bundestagspräsident **Norbert Lammert** Unterstützung für seine Vorschläge gefunden.

Im Mittelpunkt steht nach Eisels Angaben das von der Bundesregierung auf der Museumsmeile ausgerichtete **„Bonner Verfassungsfest“** vom 22. bis 24. Mai. Dazu gehören die Live-Übertragung des Staatsaktes zum Verfassungsjubiläum und der Wahl des Bundespräsidenten mit einem vielfältigen Begleitprogramm. In diesem Rahmen findet auch das von Eisel initiierte **Bundes-Bigband-Festival** mit über 15 Bigbands - darunter die **WDR-Bigband**, das **Bundesjazzorchester** und **Peter Herbolzheimer's „Grey Hair Convention“**. Zum Programm des Geburtstagswochenendes gehören auch eine **lange Nacht der Demokratie** sowie das traditionelle **Museumsmellenfest**.

Weiterer Höhepunkt im Jubiläumsjahr ist die erste Sitzung des Bundeskabinetts seit dem Umzug nach Berlin. Sie soll im März stattfinden. Außerdem werden im früheren Bundeskanzleramt das Kanzlerbüro, der Kabinettsaal im Kanzleramt und der Kanzlerbungalow renoviert und mit einer Dauerausstellung versehen, wie im Palais Schaumburg, die für Besuchergruppen zugänglich sein wird. Vorgesehen ist, dass die Kanzlerin die Eröffnung selbst vornimmt. In diesem Zusammenhang steht auch eine Erweiterung des „Weges



■ Bundestagsabgeordneter **Stephan Eisel**. Foto: kou

der Demokratie“. Bereits vom 2.-4. März wird der Deutsche Bundestag mit einem Infomobil voraussichtlich auf dem Münsterplatz über die Verfassung und die Arbeit des Parlaments informieren.

Als „besonderen Höhepunkt“ bezeichnete es Eisel, dass im Rahmen des Verfassungsjubiläums zum ersten Mal überhaupt das Original Exemplar des Grundgesetzes ausgestellt wird, und zwar im Bonner **Haus der Geschichte**.

Wie Eisel weiter mitteilte, hat die **Bonner Universität** für das Sommersemester eine hochrangig besetzte Ringvorlesung **„60 Jahre Grundgesetz - eine geglückte Verfassung“** angekündigt. Der **Arbeitskreis christlicher Kirchen** bereite für den 30. Mai einen ökumenischen Gottesdienst zum Grundgesetzjubiläum im Bonner Münster vor, zu dem bereits der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz **Erzbischof Zollitsch** und der griechisch-orthodoxe **Metropolit Aggoustinos** zugesagt hätten. Das **Robert-Schuman-Institut** plane außerdem gemeinsam mit der Universität am 14. und 15. Mai eine größere Deutsch-Französisch-Polnische Konferenz.

Eisel erwartet weitere wichtige Akzente durch große Verbände. So habe der **Deutsche Industrie- und Handelskammertag** wegen des 60. Jubiläums des Grundgesetzes

seine Herbstvollversammlung eigens nach Bonn gelegt. Sie findet am 19. November statt.

Als besonders wichtig bezeichnete es der Bonner Bundestagsabgeordnete, dass der **Deutsche Bundestag** seinen eigenen 60. Geburtstag - die Eröffnungssitzung hatte am 7. September 1949 stattgefunden - mit einer besonderen Bonner Sitzung begehen wolle. Bundestagspräsident **Norbert Lammert** hatte bereits im Herbst letzten Jahres zu einer Feierstunde anlässlich des 60. Geburtstages des **Parlamentarischen Rates** ins **Museum Koenig** eingeladen.

Schäfer, 07.01.09



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 -184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 - 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 2/09

8. Januar 2009

Eisel lädt Bonner nach Berlin ein

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch im neuen Jahr die Teilnahme an einer politischen Informationsreise nach Berlin an: „Die Arbeit des Bundestages und der Blick hinter die Kulissen des politischen Berlins sind sicher eine Reise wert. Ich möchte dies möglichst vielen Bonnern ermöglichen. Selbstverständlich stehe ich in Berlin auch zu einem Gespräch über meine Arbeit für Bonn im Deutschen Bundestag zur Verfügung.“

Der Teilnehmerbeitrag von 199.- € beinhaltet einen dreitägigen Besuch in Berlin, die An- und Abreise in einem modernen Fernreisebus, zwei Übernachtungen im Doppelzimmer eines gehobenen Hotels inkl. Frühstücksbuffet, eine dreistündige Sightseeing-Tour mit persönlichem Stadtführer, zwei Mittagessen und ein Imbiss sowie den Besuch des Deutschen Bundestages und der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen.

Einzelzimmer und Eintrittskarten zu kulturellen Veranstaltungen werden gegen Aufpreis angeboten. Die Reiset termine liegen zwischen März und Juli 2009.

Nähere Informationen erhalten Sie unter www.stephaneisel.de oder im Wahlkreisbüro von Stephan Eisel, Markt 10-12, Tel. 184 99 832

Eisel lädt nach Berlin

Bundestagsabgeordneter Stephan Eisel lädt Bonner zu einer politischen Info-Reise nach Berlin ein. Für 199 Euro bei zwei Übernachtungen gibt es u. a. einen Besuch des Bundestages. Infos unter 02 28/18 49 98 32.

Express, 09.01.09

Haus & Grund, 01/2009

Erbschaftsteuerreform:

Eisel stimmt dagegen

Im Unterschied zur Mehrheit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel in namentlicher Abstimmung im Deutschen Bundestag das Gesetz zur Reform der Erbschaftsteuer abgelehnt. In einer schriftlichen Erklärung nannte er die Gründe für sein Abstimmungsverhalten, die der Position von Haus & Grund (siehe auch Seite XY) nahekommt. Wir dokumentieren Eisels Erklärung auszugsweise.

Generell halte ich es erstens für ein falsches gesellschaftspolitisches Signal, bereits versteuertes Vermögen dann erneut zu besteuern, wenn es nicht konsumiert, sondern an die nächste Generation weitergegeben wird. Die im Grundgesetz vorgegebene Sozialverpflichtung des Eigentums könnte besser durch einen steuerlichen Tarifaufschlag für hohe Einkommen umgesetzt werden.

Gegenteil von Steuervereinfachung

Zweitens ist das Gesetz das genaue Gegenteil von unserem angestrebten Weg zur Steuervereinfachung, die ich für dringend geboten halte. Im Bemühen jeden Einzelfall zu lösen ist ein überaus kompliziertes Gesetzeswerk entstanden, das kein Bürger ohne die Hilfe ausgewiesener Experten verstehen kann. Es ist sowohl eine grundlegende Frage des Umgangs des Staates mit den Bürgern, als auch der sozialen Gerechtigkeit, gerade in der Steuergesetzgebung der Verständlichkeit und Transparenz höchste Priorität einzuräumen.

Drittens habe ich erhebliche Zweifel daran, ob der vorliegende Gesetzentwurf gerade im Mittelstand und Handwerk die Sicherheit der Arbeitsplätze gewährleistet, die mit dem Betriebsvermögen an die nächste Generation weitergegeben werden. In seiner Entscheidung vom 22. Juli 1995 betont das Bundesverfassungsgericht, dass das Unternehmensvermögen „in besonderer Weise Gemeinwohl gebunden und Gemeinwohl verpflichtet“ ist. „Die Verfügbarkeit über den Betrieb und einzelne betriebliche Wirtschaftsgüter ist beschränkter als bei betrieblich ungebundenem Vermögen.“

Diese „verminderte finanzielle Leistungsfähigkeit“ sei erbschaftsteuerrechtlich zu berücksichtigen. Dem Gesetz liegt aber nicht mehr diese Sozialpflichtigkeit des Vermögensbestandes zugrunde, sondern die andersartige Frage, wie der Erbe sein Vermögen bewirtschaftet. Dabei kann es dazu kommen, dass die Steuer auch dann anfällt, wenn der Betrieb für den Erhalt von Arbeitsplätzen durch Modernisierungen und Marktanpassungen besonderen Kapitalbedarf hat.

Widerspruch zum Familienbild

Viertens kann ich dem Gesetz auch deswegen nicht zustimmen, weil darin Geschwister wie Nicht-Verwandte behandelt werden. Trotz der dafür vorgebrachten rechtssystematischen Gründe steht dies im diametralen Widerspruch zu dem Familienbild, von dem die Stabilität unserer Gesellschaft entscheidend abhängt.



Enttäuscht vom neuen Erbschaftsteuergesetz: Bonns CDU-MdB Stephan Eisel

Fünftens schreibt Bundesfinanzminister Steinbrück am 24.11.2008 an die SPD-Bundestagsfraktion, dass durch das neue Erbschaftsteuergesetz „nicht nur das von uns als Ziel vorgegebene Aufkommen von 4 Mrd. Euro erreicht werden, sondern das Aufkommen an der Erbschaftssteuer weiter wachsen (Steuerschätzung für 2009: 4,78 Mrd. Euro)“ wird. Ich halte es aus grundsätzlichen Erwägungen für falsch, eine vom Bundesverfassungsgericht aus anderen Gründen veranlassete Gesetzesänderung zur Erhöhung von staatlichen Einnahmen zu nutzen.“



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 3/09

14. Januar 2009

Bonn als Pate für neues Marine-Schiff

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat sich bei Verteidigungsminister Franz-Josef Jung dafür eingesetzt, dass eines der größten Schiffe der Bundesmarine auf den Namen „Bonn“ getauft wird. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat im Dezember 350 Mio € für die Neuanschaffung eines sog. „Einsatzgruppenversorgers“ freigegeben: „Ich habe den Bundesverteidigungsminister vor Weihnachten gebeten, Bonn als Paten für das neue Schiff vorzusehen. Bonn hat als erster Dienstsitz des Verteidigungsministerium ein besonderes Verhältnis zur Bundeswehr und eine solche Namensgebung wäre auch ein passendes Zeichen zum Geburtstag des Grundgesetzes, das in Bonn vor 60 Jahren erarbeitet und beschlossen wurde.“

Einsatzgruppenversorger sind Versorgungsschiffe mit ca. 160 Besatzungsmitgliedern, die der logistischen und medizinischen Unterstützung dienen. Sie sind so ausgerüstet, dass sie Güter auf hoher See übergeben können und verfügen über zwei Hubschrauber. Besonderes Kennzeichen der Schiffe ist eine notfallmedizinische Kapazität, die in etwa der eines Kreiskrankenhauses entspricht. Dazu gehören 45 Krankbetten, davon vier als Intensivstation. Zur Zeit verfügt die Marine über zwei derartige Schiffe, die die Namen „Berlin“ und „Frankfurt am Main“ tragen.

Eisel unterstützt mit seinem Vorstoß eine Initiative von Botschafter a.D. Hans-Joachim Heldt, einem Bonner Mitglied des Vereins „Reunion der Deutschen Marine“, in dem sich bundesweit Teilnehmer von Wehrübungen der Bundesmarine zusammengeschlossen haben. Wie Eisel mitteilte, unterstützt auch die CDU-Ratsfraktion den Vorschlag: „Ich hoffe, dass sich dem auch die anderen Ratsfraktionen und die Oberbürgermeisterin anschließen. Wenn wir uns gemeinsam dafür einsetzen, haben wir gute Chancen im Wettbewerb mit vielen anderen Städten, welche die Patenschaft ebenfalls anstreben.“



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 4/09

14. Januar 2009

Bundeskabinett für Bonner IRENA-Bewerbung

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat das Bundeskabinett heute beschlossen, dass sich Deutschland mit Bonn als Sitz um die Ansiedlung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) bewerben wird: "Das ist eine außerordentlich erfreuliche Entscheidung, denn Bonn bringt alle Voraussetzungen für den Sitz dieser wichtigen neuen internationalen Organisation mit. Damit ist auch das Ansinnen des Berliner Bürgermeisters Wowereit gescheitert, IRENA nach Berlin zu holen."

Eisel erinnerte daran, dass sich im Herbst 2008 NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers in einem persönlichen Schreiben an Bundeskanzlerin Angela Merkel für Bonn eingesetzt hat: "Ich freue mich, dass wir die Kanzlerin auf der Seite Bonns haben. Jetzt kommt es darauf an, die deutsche Bewerbung für Bonn auch im internationalen Wettbewerb durchzusetzen."

2007 hatten Deutschland, Spanien und Dänemark die Gründung von IRENA angeregt, um Industrie- und Entwicklungsländer beim Ausbau von erneuerbaren Energien zu unterstützen. Auf einer Vorbereitungskonferenz im Oktober 2008 in Madrid verständigten sich 51 Staaten auf den Text des Gründungsvertrages. Die Gründungskonferenz wird am 26./27. Januar 2009 in Bonn stattfinden. Mitte 2009 soll die Frage des Sitzes entschieden werden. Im Rennen ist neben Bonn voraussichtlich auch Madrid.



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wahlkreisbüro: Markt 10-12

53111 Bonn

0228 - 184 99832

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel. 030 - 227 - 77088

stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 5/09

14. Januar 2009

Seriosität statt Luftnummern

„Unseriöse Zahlenspielerereien“ hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel der Bonner SPD im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket der Großen Koalition vorgeworfen: „Dass SPD-OB-Kandidat Jürgen Nimptsch drei Tage bevor die Koalition überhaupt Beschlüsse gefasst hat, 75 Mio € für Bonn angekündigt hat, war völlig aus der Luft gegriffen. Mit solchen Spielchen macht man sich lächerlich und kann man Bonner Interessen gegenüber dem Bund nicht vertreten. Der SPD-Bundestagsabgeordnete Kelber jetzt die Zahl 35 Mio € genannt. Tatsächlich steht aber noch überhaupt nicht fest, wieviel Geld tatsächlich in Bonn ankommen wird, denn entscheidend dafür ist die Qualität der vorgesehenen Investitionen.“

Eisel wies darauf hin, dass das Bundesgeld nicht für die Finanzierung eines allgemeinen kommunalen Wunschzettels von der Oper bis zum Rathaus oder für die kommunale Haushaltssanierung – Bonn zahlt für 1,3 Milliarden € städtischer Schulden 62 Mio € an Zinsen jährlich - fließen werde: „Es geht um Arbeitsplätze und Zukunftsinvestitionen: Die Koalition hat eindeutige Schwerpunkte für die Bundesförderung kommunaler Projekte beschlossen. 65 % werden auf den Investitionsschwerpunkt Bildung entfallen, und zwar ganz konkret für Kindergärten und die energetische Sanierung von Schulen. 35 % der Finanzhilfen des Bundes können für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden, d. h. insbesondere Krankenhäuser, Städtebau und Lärmsanierung an kommunalen Straßen.“

„Wieviel Geld letztlich in Bonn ankommt, hängt entscheidend davon ab, welche Projekte in den genannten Schwerpunkten bau- und genehmigungsreif in den Verwaltungsschubladen liegen. Dazu hat die CDU-Ratsfraktion von der Verwaltung zu Recht eine Übersicht verlangt. Auf dieser Grundlage muss man sich dann möglichst schnell über die Parteigrenzen hinweg einigen. Wer Bonn etwas erreichen will, muss seriös arbeiten und darf keine Luftnummern produzieren.“

Hartberg-Bote 14. Januar 2009

Das muss mal gesagt werden

Neuer Versorger soll auf "Bonn" getauft werden

Wer aufmerksam die Pressemitteilungen des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel liest, der kommt schnell zu dem Schluss: Eisel setzt sich mit großem Engagement für Bonn ein. Es vergeht kaum ein Tag, an dem sich der CDU-Politiker mit einer Pressemitteilung meldet, aus der hervorgeht, was gut für Bonn ist. A la bonne heure, Herr Eisel! Freilich ist er auch kritisch gegenüber der anderen Parteien. Der ehemalige Grundwehndienstler, 1974/75 bei den Gebirgsjägern im schönen Mittenwald „kämpfend“, ist nicht allein ein Verfechter Bonns, sondern auch ein Mann der Bundeswehr. So setzt er sich beim Verteidigungsminister Franz-Josef Jung dafür ein, dass eines der größten Schiffe der Bundesmarine, ein Versorger, auf den Namen „Bonn“ getauft werden soll. In seiner Begründung heißt es: „Bonn hat als erster Dienstsitz des Verteidigungsministeriums ein besonderes Verhältnis zur Bundeswehr und eine solche Namensgebung wäre auch ein passendes Zeichen zum Geburtstag des Grundgesetzes, das in Bonn vor 60 Jahren erarbeitet und beschlossen wurde.“ Nun hofft Eisel, dass auch der Rat der Stadt Bonn mitzieht, so auch die Oberbürgermeisterin. „Wenn wir uns gemeinsam dafür einsetzen, haben wir gute Chancen im Wettbewerb mit vielen anderen Städten, welche die Patenschaft ebenfalls anstreben, zu gewinnen“. Schaut man sich die Begründung des CDU-Politikers Eisel an, dann ist die Taufe des Schiffes der Bundesmarine auf den Namen „Bonn“ längst überfällig. Denn ein Einsatzgruppenversorger trägt bereits den Namen „Berlin“. Und „Frankfurt am Main“ heißt ein weiterer Versorger, der in Flensburg vom Stapel lief. Nun ist es an der Zeit, dass auch der Name Bonn am Bug des neuen Einsatzgruppenversorgers zielt. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat im Dezember 2008 350 Millionen Euro für die Neuanschaffung eines Einsatzgruppenversorgers, der zur logistischen und medizinischen Unterstützung dient, freigegeben. Diese können Güter auf hoher See übergeben und verfügen über zwei Hubschrauber. Besonderes Kennzeichen der Schiffe ist eine notfallmedizinische Kapazität, die in etwa der eines Kreiskrankenhauses entspricht. Dazu gehören 45 Krankenbetten, davon vier als Intensivstation. (Manfred Rademacher)

CDU wählt Kandidaten

Auf einer Mitgliederversammlung am Donnerstag wählt die Bonner CDU ihren Bundestagskandidaten. Bewerber ist bislang der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel. Die Versammlung beginnt um 19 Uhr in der Stadthalle Bad Godesberg. (EB)

Rundschau, 14.01.09

Kabinett ist für Bonn

Irena soll in die ehemalige NRW-Landesvertretung

BONN/BERLIN. Deutschland bewirbt sich mit Bonn um die Ansiedlung der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (Irena). Einen entsprechenden Beschluss fasste gestern das Bundeskabinett. Damit hatte Berlin das Nachsehen; die Stadt hatte sich ebenfalls beworben. Am Montag, 26. Januar, findet in Bonn die Gründungskonferenz der Agentur statt, im Juni die Generalversammlung. Die wird dann entscheiden, ob Irena tatsächlich nach Bonn kommt. Denn mit Kopenhagen, Wien und Saragossa bewerben sich drei weitere Städte. Die Agentur, die von 51 Staaten unterstützt wird, hat das Ziel, Industrie- und Entwicklungsländer beim Aufbau erneuerbarer Energien zu unterstützen. Der SPD-Bundestagsabgeordnete

Ulrich Kelber sagte, Bonn sei geradezu prädestiniert für Irena: „Die Stadt ist Standort aller relevanten UN-Organisationen im Bereich der Nachhaltigkeit und aller wichtigen Nichtregierungsorganisationen auf diesem Sektor; damit hatten und haben wir mit der herausragenden Forschungslandschaft im Raum Bonn-Köln-Aachen gute Argumente für den Standort Bonn“. Nach seinen Angaben will der Bund die ehemalige NRW-Landesvertretung neben dem ehemaligen Bundeskanzleramt kaufen, um sie für bis zu 250 Irena-Mitarbeiter umzubauen. Für seinen Amtskollegen Stephan Eisel (CDU) kommt es nun darauf an, die deutsche Bewerbung für Bonn auch im internationalen Wettbewerb durchzusetzen. ly

General-Anzeiger
15.01.09

Schiff soll den Namen „Bonn“ tragen

Gerade beschloss der Bundestag 350 Millionen für einen Marine-Einsatzgruppenversorger zu genehmigen. Das Schiff, eines der größten der Bundesmarine, soll den Namen „Bonn“ tragen, fordert der Bonner MdB Stephan Eisel (CDU).

Express, 15.01.09

Schulsanierung steht an erster Stelle

Politiker hoffen auf die Bundes-Millionen. Doch wie viel Geld Bonn für welche Projekte bekommt, ist noch unklar

Von Bernd Leyendecker

BONN. An Ideen mangelt es wahrlich nicht. Ob Schulen, Kindergärten, Gründerzentrum oder Straßen-Kreis: All das wollen Politiker mit jenen Millionen bezahlen, die die Bundesregierung den Kommunen im Rahmen des Konjunkturpakets zur Verfügung stellen will. Doch bei den zentralen Fragen stoßern sie im Nebel. Wie viel Geld bekommt Bonn tatsächlich? Für welche Projekte darf es ausgegeben werden? Welche Voraussetzungen müssen erfüllt werden? Antworten auf diese Fragen soll die Verwaltung bereits am 29. Februar dem Hauptausschuss vorlegen, heißt es in Anträgen von CDU und SPD, denen sich die anderen Fraktionen gestern im Grundsatz angeschlossen.

Die Prioritäten für die Bundesförderung kommunaler Projekte hat die Koalition beschlossen. Danach entfallen 65 Prozent auf den Investitionsschwerpunkt Bildung – und zwar ganz konkret für Kindergärten und die energetische Sanierung von Schulen“, sagt der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel. 35 Prozent können für die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur eingesetzt werden, insbesondere für Krankenhäuser, Lärmsanierung an

kommunalen Straßen sowie Städtebau. „Mit besonderer Listigkeit könnten wir da die Rathaus-Sanierung unterbringen“, sagt Eisel, der hofft, dass für die gewünschten Projekte auch baureife Pläne vorliegen: „Davon hängt entscheidend ab, wie viel Geld in Bonn letztlich ankommt.“

Wie viel Geld die Kommunen überhaupt bekommen – darüber können die 16 Länder selbst entscheiden. Die Sorge, das die das Geld behalten, ist laut Eisel unbegründet: „Es gibt eine Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, wonach die insgesamt zehn Milliarden Euro Bundesgelder komplett an die Kommunen überwiesen werden.“

Die SPD-Fraktion sieht nach den Worten ihres Vorsitzenden Wilfried Klein „Handlungsbedarf insbesondere in den Bereichen Ausbau und Modernisierung der Schulen, Ausbau der Familienzentren und Offenen Türen zu Nachbarschaftszentren, Modernisierung der Sportstätten, der Verkehrsinfrastruktur und der energetischen Modernisierung der öffentlichen Gebäude“. In diesem Katalog sieht er eine „sehr große Übereinstimmung“ mit der CDU. Was ein Blick auf den Antrag der Christdemokraten für den Hauptausschuss auch zeigt, wobei die CDU-Fraktion laut Geschäftsführer Ge-

org Fenninger auch Projekte wie die S-Bahn-Anbindung von Oberkassel über die Südbrücke ins Bundesviertel anführt – eine Maßnahme, die auch bei der Industrie- und Handelskammer weit oben auf der Prioritätenliste steht.

Wenn's um die Schulsanierung geht, werden die Burg- und die Siebengebirgsschule stets an erster Stelle genannt, zumal sie schadstoffbelastet sind. „Vielleicht kriegen wir da jetzt endlich einen Neubau hin“, sagt Dorothee Paß-Weingartz (Die Grünen).

Der Bonner FDP-Bundestagsabgeordnete Guido Westerwelle betont, dass Investitionen in Bildung in Bonn nicht nur den „Austausch zugiger Fenster“ bedeuten dürfe, sondern auch Geld für Lehrer, Betreuung, Bibliotheken und Computer zur Verfügung stehen müsse. Und die Chefin des städtischen Amtes für Wirtschaftsförderung, Victoria Appelbe, fordert, dass Aufträge für die Verbesserung der Infrastruktur „so vergeben werden, dass die regionale Wirtschaft davon auch profitiert“. Und vielleicht bleibt auch noch Geld für



Bonn braucht Geld zupriester für Stadtsanierung, wie die Sanierung von öffentlichen Gebäuden.

Guido Westerwelle (FDP)

Bonner Wunschzettel

- Sanierung/Neubau von Schulen und Kindergärten, vor allem der Burg- und der Siebengebirgsschule
- Ausbau von Ganztagschulen
- Modernisierung von Sportstätten einschließlich Schwimmbäder
- Sanierung städtischer Gebäude unter dem Aspekt Energieeinsparung; zum Beispiel das Rathaus
- Sanierung von Bahn- und Radwegen sowie Straßen
- Barrierefreie Haltestellen

Das sagen die Bonner Bundestagsabgeordneten



Das Bundesgeld ist nicht für die Flächensanierung eines allgemeinen kommunalen Wunschzettels gedacht.“ Stephan Eisel (CDU)



Wenn NRW die Bundesgelder nicht an die Kommunen weitergibt, wäre das ein Diebstahl an den Bürgern.“ Ulrich Kelber (SPD)

General-Anzeiger
15.01.09

Eisel lädt Bonner nach Berlin ein

BONN. Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) lädt die Bonner zu einer Reise nach Berlin ein. Im Preis von 199 Euro sind An- und Abreise per Bus, zwei Übernachtungen im Doppelzimmer, eine Tour durch Berlin mit Stadtführer, zwei Mittagessen sowie der Besuch des Bundestages und Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen enthalten. Die Reise termine liegen zwischen März und Juli, weitere Infos gibt es in Eisels Wahlkreisbüro, Markt 10-12, ☎ 0228/184 99 832. meu

*General-Anzeiger
15.01.09*

Die CDU wählt Eisel

Kandidat für die Bundestagswahl nominiert

BONN. Stephan Eisel erhält seine dritte Chance. Auf der Mitgliederversammlung der Bonner CDU wurde er gestern Abend mit 95 Prozent der gültigen Stimmen (226 von 238, 272 Wahlberechtigte waren registriert) zum Kandidaten für den Wahlkreis 97 (Bonn) bei der anstehenden Bundestagswahl am 27. September nominiert. Der spontan als Gegenkandidat angetretene Rövschen Gamber hatte keine Chance. Zuvor hatte sich Eisel in der Stadthalle Bad

Godesberg in einer kämpferischen Rede präsentiert.

2007 gelangte Eisel als Nachrücker in den Bundestag, nachdem er in den Jahren 2002 und 2005 gegen den SPD-Kandidaten Ulrich Kelber unterlegen war. „Ich habe diese Zeit genutzt“, gab er sich selbstbewusst und verwies auf seinen Einsatz für Bonner Belange, etwa in Sachen Festspielhaus, Konzerte auf der Museumsmeile oder Einhaltung des Berlin-Bonn-Gesetzes. nfz

*General-Anzeiger
16.01.09*



CDU-Parteichef Axel Voss (links) und der Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel, der wieder antreten soll.

FOTO: VOLKER LANNERT



Online-Magazin für Bonn und Umgebung

18. 01 09 16.59 Uhr

Einsatz für Bonn

Rubrik: Nachrichten

Uli Mercker

MdB Eisel macht einen interessanten Vorschlag

Geht es nach den Wünschen des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel, so wird bald eines der größten Schiffe der Bundesmarine den Namen unserer Stadt tragen und mit diesem Erkennungszeichen die Weltmeere durchkreuzen. Nachdem im Dezember - gewissermaßen im Windschatten des ersten milliardenschweren "Konjunkturpakets" - der Haushaltsausschuß des Bundestages schlappe 350 Mio. Euro für die Beschaffung eines sogenannten Einsatzgruppenversorgers freigegeben hatte, wandte sich Herr Eisel an seinen Parteifreund Franz Josef Jung mit dem Vorschlag, Bonn als Paten für das neue Schiff vorzusehen. Er begründete dies zweifach: Bonn sei immerhin erster Dienstsitz des Verteidigungsministeriums und stehe daher in einem besonderen Verhältnis zur Bundeswehr, und zum anderen biete der bevorstehende 60. Geburtstag des Grundgesetzes, das im Mai 1949 in Bonn verabschiedet wurde, einen passenden Rahmen. Daß in diesem Grundgesetz von der Bundeswehr noch keine Rede war, scheint für den Abgeordneten Eisel keine Rolle zu spielen.

Vielleicht sollte man das aber auch wirklich nicht so eng sehen. Schließlich kann ein solcher Einsatzgruppenversorger ja durchaus eine segensreiche Einrichtung sein. Gruppen, die bei Einsatz ihres Lebens alles dafür tun, dem Elend auf dem afrikanischen Kontinent zu entkommen, könnten auf hoher See eine vernünftige Versorgung durchaus schon mal gebrauchen. Das Schiff mit einer Notfallaufnahmekapazität von 45 Betten und 4 Intensivstationen könnte z.B. auch vor der Küste des Gazastreifens eingesetzt werden, um Gruppen, denen es gelingen sollte, ihre radikalislamischen Geiselnnehmer zu überlisten und sich bis an den Strand durchzuschlagen, mit Erste-Hilfe-Maßnahmen zu versorgen.

Es gibt also diverse Möglichkeiten des sinnvollen Einsatzes eines solchen Gruppenversorgers. Ein Satz sollte aber noch vor der Taufe auf den Weg gegeben werden: Auch die Fische der Weltmeere werden jubilieren, wenn sie am Bug des Schiffes nicht nur den Namen einer Stadt, sondern auch ihr dazugehöriges Wasserzeichen erkennen werden: FREUDE, JOY, JOIE, BONN.

Herr Eisel, wir bedanken uns.

Eisel wieder Kandidat

Die Bonner CDU hat ihren amtierenden Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel erneut als Kandidaten im Wahlkreis 97 Bonn für die Bundestagswahl im September nominiert. Die Mitgliederversammlung gab ihm am Donnerstagabend in der Bad Godesberger Stadthalle 95 Prozent der gültigen Stimmen. Auf seinen überraschend angetretenen Gegenkandidaten Röschen Gamber entfielen 12 der 260 abgegebenen Stimmen. Eisel dankte den Mitgliedern und versprach, den Wahlkreis von Konrad Adenauer wieder direkt für die CDU zurückzuholen. 2002 und 2005 hatte er das Direktmandat seinem SPD-Herausforderer Ulrich Kelber überlassen müssen. 2007 war Eisel in den Bundestag nachgerückt. (kri)

Randdiao, 17.01.09

Express, 17.01.09

CDU schickt Eisel wieder ins Rennen

Zum dritten Mal als Kandidat für die Bundestagswahl nominiert

Von MARION STEEGER

Bonn – Auf ein Neues! Dr. Stephan Eisel wird wieder für die Bonner CDU in den Ring steigen, wenn es um den Kampf ums Bundestagsticket geht.

Es war ein glasklares Ergebnis auf der Mitgliederversammlung der Christdemokraten: 238 abgegebene

Stimmen, 226 für Eisel.

Heißt: Stephan Eisel kämpft im Herbst 2009 wieder ums Ticket für Berlin.

Vielleicht klappt's ja diesmal direkt. 2002 und 2005 konnte der CDU-Politiker sich nicht gegen SPD-Mitstreiter Uli Kelber durchsetzen. 2007 ging's dann als

Nachrücker vom Rhein an die Spree.

Eisel, der in der CDU nicht unumstritten ist, legte einen überzeugenden Auftritt vor den Mitgliedern hin. Da war es schnell verschmerzt, dass es für den 53-Jährigen im Vorfeld bei der Kreisvorstandssitzung ganz schön

eng wurde: Er bekam sechs Ja-Stimmen, aber auch fünf Enthaltungen.

Honoriert haben die Mitglieder aber unter anderem, dass Stephan Eisel enorm umtriebig ist, sich mit Kelber ein regelrechtes Rennen um die neueste Nachricht aus Berlin für Bonn liefert. Und

bei heißen Eisen wie Festspielhaus oder Konzerten auf der Meile immer an vorderster Front kämpft.

Eins steht jetzt schon fest: Das wird ein wortgewaltiger Kampf zwischen Eisel und Kelber um die Stimmen der Bonner, bis am 27. September gewählt wird.



Dr. Stephan Eisel will wieder in den Bundestag.

DGB-Chef vermisste Konjunkturpakete

Traditioneller Neujahrsempfang der Gewerkschaftsbund-Region in Bonn

Von JOCHEN F. ROHLINGER

BONN/RHEIN-SIEG-KREIS. „Haben Sie auch schon Ihr ganz persönliches Konjunkturpaket zugestellt bekommen?“, fragte DGB-Regionsvorsitzender Ingo Degenhardt beim Bonner Neujahrsempfang seine Gäste zu Beginn, „oder wenigstens ein Konjunkturpäckchen?“. Als sich keiner der Gäste meldete und auch die Bundestagsabgeordneten – Stephan Eisel, Klaus Peter Floßbach, Uli Kelber, Ulrike Merten, Norbert Röttgen – nichts unterm Arm hatten, bedauerte der DGB-Sprecher die entgangene Chance: „So ein Päckchenservice wäre ja ein kleines Konjunkturprogramm fürs Speditionsgewerbe gewesen!“

Auch wenn Degenhardt erstmals eine Gästeliste hatte ausdrucken lassen, gab es doch noch traditionelle persönliche Willkommensgrüße – so für Stammgäste wie den früheren DGB-Bundesvorsitzenden Ernst Breit und seine Frau Christine und für Bonns Alt-Oberbürgermeister Hans Daniels. Ein besonderer Gruß galt im Bonner DGB-Haus der neuen Arbeitsgerichtsrektorin in Siegburg, Maria Perez-



Zahlreiche Politikmandatsträger trafen sich beim DGB-Neujahrsempfang um Ernst Breit (3. v. l.) und Ingo Degenhardt (4. v. l.). (Foto: Horney)

Bellmonte, sowie als Repräsentanten der Kommunen in der DGB-Region Vize-Landrätin Uta Gräfin Strachwitz (Rhein-Sieg-Kreis), Vize-Landrat Rolf Schäfer (Oberbergischer Kreis) und Stadtdirektor Volker Kregel für die Bundesstadt Bonn; und als Anerkennung für „die wohl weiteste Anreise“ Gerhard Halbe,

dem Bürgermeister von Bergneustadt. Im Rückblick auf 2008 erinnerte Degenhardt an den „Durchbruch“ im langjährigen Kampf gegen die „Warteschlangen“ für viele junge Leute zwischen Schule und Beruf. Bescheidenerweise sprach er von einer Anregung des IHK-Berufsausschusses für

die Vereinbarung zum regionalen Übergangsmanagement Bonn/Rhein-Sieg und zum Projekt „Haus der Berufsvorbereitung“. Daneben wies Degenhardt auf die Armut unter den Mitbürgern, auf Betriebs-schließungen und weiteren Arbeitsplatzabbau in der Region hin: „Wir müssen 2009 noch näher zusammenrücken, um

den Menschen eine angemessene Arbeits- und Lebensperspektive zu erhalten!“ Degenhardt erinnerte auch an das breite Bündnis, das sich im Juli 2008 einer Rechtsex-remisten-Kundgebung in Bonn unter dem Motto „Kein Fußball den Faschisten“ entgegengestellt hatte: „Das hatte es hier so noch nicht gegeben!“

Bonner Rundschau, 17.01.09

Heimspiele mit süßem Regen

Wiesse-Müüs-Mitglied und Prinz Ralf I. spielt auf der Prunksitzung seiner Gesellschaft in der Beethovenhalle den Übersetzer

Von Dagmar Blesel
und Barbara Frommann (Fotos)

BONN. Es regnet „weiße Mäuse“, und die bunt kostümierten Jecken in der Beethovenhalle reißen sich am Samstagabend um den in Zelolophon verpackten süßen Speck. Mit Speck fängt man Mäuse, denken sich die „Wiesse Müüs“ und ziehen damit das Prunksitzungs-Publikum sofort auf ihre Seite.

Das schaffen auch Die Cöllner im Nu. Erst teilen sie die Beethovenhalle zum Mitsingen und -schunkeln in Nord- und Südkurve ein, dann textet das Trio seinen Hitt „Die Winzerin vom Rhein“ zur Freude vieler kölscher Fußballfans um: „Was sagt der Poldi? Ich will wieder heim, zum 1. FC Köln am Rhein.“ Die Narren stimmen so lautstark in die musikalische Aufforderung ein, dass der Nationalspieler, der vom FC Bayern in seine zweite Heimatstadt zurück geholt werden soll, es in München hören musste. Zumal Bernd Stelter den Ruf gen Bayern noch verstärkt: „Komm nach Haus, Poldi.“ Der Herseler „Werbefachmann“ hat ein Heimspiel, als er in seiner typischen Art die Nachrichten 2008 im Schnelldurchgang Revue passieren lässt. Heimspiel auch für die Hühner. Sie kommen als echte Fründe der Handballfans, melden



Arm in Arm: CDU-Bundestagsabgeordneter Stephan Eisel (links) und Bezirksbürgermeister Helmut Kolig schunkeln als Casanova und Pirat zu kölschen Tönen.

sie doch das Unentschieden der deutschen Nationalmannschaft vom Abendspiel gegen Russland bei der Weltmeisterschaft. Und dann darf der Hühner-Hitt natürlich nicht fehlen: „Wenn nicht jetzt, wann dann?“ Die süßen Speckmäuse fliegen als Dank zurück auf die Bühne.

„Jommer noch Hus?“ fragen die Black Fööss, und die Antwort kommt wie aus einem Mund von den Rängen: „Nein!“ Die Narren stehen, wedeln mit blau-weißen Luftballons, feiern die Urgesteine



Hoch das Bein: das Mäuseballett in Hochform.



Dat Huhn: Henning Krautmacher reißt jeden Jeck mit.

des kölschen Fastelovends – und sich selbst.

Vor allem der Fanclub von Prinz Ralf I. Der hat als Wiesse-Müüs-Mitglied ein echtes Heimspiel und erweist sich als guter Gastgeber. Weil das Programm durch Zügen ben etwas durcheinander geraten ist, lassen er und seine Bonna Miriam I. der Parodistengruppe Blom um Blömcher, bei der sich auch weiterhin alles um Hohn und Hahn dreht, den Vortritt. Zumal Wicki Junggeburt, der Kölsche, der eine Büttrede in Noten fasst, seinen Auftritt sausen lässt, weil er nicht länger warten kann.

Für den Bonner Prinz ist es „ein Höhepunkt, bei der eigenen Gesellschaft einzumarschieren“. Und wer sich schon immer gefragt hat, was das Wort Alaaf bedeutet, dem gibt Ralf I. die Antwort: „Es ist die rheinische Übersetzung von Yes, we can.“ Bonna Miriam I. ist stolz, auf der Bühne zu stehen. Ihre Freude ist mitreißend. Für sie ist die noch junge Session ein Theaterstück, für das die Narren selbst das Drehbuch schreiben.

Die zweite Halbzeit fällt für so manchen Jeck trotz des Heimspiels des Prinzen, der Boore und der Kölner Rheinveilchen gegenüber der brillanten ersten deutlich ab. Da kann auch Schultheiß Uli Dahl das Steuer nicht mehr herumreißen.

7 Gusa(-Aueigs, 19.01.09

Powerfrau Piel „löst wider den Stachel“

Bonner Medien-Club zeichnet WDR-Intendantin mit dem „Bröckemännchen“ aus

Von UTA KRISTINA MAUL

BONN. Irgendwie ist WDR-Intendantin Monika Piel wohl über ihren Schatten gesprungen, als sie 2008 zusagte, den „Bröckemännchen“-Preis 2009 des Bonner Medien-Clubs (BMC) anzunehmen. Also die Nachbildung jener Figur, die an der Kennedybrücke frechen, blanken Hintern vorstreckt – einst in Richtung Beitel. Seit 1999 zeichnet der BMC mit dem „Bröckemännchen“ Menschen aus, die „wider den Stachel lösen“. Doch Monika Piel hatte offenbar mehr oder weniger ernsthafte Zweifel, ob sie die Ehrung überhaupt annehmen sollte.

Sie tat es letztlich doch – gestern Abend vor 300 Gästen (siehe Info-Text) im Funkhaus der Deutschen Welle. Als „Powerfrau des größten Senders in der Republik“, als Chefin von 4200 Mitarbeitern, der nachgesagt werde, schon zu handeln, während andere noch diskutieren, sei Piel des „Bröckemännchens“ absolut würdig, sagte BMC-Vorsitzender Werner P. D'Hein, bevor er Piel Vorvorgänger im WDR, Alt-Intendant Friedrich No-



Freuen sich gemeinsam über den Preis: WDR-Intendantin Monika Piel mit dem „Bröckemännchen“, Laudator Friedrich Nowotny (r.) und Medien-Club-Vorsitzender Werner P. D'Hein. (Foto: Melke Böschmeyer)

wotny, das Feld überließ. Dieser erinnerte in seiner Laudatio nicht nur an gemeinsame „Journalistenzeiten in der Dahlmannstraße 14, als Piel noch Wirtschaftsredakteurin war, sondern pries auch ihre Frauenpower. Viele blasse Männer“ entdeckte Nowotny heutzutage im Sender, die besorgt seien um die eigene Karriere. Vielleicht fragen Sie mal Ihren Mann?“, regte Nowotny an (Piel's Mann Roger Hunt arbeitet auch beim WDR). Mut zum Unkonventionellen attestierte er der Intendantin, aber auch die Fähigkeit, über sich selbst lachen zu können. Das „Bröckemännchen“, die „be-

fel kamen ihr aber auch, weil das „Bröckemännchen“ in „eindeutig demütigender Absicht“ ins Rechtsrheinhische zeige – „zu der Seite, auf der ich geboren wurde“.

Obwohl sie „kurz davor“ stand, „hier und heute diese Auszeichnung mit einer deutschen Polemik abzuwehren“, tat sie es nicht. Ihre Recherche, wober wider den Stachel löcken“ stammt, ergab nämlich, dass Ochsentreiber ihre Tiere mit einem Stock, an dem ein Nagel befestigt ist, kräftig bearbeiten, wenn sie in die falsche Richtung wollen. Schlussfolgerung von Monika Piel: Der BMC verleihe seinen Preis also an „Rindviecher, die für andere den Karren aus dem Dreck ziehen müssen. Und die für ihre Mühen dann auch noch ständig von anderen einen Stachel in den Allerwertesten gerammt bekommen. Nur weil sie den Karren in die Richtung ziehen wollen, die sie für die richtige halten“. Das erinnerne Monika Piel an einige Begebenheiten aus ihrem Arbeitsleben. Die sie nicht erzählte, Stattdessen nahm sie den Preis: Wider den Stachel löcken – ein schönes Bild!

AUS DER GÄSTELISTE

Überbürgermeisterin **Bärbel Dieckmann** und ihr Vorgänger **Hans Daniels**, die Kreisdelegierten des Rhein-Sieg-Kreises, **Annerose Heinze**, die Bürgermeisterin **Stefan Raetz** (Rheinbach) und **Eckhard Maack** (Swistal), die Landtagsabgeordnete **Illa von Boeselager**, **Helmut Stahl**, **Gerhard Lorth** (alle CDU), CDU-Bundesabgeordneter **Stephan Eisel**, der Vorstandschef der Sparkasse KölnBonn, **Artur Grzesiek**, der Vorstandsvorsitzende des Verlages für die Deutsche Wirtschaft, **Helmut Graf**, der Superintendent des Evangelischen Kirchenkreises Bonn, **Eckart Wüster**, die Bonner Parteichefs **Axel Voss** (CDU), **Ernesto Harder** (SPD), **Werner Hühnrich** (FDP) und **Doro Paß-Weingartz** (Grüne), der Bonner **Prinz Ralf I.** (in „Zivil“) und die früheren „Bröckemännchen“-Preisträger **Friedel Drautzburg** (Gastro-Philosoph, Preisträger 1999), **Wilfried Schumacher** (Stadtdechant, 2001), Professor **Hans-Jürgen Biersack** (Nuklearmediziner, 2004), **Wolfgang Wiedlich** (Präsident der Telekom Baskets Bonn, 2008).

Frans Radclaw, 20.01.09

(SP/JW).- Die Mitglieder der Bonner CDU haben Dr. Stephan Eisel als Kandidaten für die Bundestagswahl im kommenden September nominiert. Die Mitgliederversammlung traf eine eindeutige Entscheidung. Eisel setzte sich in einer Kampfabstimmung mit 95 Prozent der gültigen Stimmen durch. Seinen überraschender Gegenkandidaten war Dr. Gamber.

Strafungs, 22.01.09

Eisel: Keine Unterschrift der CDU

Eigener Gruppenantrag zu Heroin

BONN. Niemand aus der CDU/CSU-Bundestagsfraktion habe den von der SPD initiierten Gruppenantrag zur Legalisierung von Heroin als Medikament unterschrieben. Das hat Stephan Eisel, Bundestagsabgeordneter der CDU, jetzt klargestellt: Die entsprechende Pressemitteilung des SPD-Abgeordneten Ulrich Kelber (der GA berichtete) sei falsch. Auf Nachfrage des GA bestätigte Kelber, dass es in der Tat keine Unterschrift aus den Reihen der CDU/CSU-Fraktion gebe, sondern nur „Ankündigungen“ gegeben habe zu unterschreiben. Auch das bestreitet Eisel: „Wir waren uns in unserer Fraktion von Anfang an einig, dass wir einen eigenen Gruppenantrag mit anderer Ausrichtung stellen.“ Dies solle bald geschehen.

Den Gruppenantrag auf Initiative der SPD haben laut Eisel 172 von 222 Abgeordneten der SPD unterschrieben, 32 (gesamt 51) von den Grünen, 26 (61) von der FDP und 19 (53) von der Linken. val

General-Anzeige, 22.01.09



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 6/09

22. Januar 2009

IRENA-Bewerbung als gemeinsame Aufgabe

Drei Tage vor Beginn der Konferenz zur Gründung der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel das Engagement von Bundes- und Landesregierung für Bonn gelobt: „Es werden zur Gründungskonferenz mehr als 100 Staaten erwartet. Die Bundeskanzlerin hat alle drei zuständigen Bundesminister nach Bonn geschickt. Auch die Landesregierung ist durch den zuständigen Minister vertreten. Damit wird die Ernsthaftigkeit der deutschen Bewerbung um den IRENA-Sitz in Bonn nachdrücklich unterstrichen.“

Zugleich rief Eisel alle Bonner Organisationen mit internationalen Kontakten auf, in den nächsten Monaten ihre Netzwerke für die Bonner Bewerbung zu nutzen: „Die IRENA-Gründungskonferenz in der nächsten Woche bietet eine ideale Gelegenheit für Bonn zu werben. Auch alle Bonnerinnen und Bonner können mithelfen, unsere Stadt weltoffen und sympathisch zu präsentieren, damit die Delegierten aus aller Welt mit einem guten Eindruck nach Hause fahren.“ Die Bundesregierung habe mit dem Kabinettsbeschluss vor 14 Tagen einen guten Startschuss für die Bonner Bewerbung gegeben und die finanziellen Voraussetzungen geschaffen. Mit der früheren NRW-Landesvertretung stehe ein idealer Standort direkt beim UN-Campus zur Verfügung: „Wir haben gute Chancen, aber vor uns liegt ein hartes Stück Arbeit. Denn wir haben starke Konkurrenz: Dazu gehören mit hoher Wahrscheinlichkeit Wien und Nairobi als UN-Städte. Eventuell kommen auch Kopenhagen und Madrid dazu. Man hört auch vom Interesse der Vereinigten Arabischen Emirate, denen es leicht fallen dürfte, ein sehr lukratives Finanzpaket zu schnüren.“

Klarheit über die Mitbewerber wird es erst mit dem offiziellen Bewerbungsschluss im April geben. Die Entscheidung fällt dann im Juni. Abstimmungsberechtigt sind die Staaten, die bis dahin den Gründungsvertrag unterzeichnet haben. Es wird damit gerechnet, dass diese Unterschrift nächste Woche in Bonn von 40-50 Staaten geleistet wird.

CDU und Grüne plädieren für Heroin auf Rezept

Die beiden Fraktionen hoffen, dass der Bundestag bald die gesetzlichen Weichen zur Legalisierung von Diamorphin stellt

Von Frank Vallender

BONN. Stephan Eisel, Bonner Bundestagsabgeordneter für die CDU, bleibt bei seinem klaren Nein zur Heroine, seine Bonner Parteikollegen und die Grünen der Bundesstadt hingegen sprechen sich dafür aus, dass der Bundestag möglichst bald per Gesetz den Weg freimacht zur medikamentösen Nutzung von Diamorphin (reines Heroin) bei der Therapie von Schwersuchtabhängigen. Entsprechende Anträge haben die beiden Fraktionen für

den Sozialausschuss vorbereitet, der am Dienstag, 27. Januar, um 18 Uhr im Ratssaal des Stadthauses tagt.

Sowohl CDU als auch Grüne in Bonn unterstützen den Gruppenantrag, in dem sich Bundestagsabgeordnete aller Fraktionen mit Ausnahme der CDU/CSU-Fraktion für die Legalisierung von Heroin als Medikament aussprechen. Grüne und CDU in Bonn weisen auf die Erfolge des Heroineversuchs hin, der längst abgesprochen sei, wegen der bisherigen Hängepartie im Gesetzgebungsverfahren aber auf Kosten der Kommunen fortge-

setzt wird. Rund 600 000 Euro muss Bonn – eine von sieben teilnehmenden Städten am Versuch – jährlich finanzieren, um die derzeit 31 Patienten behandeln zu können. Für die CDU ein starkes Argument, „die positiven Ergebnisse des Medizinversuchs in die entsprechende gesetzliche Form zu übertragen“, sagten die beiden Sozialpolitiker Ingeborg Czudaj und Klaus Großkurth gestern. Wie die Grünen wünschen sie sich, dass der von der SPD initiierte Gruppenantrag noch vor der Sommerpause im Bundestag eine Mehrheit findet, damit die Hero-



Diamorphin (Heroin) auf Rezept? Darüber berät bald der Bundestag.

FOTO: MAGO

inpatienten bald auf Rezept therapiert werden können.

Dabei treibt die Bonner CDU die Sorge um, dass diese Therapie auch dann noch von den Kommunen mitfinanziert werden muss. Deshalb formulieren Großkurth und Czudaj in ihrem Antrag, „dass auch die Kostenfrage abschließend geklärt wird“. Man wolle wissen, ob die Krankenkassen außer der medikamentösen auch die psychosoziale Therapie (mit-)finanzieren, die für eine erfolgreiche, ausstiegsorientierte Behandlung unablässig ist, wie der Modellversuch gezeigt hat.

So gesehen

Schiffe und Taufnamen

Von Sascha Stienen

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und seine Bonner Parteifreunde setzen sich dafür ein, dass ein neues großes Versorgungsschiff der Bundesmarine auf den Namen „Bonn“ getauft wird, um das Image der Bundesstadt weiter zu fördern (der GA berichtete). Ein geeigneter Anlass, um einmal über die Bedeutung von Schiffsnamen nachzusinnen.

Anschauungsmaterial findet der Schiffsnamensucher schon in heimischen Binnengewässern genug. Wer immer wieder am Rhein entlang schlendert, bemerkt irgendwann auch die wohlklingenden Namen der vorbeifahrenden Boote. „Barenno“, „Innuendo“ und „Vaya con dios“ heißen etwa Schiffe aus den Niederlanden.

Die magische Macht des Namens (siehe auch Rumpelstilzchen) wird deutlich bei solchen Bezeichnungen wie „Ora et labora“ (Bete und arbeite), dem Leitspruch der Benediktiner, Treffend auch „Duc in altum“, Jesu Aufforderung an Simon Petrus, hinaus auf den See zu fahren. „Desafio“ (NL) bedeutet Herausforderung, „Vivarium“ (D) heißt Tiergehege. Und „Dependent“ (NL) meint vielleicht die Bindung des Schiffers ans Schiff und des Schiffs ans Wasser.

Jedenfalls wird deutlich, dass die meisten Fluss- und Seeleute sich genau überlegen, wie sie ihr Boot taufen, wohl wissend, dass sie mitunter viele Jahre daran gebunden sein werden.

Dass man die Schiffstaufe nicht immer bierernst nehmen muss, zeigen Namen wie „Stiftzahn“ für ein Bonner Ruderboot sowie der Nachen mit dem Namen „Miststück“, entdeckt etwas weiter südlich von Bonn. Humor offenbart auch ein klingender Schiffsname aus dem Ruhrgebiet, der uns kürzlich am Alten Zoll begegnete: „Chantal - Datteln“.

Gesund-Anzeiger, 24./25.01.2009

Gesund-Anzeiger, 26.01.09

CDU-Politiker Eisel kredenzte in Berlin das 200er Eigengewächs „Rosé“

MRad. Kürzlich traf sich in Berlin erneut die sogenannte "Pizza-Connection" (streng geheim), eine informelle Runde von Bundestagsabgeordneten der Grünen und der CDU, diesmal bei der Bundestagsvizepräsidentin Karin Göring-Eckart zur Weinprobe. Mit von der Partie war der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel. Er kam aber nicht mit leeren Händen: Denn zu dieser Weinprobe brachte er ein heißbegehrtes 2000er Eigengewächs, namens „Rosé“, des Lengsdorfer Heimatvereins mit, und machte so in der Hochburg der Politik den Weinstandort Bonn-Lengsdorf zur Freude des Heimatvereins und natürlich der Lengsdorfer Bürgerinnen und Bürger mit diesem edlen Tropfen bekannt.

Die "Pizza-Connection" wurde Mitte der 90er Jahre im Kessenicher Italiener "Sassella" gegründet. Seit dieser Zeit treffen sich die „Schwarz-Grünen" regelmäßig zu einem gemütlichen Beisammensein, was sicherlich der großen Politik keinen Abbruch tut. Und wer den CDU-Abgeordneten Eisel kennt, weiß längst, dass er kein Kind von Traurigkeit ist. Im letzten Jahr frönte Eisel seiner großen Leidenschaft und unterhielt seine Kollegen in einer Berliner Kneipe mit einigen Swing-Titeln am Klavier, die zum Mitsingen animierten.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 7/09

27. Januar 2009

Konjunkturpaket als Chance für Bonn

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, haben sich Bund und Länder über die Umsetzung des Konjunkturpakets für die Kommunen geeinigt: „Damit sind die Regeln klar, nach denen das Geld des Konjunkturpakets in die Kommunen fließt. Diese schnelle Einigung ist wichtig, damit die Kommunen jetzt möglichst schnell ihre Projekte einbringen können. Jetzt müssen wir die Chance auch in Bonn nutzen.“ Vorgelegt wurden heute ein „Gesetz zur Umsetzung von Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder“ und eine entsprechende Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern. Eisel hob folgende Punkte besonders hervor:

- 1) Der Bund stellt Ländern und Kommunen insgesamt 10 Mrd. Euro für „besonders bedeutsame Investitionen“ zur Verfügung. Damit können bis zu 75 % einer Maßnahme finanziert werden, 25 % müssen Länder und Kommunen finanzieren. Die Mittel müssen für zusätzliche Investitionen eingesetzt werden und dürfen nicht für Projekte verwendet werden, deren Gesamtfinanzierung bereits durch einen beschlossenen und in Kraft getretenen Haushaltsplan gesichert sind.
- 2) Die Mittel entfallen zu 65 % auf den Investitionsschwerpunkt Bildung (frühkindliche Infrastruktur, Schul- und Hochschulinfrastruktur (besonders energetische Sanierung kommunale oder gemeinnützige Einrichtungen der Weiterbildung, Forschung) und zu 35 % auf die Modernisierung der kommunalen Infrastruktur (Krankenhäuser, Städtebau (ohne Abwasser und ÖPNV, Lärmschutzmaßnahmen bei kommunalen Straßen, Informationstechnologie, sonstige Infrastrukturinvestitionen).
- 3) Von den Bundesmitteln erhält NRW 1,386 Mrd Euro für den Bildungsschwerpunkt und 746 Mio Euro für den Infrastrukturschwerpunkt. Die Länder müssen mindestens (!) 70 % der Mittel an die Kommunen weitergeben. Höchstens 30 Prozent stehen für Landesinvestitionen zur Verfügung. Der Bund hat sich für eine möglichst hohe Kommunalquote eingesetzt.

Eisel unterstrich, dass es sich um zusätzliche (!) Zukunftsinvestitionen handeln muss, die zügig realisiert werden können: „Die Mittel sollen mindestens zur Hälfte bis Ende 2009 abgerufen werden. Nach dem 31. 12. 2011 dürfen Bundesmittel nicht mehr zur Auszahlung angeordnet werden. Es geht also nicht darum, jetzt Wunschzettel für neue Projekte zusammenzustellen, sondern darum, realisierungsreife Investitionen schneller umzusetzen als dies angesichts der kommunalen Haushaltslage möglich gewesen wäre.“



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 8/09

28. Januar 2009

IRENA-Konferenz war für Bonn erfolgreich

Nach Abschluss der Bonner Gründungskonferenz der Internationalen Agentur für erneuerbare Energien (IRENA) lobte der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die Rolle Bonns als Gastgeber: "Ich habe mit vielen Delegierten gesprochen, die meisten waren ja zum ersten Mal in Bonn. Es gab nur positives Echo und sehr freundliche Resonanz. Darauf können wir bei der Entscheidung über den IRENA-Sitz aufbauen. Allen, die von der Stadt und der Bundesregierung dabei mitgeholfen haben, gilt ein herzliches Dankeschön."

Auch politisch hat die Konferenz nach Eisels Auffassung die Erwartungen übertroffen: "Die Zahl von über 100 teilnehmenden Staaten übertraf alle Prognosen. Dass schon jetzt 75 Länder die Gründungsurkunde unterzeichnet haben, hat alle überrascht. Es entsteht hier eine wirklich schlagkräftige Agentur für ein wichtiges Zukunftsthema."

Eisel wies darauf hin, dass mit den 75 Unterzeichnerstaaten der Gründungsurkunde auch die Länder feststehen, die im Sommer über den Sitz von IRENA entscheiden: "Es gibt in Bonn viele internationale Organisationen, die in den IRENA-Ländern arbeiten und ihre Kontakte haben. Wir sollten dieses internationale Netzwerk nutzen, um für Bonn als Sitz zu werben. Damit können wir die Aktivitäten der Bundesregierung für die deutsche Bewerbung gut unterstützen."

General-Anzeiger, 28.01.09

„Paket ist eine Chance für Bonn“

Abgeordnete begrüßen Konjunkturprogramm

BONN. Die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Eisel (CDU) haben das gestern von der Bundesregierung beschlossene Konjunkturprogramm begrüßt. „Jetzt müssen wir die Chancen auch für Bonn nutzen“, sagte Eisel.

Laut Vereinbarung stellt der Bund den Ländern und Kommunen zehn Milliarden Euro für „besonders bedeutsame Investitionen“ zur Verfügung; damit können bis zu 75 Prozent einer Maßnahme finanziert werden, 25 Prozent müssen Länder und Kommunen finanzieren. Die Mittel dürfen nicht für Projekte eingesetzt werden, deren Gesamtfinanzierung bereits durch einen in Kraft getretenen Haushaltsplan gesichert sind. NRW erhält von den Bundesmitteln 1,386 Milliarden Euro für den Bildungsbereich und 746 Millionen Euro für Infrastrukturmaßnahmen. Das Land muss mindestens 70 Prozent der Mittel an die Kommunen weitergeben. „Bonn erwartet von der Landesregierung eine pauschale Zuweisung der vollen 70 Prozent der Gelder an die Kommunen und keine zusätzliche Bürokratie“, teilte Kelber mit. Das Land müsse zudem schnell festlegen, welchen Eigenanteil die Kommunen bei den zusätzlichen Investitionen leisten müssten. Die Bundesregierung erwarte, dass die Länder auf keinen Fall mehr als fünf Prozent einfordern dürften.

Eisel wies darauf hin, dass die Bundesgelder mindestens zur Hälfte bis Ende 2009 abgerufen werden müssen. „Es geht jetzt darum, realisierungsreife Investitionen schneller umzusetzen, als dies angesichts der kommunalen Haushaltslage möglich gewesen wäre“, sagte er.

ly

CDU macht einen Schwenk in Sachen Heroin

Sozialpolitiker Großkurth gibt sich zurückhaltend und will nun erst einmal Gruppenantrag im Bund abwarten

BONN/BERLIN. Da staunten nicht nur die Fraktionen von SPD, FDP, Grünen und Bürger Bund, da rieben sich auch Vertreter der Wohlfahrtsverbände auf den Zuschauerrängen des Ratssaals verwundert die Augen: Noch am Freitag hatten die CDU-Sozialpolitiker Klaus Großkurth und Inge Cziudaj sowie CDU-Fraktionsgeschäftsführer Georg Fenninger der Presse erklärt, ihre Fraktion wolle den Bundestag auffordern, die positiven Ergebnisse der Heroinstudie in die entsprechende gesetzliche Form zu übertragen, will sagen Heroin/Diamorphin als Medikament zur Behandlung Schwerst-

heroinabhängiger zuzulassen. Und bis auf einige Änderungen unterstützte man den Antrag der Grünen, die im Sozialausschuss einen Appell an den Bundestag richten wollten, Heroin als Medikament zu legalisieren.

Doch nach GA-Informationen waren Großkurth und Cziudaj etwas voreilig und mit ihrer Position auch eher in der Minderheit in ihrer eigenen Partei. So erklärt sich vielleicht der Schwenk am Dienstagabend im Sozialausschuss: Man wolle den Antrag der Grünen verlagern, weil die CDU/CSU-Bundestagsfraktion einen eigenen Gruppenantrag stelle, argumentierte

Großkurth wortkarg. Was Uschi Salzburger von der SPD süffisant kommentierte: „Man merkt, dass der Wahlkampf begonnen hat.“ So stimmten die Fraktionen ohne die CDU für den Grünen-Antrag.

Dass die CDU/CSU-Fraktion einen eigenen Gruppenantrag in den Bundestag einbringen will, das hatte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bereits vorige Woche angekündigt. Da gingen die Bonner Sozialpolitiker der CDU wie berichtet noch auf Distanz zu ihrem Bundestagsabgeordneten. Dieser spricht sich nämlich anders als Großkurth und Cziudaj gegen eine Legalisierung von

Heroin zum jetzigen Zeitpunkt aus. Ein Grund unter anderen: Die auch in Bonn durchgeführte Heroinstudie sei von ein und denselben Fachleuten durchgeführt und ausgewertet worden.

„Um wissenschaftlich fundierte Erkenntnisse erhalten zu können, ist es aus Sicht der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sinnvoll, das Modellvorhaben gegebenenfalls auch mit neuen Schwerpunkten fortzusetzen“, heißt es in dem Gruppenantrag, der seit gestern als Entwurf vorliegt. Noch ist allerdings nichts über die Finanzierung gesagt, ein Thema, das vor allem den Kommunen auf den Nägeln brennt. val

General-Anzeiger, 29.01.09



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 9/09

30. Januar 2009

Heroin-Antrag der SPD bringt Mehrkosten für Bonn

In der Diskussion um die Arzneimittelzulassung von Heroin wies der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel darauf hin, dass die von der SPD im Bundestag vorgeschlagene Lösung den Haushalt der Stadt stärker belasten würde als bisher. Es heißt im SPD-Antrag wörtlich:

"Die Haushalte der Länder und Kommunen werden wie bei der herkömmlichen Substitutionsbehandlung mit den Kosten der psychosozialen Betreuungsmaßnahmen für die mit Diamorphin behandelten Patientinnen und Patienten belastet, da diese Maßnahmen nicht im Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung enthalten sind." Von den Kassen sollen nur die ärztlichen Leistungen und die Arzneimittelkosten übernommen werden.

Eisel sagte dazu: "Die Arztkosten liegen in Bonn bei 130.000 Euro, das Diamorphin/Heroin kostet 40.000 Euro von den insgesamt 610.000 Euro, die Bonn z. Zt. fuer 30 Patienten im Heroinversuch bezahlt, 70 Prozent der Kosten verbleiben also bei der von der SPD angestrebten Arzneimittelzulassung bei Bonn, Zugleich würde sich aber durch die Überführung des Versuchs in einen gesetzlichen Anspruch die Zahl der Anspruchsberechtigten in Bonn mit 70-80 Personen mehr als verdoppeln. Von dieser Kostenverdoppelung verbleiben wieder 70 Prozent in Bonn. Insgesamt würde der Kommunalhaushalt bei der von der SPD beantragten Lösung 800.000 - 900.000 Euro statt bisher 600.000 Euro tragen müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, dass das im Rat gewollt wird."

Eisel unterstrich, dass für ihn entscheidend sei, dass unter Experten und Ärzten umstritten sei, ob die Heroinbehandlung den Drogenabhängigen wirklich helfe: "Deshalb betragen CDU/CSU im Bundestag einen neuen Modellversuch zur Klärung der offenen Fragen. Dabei sollen die gleichen finanziellen Konditionen wie bisher gelten."

Seite 1 von 1



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 10

1. Februar 2008

Faszinierende Entwürfe für Beethoven-Festspielhaus

Begeistert zeigte sich der der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel von den Vorschlägen internationaler Architekten für das neue Beethoven-Festspielhaus: „Die Entwürfe lassen sich von der Faszination der Musik Ludwig van Beethovens anstecken und zeigen Respekt vor der weltweiten Geltung des großen Komponisten. Dass sich zehn der elf eingeladenen international führenden Architekten der Aufgabe gestellt haben, zeigt die große Chance für Bonn weit über die regionalen Grenzen hinaus. Der Post AG gebührt großer Dank, dass sie dieses Verfahren initiiert hat. Damit kommen wir der Realisierung des Projektes einen erheblichen Schritt näher.“

Als besonders wichtig bezeichnete es Eisel, dass weltweit anerkannte Akustikexperten grünes Licht für die Konzertsäle in den Entwürfen gegeben haben: „Spitzenakustik muss bei dem Projekt an erster Stelle stehen.“ Außerdem sei ermutigend, dass der zuständige Projektkoordinator der Post AG den Entwürfen zugebilligt habe, sich im „Zielgebiet“ des vorgegebenen Kostenrahmens von 75 Mio € zu bewegen: „Mein persönlicher Favorit ist der Entwurf von Zaha Hadid mit seiner zugleich markanten und transparenten Architektur“. Dass fast alle Vorschläge den Abriss der alten Beethovenhalle voraussetzen, kann nach Eisels Meinung niemanden überraschen, der sich mit dem Thema etwas intensiver befasst hat: „Das schafft auch finanzielle Spielräume für den städtischen Haushalt. Die jährlichen Betriebskosten für die Beethovenhalle von mindestens 1 Mio € und die ohne das Festspielhaus unweigerlich auf die Stadt zukommenden Sanierungskosten für die alte Halle in Höhe von mindestens 20 Mio € könnten in die Stiftung für den Betrieb des Festspielhaus eingezahlt werden, ohne dass dies den städtischen Haushalt zusätzlich belastet. Eisel hofft, dass die Architektenentwürfe weitere Dynamik in die Realisierung des Projektes bringen. „Das ist wichtig auch im Blick auf den Bund, der mit 39 Mio € den Löwenanteil des Kapitals für die zu gründende Stiftung zugesagt hat.“ Eisel ist im Kulturausschuss des Deutschen Bundestages Berichterstatter seiner Fraktion für das Projekt und setzt sich seit langem für die Realisierung des Festspielhauses ein.

General-Anzeiger 02.02.2009

Stilles Gedenken an Bonner Ehrenbürger Theodor Heuss

Bürger Bund hält Nichtbeachtung des Geburtstages durch die Stadt Bonn für ein unverzeihliches Versäumnis und kritisiert Dieckmann

BONN. Private Erinnerung an einen großen Politiker: Mit einem Blumengesteck ehrten der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel und die CDU-Europaabgeordnete Ruth Hieronymi am Samstag Theodor Heuss. An diesem Tag wäre der erste Bundespräsident der Bundesrepublik (1949-1959) 125 Jahre alt geworden. Das Gesteck legten sie zu Füßen des Ahornbaums nieder, den Heuss 1952 zum „Tag des Baums“ im Bonner Hofgarten gepflanzt hatte. Wenn man die Geschichte Bonns als Ursprung der deutschen Demokratie lebendig halten wolle, müsse man auch daran erinnern, so Hieronymi. Das sei Voraussetzung für die Demokratie in Europa gewesen. Gebunden hatte das Gesteck der Bonner CDU-Umwelt-

sprecher Karl Wengenroth, der Gärtner- und Floristen-Meister ist.

Deutliche Worte zur Nichtbeachtung des Heuss'schen Geburtstages fand Bernhard Wimmer, OB-Kandidat des Bürger Bunds, der das für ein „unverzeihliches Versäumnis“ hält. Die Verantwortung dafür trage die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann, deren Verhalten er als „süßlos“ bezeichnete. „Das ist nicht der angemessene Umgang einer Bundesstadt Bonn mit ihrem Ehrenbürger und der ehemaligen Bundeshauptstadt Bonn mit dem ersten Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland.“ Weder zu einer Feierstunde noch zu einer Ausstellung oder zu einer Initiative habe die Phantasie der OB und ihrer Verwaltung gereicht. flg/kf



25.4.1952: Theodor Heuss pflanzt den Baum im Hofgarten.



Zum 125. Geburtstag: Ruth Hieronymi und Stephan Eisel erinnern im Hofgarten an Theodor Heuss.

FOTO: FROMMANN/ARCHIV

Bonner Rundschau
02.02.2009

Erinnerungen an „Papa Heuss“



BONN. Die beiden Bonner CDU-Politiker Stephan Eisel (MdB) und Ruth Hieronymi (scheidende EU-Parlamentsabgeordnete) legten am vergangenen Samstag an dem Ahornbaum im Bonner Hofgarten, den der damalige Bundespräsident Theodor Heuss im Jahre 1952 gepflanzt hatte, ein Blumengebilde nieder. Heuss wäre am 31. Januar 2009 125 Jahre alt geworden. Theodor Heuss zählt neben Konrad Adenauer oder Kurt Schumacher zu den Gründungsvätern der Bundesrepublik. Er war Mitglied des Parlamentarischen Rates, der vor 60 Jahren das Grundgesetz verabschiedete und wurde 1949 zum ersten Bundespräsidenten gewählt. (al/Foto: Klodt)

Eisel sieht Mehrkosten

„SPD-Antrag kostet Stadt bis zu 900 000 Euro“

BONN. „Der Heroin-Antrag der SPD bringt Mehrkosten für Bonn“, sagt der Bundestagsabgeordnete der CDU, Stephan Eisel. Wie berichtet, will die SPD mit einem Gruppenantrag im Bundestag eine Legalisierung von Heroin als Medikament für die Behandlung bestimmter Schwerstabhängiger erreichen. Dabei geht die SPD davon aus, dass die Kosten so verteilt werden wie bei der herkömmlichen Behandlung von Patienten mit Ersatzstoffen wie Methadon und Polamidon: Die Kassen übernehmen die medikamentöse Behandlung, Länder und Kommunen die psychosoziale Therapie.

Eisel rechnete nun vor, dass in einem solchen Fall die Stadt Bonn bei geschätzten 70 bis 80 Heroinpatienten 800 000 bis 900 000 Euro zahlen müsse – statt bislang 600 000 Euro für 30 Patienten. „Ich kann mir nicht vorstellen, dass das im Rat gewollt ist.“ Wie berichtet fordert Eisel eine neue Heroin-Studie. „Dabei sollen die gleichen finanziellen Konditionen wie bisher gelten.“ val

General-Anzeiger
02.02.2009

Heftiger Streit um Heroinmodell

Wohlfahrtsverbände werfen CDU-Politiker Eisel falsche Zahlen vor

BONN. Zwischen dem Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel und den Wohlfahrtsverbänden Caritas und Diakonie sowie hochrangigen Kirchenvertretern ist ein heftiger Streit um die Abgabe von Diamorphin entstanden. Beide Seiten haben sich gestern offene Briefe geschrieben.

Hintergrund ist ein von der SPD-Bundestagsfraktion eingereichter Antrag, Diamorphin (synthetisch hergestelltes Heroin) als Arzneimittel zuzulassen; dann können schwerstabhängige Drogensüchtige auf Kosten der Krankenkasse behandelt werden. Bonn beteiligt sich mit sechs Städten zurzeit an einem Modellversuch, in dem Diamorphin in der Heroinambulanz in der Poliklinik an 28 Suchtkranke abgegeben wird. Die Stadt finanziert den Versuch mit 800 000 Euro.

Während der Bonner SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber zu den Unterstützern des Gruppenantrags gehört, hat Eisel angekündigt, dagegen zu stimmen. Er begründete das unter anderem mit den Kosten, die seiner Meinung nach weiterhin von den Städten zu zahlen wären – in

Bonn „deutlich über 450 000 Euro“, während die Krankenkassen nur 130 000 Euro für Arzthonorare und 40 000 Euro für Diamorphin übernehmen.

Der katholische Stadtdechant Wilfried Schumacher, der evangelische Superintendent Eckart Wüster, Caritasdirektor Jean-Pierre Schneider und Diakonie-Geschäftsführer Ulrich Hamacher forderten den Politiker gestern auf,

sich der SPD-Initiative anzuschließen. „Wir sind erschüttert, mit welchen Aussagen Sie eine zuverlässige Lebensperspektive für schwerst heroinsüchtige Menschen in Bonn verhindern wollen“, heißt es in dem Schreiben an den MdB. „Wir halten es für unverantwortlich, mit abenteuerlichen Zahlen und Prognosen Angst vor einer lebensrettenden Behandlungsmethode zu schüren“, vielmehr seien die Kosten

mit 200 000 Euro für maximal 70 Patienten deutlich geringer als von Eisel vorgerechnet.

Nach Mitteilung der beiden Verbände sollen sich in den vergangenen Tagen viele von Eisels Parteifreunden von seiner Position distanziert und sich für die gesetzliche Regelung ausgesprochen haben. Der Abgeordnete will einen neuen Modellversuch – der erste ist offiziell 2006 ausgelaufen und wird in Bonn unter Vorbehalt weitergeführt – „um offene Fragen“ zu klären.

Dagegen kommt ein Nein aus der Bonner SPD: „Wir wissen genug, wir brauchen keine Verlängerung des Modellversuchs, es muss jetzt entschieden werden“, sagt die Sozialpolitikerin Uschi Salzburger.

Auch Ulrich Kelber wird seinem CDU-Kollegen vor, mit falschen Zahlen zu operieren. Bonn werde „massiv finanziell entlastet“, weil die Krankenkassen den Großteil der Kosten trügen. Laut Kelber hat sich die Bonner CDU in letzter Minute vom Befürworter zum Gegner einer gesetzlichen Regelung gemacht, „weil Herr Eisel in der Fraktionssitzung mit seinen sonst sinkenden Chancen im Wahlkampf argumentiert hat“. (dbr)



In der Heroinambulanz in der Poliklinik wird an 28 Schwerstabhängige täglich Diamorphin ausgegeben. / (Foto: Magunia)

General-Anzeiger
06.02.2003

Kirchen: Eisel schürt mit Zahlen Angst

Hitze Diskussion um
Heroin-Legalisierung

BONN. Die Diskussion um die Legalisierung von Heroin als Medikament nimmt an Schärfe zu. Gestern warfen die kirchlichen Einrichtungen Caritas und Diakonie, die mit der Uniklinik Träger der Heroinstudie in Bonn sind, in einem offenen Brief dem Bundestagsabgeordneten der CDU, Stephan Eisel, vor, er schüre „mit abenteuerlichen Zahlen und Prognosen Angst vor einer lebensrettenden Behandlungsmethode“. Anders als Eisel glauben machen wolle, beliefen sich alle bisher kalkulierten Ansätze auf deutlich niedrigere Kosten. Wie berichtet, hatte Eisel eine Summe von bis zu 900 000 Euro für die Stadt angegeben, sollten rund 70 Schwerstabhängige mit rezeptpflichtigem Heroin behandelt werden. Caritas und Diakonie forderten Eisel auf, die Erfolge der Studie anzuerkennen und auch zum Wohle der Abhängigen im Bundestag für eine Legalisierung zu stimmen.

Die SPD wirft Eisel „falsche und manipulative Zahlen vor“, so der Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber. „Ich bin entsetzt, dass Eisel beim Schicksal von schwer kranken Menschen mit Wahlkampf-Tricks arbeitet.“ Die Stadt Bonn werde mit der Heroin-Zulassung finanziell massiv entlastet. Die Bonner Sozialpolitikerin Uschi Salzburger, SPD, meinte, der Vorschlag Eisels, die Studie zu verlängern, sei nur ein Deckmäntelchen für die ablehnende Haltung von großen Teilen der CDU-Bundestagsfraktion.

Eisel wehrte sich gestern vor allem gegen den Vorwurf, das Wohl der Suchtkranken außer Acht zu lassen. Angesichts widersprüchlicher Expertenvoten sehe er sich nicht in der Lage, der Heroin-Zulassung zuzustimmen, schrieb er postwendend an die Kirchen. val

Express
09.02.2003

Täglich Karneval im EXPRESS

Alaaf

Bürgermeister
Joisten der während einer Sitzung für seine Frau Kopfschmerztabletten besorgt.
☆☆☆ CDU-MdB Dr. Stephan Eisel, der auf jeder Sitzung ein neues tolles Kostüm anhat.
☆☆☆ Zollkanonien-Präsident Meik Würz, der trotz Krankheit eine tolle Sitzung leitet.

Aufbruchstimmung in Bonn

CDU und SPD nahmen zum Konjunkturpaket II Stellung

Von UTA KRISTINA MAUL
und DIETER BROCKSCHNIEDER

BONN. Die Stadt Bonn kann mit knapp 100 Millionen Euro aus dem Konjunkturpaket rechnen, nachdem zu den vom Bund zugesagten 46,8 Millionen Euro nun noch 57 Millionen Euro aus dem Land für den Hochschulstandort kommen. CDU und SPD haben sich in Pressekonferenzen zu den Vorhaben geäußert.

Die Bonner CDU-Ratsfraktion ist offenbar fest entschlossen, das Konjunkturpaket II der Bundesregierung zügig umzusetzen und eine Prioritätenliste in der Ratssitzung am 25. März zu verabschieden. Wie berichtet, kann Bonn in den Jahren 2009 und 2010 insgesamt gut 46,8 Millionen Euro in zusätzliche Maßnahmen investieren, davon 26,3 Millionen Euro in Bildungseinrichtungen und 20,5 Millionen in Infrastrukturmaßnahmen. Die Projekte müssen energetisch sinnvoll und realisierungsreif sein, dürfen aber noch nicht im städtischen Haushalt stehen.

Altes Rathaus soll saniert werden

„Sehr schnell“ müssten in Bonner Schulen, Kindergärten und auf den Straßen die Handwerker anrücken; besonders davon profitieren müsse die heimische Wirtschaft, appellierte CDU-Oberbürgermeisterkandidat Christian Dürig. Flankiert von Ratsfraktionsvorsitzendem Benedikt Hauser sowie den Bonner Abgeordneten Stephan Elsel (Bundestag) und Helmut Stahl (Landtag), nannte Dürig bei einem Pressgespräch im Stadthaus gleich ein Wunschprojekt: Für vier Millionen Euro solle aus dem Bundesgeld das Alte Rathaus – sanierungsbedürftig und energetisch „in miserablen Zustand“ – wieder in Schuss gebracht werden. Er sei sicher, dass die Bonner nicht länger mit ansehen wollten, wie das Rokoko-Gebäude „ein Stück Seele von Bonn“ verkomme, sagte Dürig.

Sein Konkurrent von der SPD, Jürgen Nimptsch, regte hingegen eine Art Bürgerstiftung für das Rathaus an. Die

Stadt solle sich um die energetische Erneuerung kümmern, „wo es schön wird, machen das die Bürger“. Nimptsch ist sicher, dass etwa über den Verkauf von 50 sogenannten Bausteinen genügend Geld für die etwa 4 Millionen Euro teure Sanierung reinkommen wird.

steht, den Verkehr staufrei lenken soll.

Weil Maßnahmen für den Öffentlichen Personennahverkehr, für Kanäle und Straßenerneuerung (beispielsweise das Beseitigen von Schlaglöchern) vom Konjunkturpaket II ausgeschlossen sind und

rat passieren, bevor auf Länderebene die gesetzliche Grundlage für die Auszahlung geschaffen wird. Ab April, hofft die CDU, fließen die Gelder an die Kommunen – die übrigens einen Eigenanteil von 12,5 Prozent leisten müssten. Dieser werde in den Jahren 2012 bis 2020 über geringere Schlüsselzuweisungen des Landes verrechnet. Kommunen, die die Bundesgelder nicht zweckgebunden verwenden, müssten sie eines Tages zurückzahlen.

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber hatte für gestern zur Investitionskonferenz „Partner für Arbeit“ Akteure aus Gewerkschaften, Wirtschaft, der beiden Hochschulen, Krankenhäuser und Banken in den Uni-Club eingeladen. Dort informierte er gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (SPD) über das Konjunkturpaket.

Aus dem Teilnehmerkreis sei angeregt worden, in vielen Ortsteilen aktiv zu werden und nicht nur zwei, drei Großprojekte zu fördern, berichtete Kelber nach der Tagung. Die Stadtverwaltung solle bei der Vergabe auch Lose für mittelständische Betriebe ausschreiben und nicht nur Generalunternehmer ans Werk lassen. DGB und Wirtschaft seien sich einig gewesen: dass nur tarifvertragstreu und ausbildende Betriebe mit Aufträgen bedacht werden sollen. Die Handwerkerschaft schlug vor, eine Internetplattform zu schaffen, auf der alle geplanten kommunalen Projekte nachgelesen werden können.

Die Stadt wurde gebeten, die Rechnung an die Firmen innerhalb von zwei Wochen zu bezahlen – normalerweise kann sich die Stadtkasse damit drei bis vier Monate Zeit lassen. Schnellere Überweisungen, darauf wiesen auch Vertreter von Sparkasse und Volksbank hin, könnten helfen, Liquiditätsengpässe in den Unternehmen zu verhindern.

Kelber war mit dem Verlauf der Konferenz sehr zufrieden. Er sprach von der „großen Bereitschaft zu einer konzertierten Aktion, um schnelle Arbeitsmarkteffekte zu erzielen. Es herrscht eine Aufbruchstimmung.“



Das Alte Rathaus soll saniert werden, ob aus dem Konjunkturprogramm oder aus Spenden, ist noch unklar. (Foto: Kehrein)

Neben Neubau oder Kernsanierung der Burg- und Siebenbergsschule (4,5 Millionen Euro) müsse „schnell und unbürokratisch“ eine lange Liste an Sanierungsmaßnahmen in Schulen und Kindergärten geprüft und in eine sinnvolle Reihenfolge gebracht werden, so Dürig weiter. Bei den Infrastrukturmaßnahmen hält er neben Fuß- und Radwegeunterführungen unter Bahngleisen die Einführung des millionenschweren Verkehrsinformationssystems VIS+ für überlegenswert, weil es auch im früheren Regierungsviertel, wo mit dem World Conference Center Bonn ein neuer Arbeitsplatzschwerpunkt ent-

Energiekosten eingespart werden müssen, ergebe sich eine „gewisse Vorsortierung“ der Wunschliste quasi von selbst, meinte Hauser. Dass bei der Umsetzung tatsächlich die heimische Wirtschaft zum Zuge kommt, dabei helfen laut CDU die Ausschreibungsbedingungen: Bei Projekten bis 100 000 Euro sei keine Ausschreibung nötig, bis 1 Million beschränkte Ausschreibung und erst ab 5 Millionen Euro die europaweite.

Der Bundestag, informierte Elsel, werde sich in der kommenden Woche in zweiter und dritter Lesung mit dem Konjunkturpaket II befassen. Am 20. Februar soll es den Bundes-



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 11

11. Februar 2008

Kanzleramtschef de Maizière hilft Bonn mit Klarstellungen zum Konjunkturpaket

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat der Stadtverwaltung zwei Schreiben von Kanzleramtschef Thomas de Maizière bzw. Finanzstaatssekretär Karl Diller mit Klarstellungen zur Umsetzung des Konjunkturpakets weitergeleitet: „Der Stadtkämmerer hat mir in der letzten Woche einige konkrete Fragen zur Umsetzung des Konjunkturprogramms übermittelt, um deren Klärung ich mich gekümmert habe. Die schnellen Antworten und Klarstellungen aus dem Bundeskanzleramt und dem Bundesfinanzministerium helfen der Bonner Stadtverwaltung hoffentlich bei der soliden Umsetzung des Konjunkturpakets.“

Unklarheiten gab es z. B. bei der Definition der „Zusätzlichkeit“ der vom Bund geförderten Investitionen. Der dafür vorgesehene Bezugszeitraum 2006-2008 hätte für Bonn wegen außergewöhnlich hoher Investitionen (z. B. durch die Sanierung der Kennedybrücke) Probleme aufgeworfen: Dieses hohe Investitionsniveau ist mit Mitteln des Konjunkturprogramms 2009-2011 nur schwer zu übertreffen. Kanzleramtschef de Maizière hat Eisel dazu mitgeteilt, dass die geforderte „Zusätzlichkeit“ „nicht in Bezug auf die einzelne Gemeinde“ nachzuweisen ist, sondern für NRW insgesamt. „Das ist für Bonn eine gute Nachricht“, sagte Eisel.

Fragen gab es auch zum sog. Doppelförderungsverbot. Hierzu stellte Finanzstaatssekretär Diller klar: „Ausschlaggebend für das Doppelförderungsverbot ist die tatsächliche Inanspruchnahme einer anderen Förderung, nicht bereits die Möglichkeit einer anderen Förderung.“ Auch dies erhöht nach Eisels Meinung den kommunalen Entscheidungsspielraum: „Durch die frühen Hinweise des Stadtkämmerers konnte auch die Klärung auf Bundesebene schnell erfolgen. Die Antworten auf die Bonner Fragen werden jetzt von Kollegen und Verwaltungen aus dem ganzen Bundesgebiet nachgefragt.“

Die Briefe aus dem Bundeskanzleramt und Bundesfinanzministerium können Sie unter Angabe Ihrer Faxnummer unter stephan.eisel@bundestag.de anfordern.

General-Anzeiger

Narrenspiegel

11.02.2009

■ Zum traditionellen Prinzenempfang luden das Hotel Hilton sowie der Festausschuss Bonner Karneval ein. „Ein Familientreffen mitten in der Session“, brachte es **Prinz Ralf I.** auf den Punkt. **Horst Bachmann**, Präsident des Festausschusses, und **Christian Hammer**, stellvertretender Hoteldirektor des Hilton, konnten Altstadtprinzessin **Daniela I.** ebenso willkommen heißen wie den Dottendorfer Burgherrn **Walter I.**, das Buschdorfer Prinzenpaar **Luigi I.** und **Doreen II.**, **Walter I.** von der Großen Dransdorfer Karnevals-Gesellschaft, **Toni II.** und **Brigitte III.** von der Bonner gehörlosen Karnevalsgesellschaft sowie das Graurheindorfer Prinzenpaar **Norbert I.** und **Marg-**

■ Die Bonner Stadtsoldaten wachsen: So sind auf der Gala-Prunksitzung neue Ehrenmajore hinzugekommen. Kommandant Ralf Wolanski bat dazu den CDU-Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel**, den Präsidenten des Corps Honorée **Peter Knodt** und **Manfred Harnischfeger**, Direktor für Konzernkommunikation bei der Deutschen Post, auf die Bühne. Natürlich mussten die drei zur Freude der Zuschauer auch Stippföfötte tanzen. Kleines Ärgernis am Rande: Die Rabaue kamen nicht pünktlich zu ihrem Auftritt, weil es auf dem Parkplatz der Beethovenhalle kein Durchkommen mehr gab. Schultheiß **Josi Wild** hat mittlerweile herausgefunden warum. Als die ersten

Jecker Gipfel:
Beim Prinzenempfang des Festausschusses Bonner Karneval im Hotel Hilton halten die Tollitäten aus Bonn Hof.
FOTO: FROMMANN



ret I. Der Fan-Club „Wir sind Prinz“, darunter auch Katja Birkner, nutzte die Anwesenheit von so viel närrischem Glanz, um sein neues Lied „Ralf I. und Miriam I. – Bonn apart“ vorzustellen. Auch ein Jubiläum konnte gefeiert werden: Seit 50 Jahren sind die Jecken der Altstadt KG rot-grüne Senatoren mit dabei. „Der Fastelovend hat jedes Jahr ein anderes Gesicht“, sagte Ralf I., das sichere den Fortbestand der Tradition Karneval. Weitere Gäste waren Bezirksbürgermeister **Helmut Kollig**, die SPD-Landtagsabgeordnete **Renate Hendricks** und der Bonner CDU-Chef **Axel Voss**. fhg

Gäste vor Sitzungsende bereits den Saal verließen, hatte sich das unter den Taxifahrern schnell rumgesprochen. Alle hatten nur ein Ziel: den jecken Narrentempel – und verstopften alle Anfahrten. Wild kann da nur den Kopf schütteln. bot

■ Wie schlägt sich **Marlies Stockhorst**, die Vizepräsidentin des Festausschusses Bonner Karneval, beim NRW-Duell mit **Bernd Stelter**? Die verschobene Quizshow wird nun am kommenden Sonntag, 15. Februar, ab 22 Uhr im WDR-Fernsehen ausgestrahlt. Das Thema ist der Karneval. bot



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 12

12. Februar 2008

„Zug der Erinnerung“ in Bonn

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel begrüßt es ausdrücklich, dass der „Zug der Erinnerung“ mit einer Ausstellung zur Deportation von Kindern und Jugendlichen in der nationalsozialistischen Diktatur in Bonn Station macht: „Wir dürfen die Verbrechen des Nationalsozialismus nicht in Vergessenheit geraten lassen. Das gilt gerade in diesem Jahr des Grundgesetzjubiläums. Als der Parlamentarische Rat in Bonn zusammentrat, ging es vor allem um die Frage „Nie wieder Krieg und Diktatur“. Auch der 70. Jahrestag des Ausbruchs des 2. Weltkrieges am 1. September 1939 erinnert uns daran, dass das Grundgesetz nur zehn Jahre danach verabschiedet wurde, belegt das Streben der Deutschen nach der Hitler-Diktatur ein neues Kapitel in ihrer Geschichte aufzuschlagen. Die Erinnerung an den Holocaust gehört als ständige Mahnung dazu.“

Der „Zug der Erinnerung“ mit einer historischen Lok und mehreren Waggons, in denen die Geschichte der Deportationen an beispielhaften Biographien nacherzählt wird, macht vom 2. - 5. März im Bonner Hauptbahnhof Station. Er ist seit Mai 2007 unterwegs und hat an über 70 Bahnhöfen weit über 250.000 Besucher angezogen. Eisel erinnerte daran, dass sich die Deutsche Bahn mit dem Projekt zunächst schwer getan hat: „Dafür habe ich kein Verständnis, denn ohne die Reichsbahn wäre der Transport von hunderttausenden von Menschen in die Vernichtungslager nicht möglich gewesen.“

Eisel erinnerte daran, dass der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages, dessen Mitglied er ist, in einem Beschluss vom letzten Oktober ausdrücklich unterstrichen hat, dass „Projekte aus der Mitte der Gesellschaft wie die „Stolpersteine“ und der „Zug der Erinnerung“ für eine lebendige und zukunftsorientierte Erinnerungskultur unverzichtbar sind.“

Schauenster
13.02.2009

(TR). Der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stephan Eisel** hat sich bei **Verteidigungsminister Franz-Josef Jung** dafür eingesetzt, dass eines der größten Schiffe der Bundesmarine auf den Namen „Bonn“ getauft wird. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat im Dezember 350 Mio Euro für die Neuanschaffung eines sogenannten „Einsatzgruppenversorgers“ freigegeben: „Ich habe den Bundesverteidigungsminister vor Weihnachten gebeten, Bonn als Paten für das neue Schiff vorzusehen. Bonn hat als erster Dienstsitz des Verteidigungsministeriums ein besonderes Verhältnis zur Bundeswehr und eine solche Namensgebung wäre auch ein passendes Zeichen zum Geburtstag des Grundgesetzes, das in Bonn vor 60 Jahren erarbeitet und beschlossen wurde“, so Eisel. Der Bonner Abgeordnete unterstützt mit seinem Vorstoß eine Initiative von **Botschafter a.D. Hans-Joachim Heldt**, einem Bonner Mitglied des Vereins „**Reunion der Deutschen Marine**“, in dem sich bundesweit Teilnehmer von Wehrübungen der Bundesmarine zusammengeschlossen haben.

Schauenster
13.02.2009

(mt). Kürzlich traf sich Berlin wieder die sogenannte „**Pizza-Connection**“, eine informelle Runde von Bundestagsabgeordneten der Grünen und der CDU, diesmal bei **Bundestagsvizepräsidentin Karin Göring-Eckart** zur Weinprobe. Mit dabei der **Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel**. Zur Weinprobe steuerte er ein „2000er Elgen-gewächs“, einen Rose des Heimatvereins Lengsdorf, bei. Die Pizza-Connection war Mitte der 90er Jahre im Kessenicher Italiener **Sassella** gegründet worden. Seitdem treffen sich die schwarz-grünen MdBs regelmäßig.

General-Anzeiger
13.02.2009

Wieder Streit mit der Berlin-Lobby

Gelder für Bauten in
Bonn nicht freigegeben

BONN. Geld aus dem staatlichen Konjunkturpaket gibt es nicht nur für Städte und Gemeinde, sondern auch für die Sanierung von Bauten des Bundes. Der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat diese Mittel jetzt auch im Grundsatz freigegeben, ohne die Sanierungspläne der entsprechenden Städte im Detail zu kennen, berichteten gestern die beiden Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel** (CDU) und **Ulrich Kelber** (SPD).

Mit einer Ausnahme: „Lediglich die Gelder für die Bundesbauten in Bonn sind mit einem Sperrvermerk versehen worden“, erklärten die beiden verärgerten Politiker gemeinsam, messen dem aber keine entscheidende Bedeutung zu, weil sie glauben: „Das ist ein leicht zu durchschauender Schritt der unbelehrbaren Berlin-Lobby im Haushaltsausschuss.“

Eisel und Kelber beruhigten damit Skeptiker, die schon die erhofften Gelder in Gefahr sehen. Alle Vorwände, dass Ministerien saniert würden, die dann später womöglich nach Berlin umzögen, seien fachlich leicht zu widerlegen. Der Beschluss des Haushaltsausschusses sei auch nicht demokratisch legitimiert, weil er nicht durch die Mehrheit des Bundestages gedeckt sei. Eisel und Kelber sind daher sicher: „Das wird der Berlin-Lobby nichts nutzen. Die Gelder werden trotzdem vor Ostern noch fließen.“ kf



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 13

13. Februar 2008

MdBs beim Bonner Rosenmontagszug „Kammelle zum Grundgesetzgeburtstag“

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat für den Bonner Rosenmontagszug einen eigenen Mottowagen zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes initiiert und dazu jetzige und frühere Abgeordnete des Deutschen Bundestages eingeladen: „Das Grundgesetz ist der Bonner Exportschlager und ein prima Beispiel für unser diesjähriges Bonner Sessionsmotto: Es ist einfach Bonnapart ! Das muss man feiern. Was eignet sich dazu besser als der Bonner Rosenmontagszug.“

Als „Väter und Mütter des Grundgesetzes“ fahren neben Stephan Eisel auf dem Wagen der 1. Parl. Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Norbert Röttgen und der sportpolitische Sprecher der Unionsfraktion Klaus Riegert aus Göppingen mit. Darüber hinaus sind die ehemalige Bundesministerin Prof. Ursula Lehr sowie die früheren Bundestagsabgeordneten Editha Limbach und Friedhelm Ost dabei. Außerdem sind u. a. der kaufmännische Direktor der Bundeskunsthalle Bernhard Spies und der Präsident des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung Florian Mausbach mit von der Partie.

Nach einer intensiven Beratung mit seinen Kollegen kündigte Eisel für den Rosenmontag ein „volksnahes Konjunkturprogramm“ an: „Wir werden freigiebig Wahlgeschenke in Form von Kamelle und Bützje unters Volk bringen.“ Der Wagen hat das Motto „Aus BonnApart für Deutschland: 60 Jahre Grundgesetz – Kumm loss ma fiere“ und ist u. a. mit einem großen Bild dekoriert, das Konrad Adenauer bei der Unterzeichnung des Grundgesetzes zeigt.

Politische Info-Reise nach Berlin

Bonn (TR). Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bietet interessierten Bürgerinnen und Bürgern auch im neuen Jahr die Teilnahme an einer politischen Informationsreise nach Berlin an: „Die Arbeit des Bundestages und der Blick hinter die Kulissen des politischen Berlins sind sicher eine Reise wert. Ich möchte dies möglichst vielen Bonnern ermöglichen“. Der Teilnehmerbeitrag von 199 Euro beinhaltet einen dreitägigen Besuch in Berlin. Die Reisetermine liegen zwischen März und Juli 2009. Infos im Internet unter www.stephaneisel.de oder im Wahlkreisbüro, Markt 10-12, Tel.: 0228/184 99 832.

Straßburger, 13.02.09

Bürgersprechstunde

Bonn. Der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel lädt für morgen, Mittwoch, von 17 bis 19 Uhr zu einer Bürgersprechstunde in sein Bonner Wahlkreisbüro, Markt 10-12. Eine Voranmeldung ist nicht notwendig, verkürzt aber die Wartezeit. Anmeldung unter 0228/184 99 834. fhg

*General-Anzeiger,
17.02.09*

Guter Listenplatz für Eisel

CDU-Mittelrhein wählt
den Bonner auf Platz vier

Bonn. Ein aussichtsreicher Listenplatz bei der Bundestagswahl für Stephan Eisel: Bei einer Vorentscheidung über die nordrhein-westfälische Landesliste hat sich der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete gegen einen Mitbewerber aus Köln durchgesetzt, teilte der CDU-Kreisverband Bonn gestern Abend mit. Er bezeichnet Eisel als „durchgebracht“, da die ersten fünf Listenplätze als aussichtsreich gelten. Eisel wurde im Bezirk Mittelrhein nach Norbert Röttgen (Rhein-Sieg-Kreis), Ulla Heinen (Köln) und Willy Zyljaew (Rhein-Erft-Kreis) auf Platz vier gewählt. Für Platz 5 wurde Elisabeth Winkelmeyer-Becker (Rhein-Sieg-Kreis) nominiert, Platz 6 fiel an Arthur Tybussek aus Köln, gegen den Eisel die Wahl gewonnen hatte.

Der Bonner CDU-Kreisvorsitzende Axel Voss sagte zu Eisels Erfolg: „Wenn man bedenkt, dass die Bonner CDU nur neun Delegierte stellt, zeigt das Abstimmungsergebnis, wie groß die Anerkennung für die Arbeit von Stephan Eisel über Bonn hinaus auch in der Region ist.“

Die endgültige Entscheidung über die CDU-Landesliste fällt erst beim Landesparteitag am 14. März. koe

General-Anzeiger, 16.02.09



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 14

17. Februar 2008

Kelber und Eisel fordern Perspektiven für CMA und ZMP-Mitarbeiter

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) fordern in einem gemeinsamen Brief an die Spitzen der deutschen Ernährungswirtschaft, möglichst schnell eine auf freiwilligen Beiträgen beruhende neue Organisation zur Absatzförderung zu gründen. So könne den ca. 300 Bonner Mitarbeitern von CMA (Centrale Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft) und ZMP (Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle) eine Perspektive geboten werden, die in Folge eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Februar ihren bisherigen Arbeitsplatz verlieren. Das Verfassungsgericht hat die bisher der Finanzierung zugrunde liegende Zwangsabgabe für Betriebe der Ernährungswirtschaft für verfassungswidrig erklärt.

Das Schreiben der Bonner Bundestagsabgeordneten ist an den Vorsitzenden der Bundesvereinigung der deutschen Ernährungsindustrie, Jürgen Abraham, den Aufsichtsratsvorsitzenden der CMA, Werner Hilse, und den Vorsitzenden des Aufsichtsrats der ZMP, Udo Folgart, gerichtet. Es hat folgenden Wortlaut:

„Als Folge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Februar muss die Förderung des Absatzes von Produkten der deutschen Land- und Ernährungswirtschaft neu organisiert werden. Der Standort Bonn ist als Sitz von CMA und ZMP davon besonders betroffen. Vor allem sind die Arbeitsplätze der dort beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in akuter Gefahr.



Dr. Stephan Eisel

Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 14

17. Februar 2008

Wir bitten Sie nachdrücklich, den betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der Neuorganisation dieses Bereiches neue berufliche Perspektiven zu bieten und den Standort Bonn zu erhalten - nicht zuletzt deshalb, weil der Deutsche Bundestag Bonn als 1. Dienstsitz des zuständigen Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz festgelegt hat. Die in vielen Jahrzehnten in Bonn gewachsene Kompetenz und hohe Qualifikation der CMA- und ZMP-Angestellten wird auch in den neuen Strukturen von hohem Nutzen sein.

Wir wissen - wie Sie - um den hohen zeitlichen Druck, den das Urteil des Bundesverfassungsgerichts ausgelöst hat und wären Ihnen sehr dankbar, wenn für die betroffenen Menschen bald Klarheit über ihre Perspektiven hergestellt werden kann. Bitte lassen Sie uns wissen, wenn wir dabei behilflich sein können."

CDU feiert 60 Jahre Grundgesetz in Bonner Rosenmontagszug

18. Februar 2009

CDU-Politiker feiern den 60. Geburtstag des Grundgesetzes mit einem eigenen Festwagen im Bonner Rosenmontagszug.

Er steht unter dem Motto «Aus Bonn apart für Deutschland: 60 Jahre Grundgesetz - Kumm loss ma fiere» (Komm, lass uns feiern), wie die Stadt Bonn am Mittwoch mitteilte.

Der Wagen entstand auf Initiative des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel. An seiner Seite werden der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen, sowie ihr sportpolitischer Sprecher Klaus Riegert mitfahren. Auch sind die ehemalige Bundesministerin Ursula Lehr sowie die früheren Bundestagsabgeordneten Editha Limbach und Friedhelm Ost mit an Bord (alle CDU).

© 2009 News Adhoc / ddp

News Adhoc - www.news-adhoc.com, 18.02.09

Bonn: Auch im Karneval wird das Grundgesetz gefeiert: Mottowagen beim Bonner Rosenmontagszug

Geschrieben am Mittwoch 18 Februar 2009

(Bonner Wirtschaftsblog) - Bonn: - Zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes hat der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) einen eigenen Mottowagen initiiert. Am Rosenmontag, 23. Februar, ab 12 Uhr verteilen jetzige und frühere Parlamentarier Kamelle.

Als "Väter und Mütter des Grundgesetzes" fahren neben Stephan Eisel der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Norbert Röttgen, und der sportpolitische Sprecher der Unionsfraktion, Klaus Riegert, mit. Weiter sind die ehemalige Bundesministerin Professor Ursula Lehr sowie die früheren Bundestagsabgeordneten Editha Limbach und Friedhelm Ost dabei. Der Wagen hat das Motto: "Aus Bonn apart für Deutschland: 60 Jahre Grundgesetz - Kumm loss ma fiere".

Kontakt: Dr. Stephan Eisel, Wahlkreisbüro, Telefon (02 28) 18 49 98 32, E-Mail stephan.eisel@bundestag.de

www.bonner-wirtschaftsgespraech.de, 18.02.09

Klausuren statt Kamelle

Die strenge Unterrichtsregelung in Schulen an Weiberfastnacht finden manche Narren gar nicht gut

Von Lisa Inhoffen

BONN. Für Ulrich Stahnke ist die Sache sonnenklar: Schnaps ist Schnaps und Dienst ist Dienst. Mit dieser Haltung hat sich der Leiter der Bertolt-Brecht-Gesamtschule (BBG) jetzt allerdings keine Freunde gemacht. Ausgerechnet an seiner Schule, die in Tannenbusch und damit mitten in einer der karnevalistischen Hochburgen Bonns liegt, geht es an Weiberfastnacht tierisch ernst zu. Jedenfalls am Vormittag und für die Schüler ab Klasse 10.

Denn während die Mitschüler bis Klasse 9 auf der Weiberfastnachtssitzung mit Deutschlehrer und BBG-Sitzungspräsidenten Sascha Clemeur in der Aula kräftig auf die Pauke hauen dürfen, stehen für die Großen Klausuren statt Kamelle auf dem Programm.

„Ein Skandal“, schimpfen die Jecken unter den Eltern, die sich in ihrer Not an den Bonner CDU-

seien einige Kadetten der Stadtsoldaten, und die sind doch gerade an Weiberfastnacht aus dem närrischen Straßenbild nicht wegzudenken.

Doch dem CDU-Politiker sind die Hände gebunden, immerhin hat sein Parteifreund und Kölner Regierungspräsident (RP) Hans-Peter Lindlar persönlich die Späßbremse gezogen und an Weiberfastnacht per Rundverfügung bis 12.30 Uhr Schule angeordnet. Aus guten Gründen, wie eine Mitarbeiterin von Lindlars Pressestelle dem General-Anzeiger auf Nachfrage erklärte: Damit solle dem doch oftmals übermäßigen Alkoholkonsum von Jugendlichen an Weiberfastnacht zumindest am Vormittag Einhalt geboten werden.

Und Stahnke kennt als erfahrener Schulleiter und gestandener Vater und Großvater seine Pappenheimer: Mit einer Schulsitzung wie für die Jüngeren lockt er von den Großen keinen frühmorgens ins Klassenzimmer. Da zieht eine

Klassenarbeit schon eher, schmunzelt er und verspricht zumindest für die Deutschklausur ein humorvolles Thema.

Wer dann feiern will, der habe ja noch den ganzen Tag vor sich, meint der Direktor. Dann sei er aus dem Schneider und die Eltern in der (Aufsichts)-pflicht. Zudem gilt: Wer im Karnevalsverein absolviert unakademisch ist, kriegt selbstverständlich frei und darf die Klausur nachschreiben, verspricht Stahnke und beweist damit, dass auch in seiner Brust ein närrisches Herz schlägt.

Noch keine Beschwerde liegt dem General-Anzeiger übrigens aus der Elternschaft des Collegiums Josephinum vor: Dort müssen heute Vormittag die Eltern die Schulbank drücken, weil die Lehrer zu einem Elternsprechtag eingeladen haben. Eine entsprechende Verfügung dafür gebe es aber vom Regierungspräsidenten nicht, versicherte die Dame von der Pressestelle des RP.



Dürfen heute mit Erlaubnis ihres Direktors tanzen: BBG-Schülerinnen Christina und Claudia von den Stadtsoldaten. FOTO: FROMMANN

major der Stadtsoldaten durchaus Sinn für Karneval und damit auch Verständnis für diese Beschwerde. Denn von den Klausuren betroffenen

General-Anzeiger, 19.02.99

Mitarbeiter bekommen Sozialplan

Gremien einigen sich über Auflösung von CMA und ZMP

Von Florian Ludwig

BONN. Die Bonner Agrar-Gesellschaften CMA und ZMP werden im Verlauf dieses Jahres ordnungsgemäß abgewickelt. Eine entsprechende Einigung während mehrerer Krisentreffen in Berlin bestätigte gestern Rolf Meyer, Generalsekretär des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) und Vorstandsmitglied beim Absatzfonds, im Gespräch mit dem GA. „Es sind noch zwei formale Beschlüsse notwendig, aber wir sind zuversichtlich, dass es zu einer ordnungsgemäßen Liquidierung kommt“, sagte Meyer. Dies sei auch mit dem Landwirtschaftsministerium, das die Rechtsaufsicht führt, so besprochen. Eine Insolvenz der Unternehmen, die wegen drohender Zahlungsunfähigkeit unmittelbar bevorsteht, ist damit abgewendet. Das Ministerium bestätigte die Angaben am Abend.

Die Abwicklung der Zentralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) und der Zentralen Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP) kann laut Meyer aus vorhandenen Rücklagen im Absatzfonds finanziert werden. Für die 300 Mitarbeiter der Gesellschaften, davon rund 250 in Bonn, wird ein Sozialplan erstellt. Meyer



Stiller Protest: Ein Schild vor der Zentrale der ZMP in Bonn-Duisdorf.

FOTO: FROMMANN

rechnet damit, dass die Liquidierung bis Ende des Jahres dauern könnte. Wie berichtet, hatte das Bundesverfassungsgericht das Absatzfondsgesetz – die finanzielle Grundlage für CMA und ZMP – für verfassungswidrig erklärt. Lebensmittelbetriebe und Landwirte müssen daher keine Sonderabgaben mehr zahlen, mit denen die zentrale Werbung für die Erzeug-

nisse der deutschen Agrarwirtschaft und die Erhebung von Marktdaten seit Jahrzehnten finanziert wurde.

Parallel zu der Liquidierung laufen laut Meyer Gespräche, einzelne Teilbereiche von ZMP und CMA in neuen Gesellschaften fortzuführen. Es gebe in der Agrarwirtschaft großes Interesse, etwa die Marktberichterstattung und die Exportförderung fortzuführen. Derzeit werde über ein mögliche Finanzierung beraten. „Der Staat wird keine Förderung machen“, so Meyer, der nicht ausschließen will, dass mögliche Nachfolgegesellschaften ihren Standort wieder in Bonn haben könnten. „Die Bonner Mitarbeiter haben eine Masse an Fachkompetenz und Know-how.“

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) schrieben gestern in einem Brief an die Spitzen der deutschen Ernährungswirtschaft, möglichst schnell eine auf freiwilligen Beiträgen beruhende neue Organisation zur Absatzförderung zu gründen und so den 300 Mitarbeitern eine neue Perspektive zu bieten. Sie forderten, den Standort Bonn zu erhalten. Die in Bonn gewachsene Kompetenz könne auch in den neuen Strukturen von hohem Nutzen sein.

General-Anzeiger, 19.02.09



19.02.2009

Absatzförderung

Ministerium sieht Chance für sozialverträgliche Abwicklung der CMA

Berlin - Das Bundeslandwirtschaftsministerium sieht nach dem Aus für die finanzielle Grundlage der Bauern-Werbung gute Chancen für eine sozialverträgliche Abwicklung der Agrargesellschaft CMA.

Nach der Bewertung der finanziellen Risiken könne eine drohende Insolvenz auch mit Blick auf die Folgen für die Mitarbeiter der Zentralen Marketinggesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA) abgewendet werden, teilte das Ministerium am Dienstag der Deutschen Presseagentur (dpa) in Berlin mit. Dies gelte auch für die Zentrale Markt- und Preisberichtsstelle (ZMP). Das Ressort geht davon aus, dass eine sogenannte ordnungsgemäße Abwicklung möglich ist. Dies gebe den Mitarbeitern gute Möglichkeiten zur Neuorientierung. Die Agrarwirtschaft prüft derzeit einen privaten Neuanfang der beiden Gesellschaften.



Sozialplan für die 300 Mitarbeiter

„Es sind noch zwei formale Beschlüsse notwendig, aber wir sind zuversichtlich, dass es zu einer ordnungsgemäßen Liquidierung kommt“, sagte der Generalsekretär des Deutschen Raiffeisenverbandes (DRV) und Vorstandsmitglied beim Absatzfonds, Rolf Meyer, am Rand mehrerer Krisentreffen in Berlin am Dienstag im Gespräch mit dem Bonner Generalanzeiger. Die Abwicklung der beiden Gesellschaften kann laut Meyer aus vorhandenen Rücklagen im Absatzfonds finanziert werden. Für die 300 Mitarbeiter der Gesellschaften, davon rund 250 in Bonn, wird ein Sozialplan erstellt. Meyer rechnet damit, dass die Liquidierung bis Ende des Jahres dauern könnte.

Keine Förderung des Staates

Parallel zu der Liquidierung laufen laut Meyer Gespräche, einzelne Teilbereiche von ZMP und CMA in neuen Gesellschaften fortzuführen. Es gebe in der Agrarwirtschaft großes Interesse, etwa die Marktberichterstattung und die Exportförderung fortzuführen. Derzeit werde über ein mögliche Finanzierung beraten. „Der Staat wird keine Förderung machen“, so Meyer, der jedoch nicht ausschließen will, dass mögliche Nachfolgegesellschaften ihren Standort wieder in Bonn haben könnten. „Die Bonner Mitarbeiter haben eine Masse an Fachkompetenz und Know-how.“ Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) schrieben am Dienstag in einem Brief an die Spitzen der deutschen Ernährungswirtschaft, möglichst schnell eine auf freiwilligen Beiträgen beruhende neue Organisation zur Absatzförderung zu gründen und so den 300 Mitarbeitern eine neue Perspektive zu bieten. Sie forderten, den Standort Bonn zu erhalten. Die in Bonn gewachsene Kompetenz könne auch in den neuen Strukturen von hohem Nutzen sein. (dpa/pd)

www.agrarheute.com, 19.02.09

Mit den Frauen kam die Sonne

Von Dieter Brockschneider und Martin Magunia, 19.02.09, 20:44h

Mit der Kraft der Sonne haben gestern die Beueler Wiever das Rathaus erobert - Bonns „Sonnenkönig“ Frank Asbeck wäre vor Neid erblasst, hätte er gesehen, was ohne Solarzellen und nur mit dem Einsatz weiblichen Charmes möglich ist

BONN BONN - Oben auf dem Rathausbalkon standen die, die seit Jahren an Weiberfastnacht immer da stehen, nur diesmal standen sie da als Jeck em Rän: Beuels Bezirksbürgermeister Wolfgang Hürter, die Bonner Bürgermeister Peter Finger, Ulrich Hauschild, Helmut Joisten und Horst Naaß hatten Friesennerz an und Regenschirmmützen auf, denn Petrus begoss sie alle paar Minuten aus einer Kanne mit Wasser. Die Rathausverteidiger hatten sich Verstärkung mitgebracht: Hürters Stellvertreter Guido Deus (kam als Wetterfrosch), Polizeipräsident Wolfgang Albers als Clown, SPD-Bundestagsabgeordneter Ulrich Kelber als Gipfelstürmer mit Bergwandererausrüstung, sein CDU-Kollege Stephan Eisel als wandelndes Grundgesetz, der CDU-Fraktionsvorsitzende Helmut Stahl (ebenfalls im Regenanzug) und schließlich Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann (im Clownskostüm), die aber auch wie 14 Jahre zuvor nichts dazu betragen wollte, das Rathaus vor den angreifenden Frauen zu schützen. Die hatten sich zuvor beim zweistündigen Karnevalszug durch Beuels Straßen umjubeln lassen und rückten dann mit der Schutztruppe von Wäscherprinzessin Christine I., den Beueler Stadtsoldaten, vor dem Verwaltungsbau an. Die Möhnen, getreu dem Sessionsmotto „Met Wiever von der Sonnesick ist Karneval die schönste Zick“, als Sonnen verkleidet. Obermöhn Evi Zwiebler schwenkte eine am Kochlöffel befestigte weiße Unterhose, was aber nicht als Friedensfahne verstanden werden sollte: An Weiberfastnacht flattern in Beuel die Botze.

Die Damen waren angriffslustig. „Hier kommt die geballte Frauenpower, mit der Wäscherprinzessin geht die Sonne auf“, rief die Anführerin den Herren auf der Balustrade zu, sie sollten gefälligst herunterkommen. Die wollten aber von wärmenden Strahlen nichts wissen. „Wir bleiben im Regen“, fröstelte Horst Naaß, während die Petrusgestalt ihm einen erneuten Guss verpasste. Im Übrigen, fügte der Bürgermeister an, könnten die Männer schon wegen der Wirtschaftskrise und - mit Blick auf den CDU-Landespolitiker Stahl - wegen „der Krise in Düsseldorf“ die Macht nicht abgeben, sie müsse in Männerhand bleiben.

Papperlapapp. Die Obermöhn lockte mit der vor dem Rathaus aufgebauten Strandbar mit Planschbecken, Cocktails, Liegestuhl und Bier („Mit Bier kriegst du jeden Mann vom Balkon“), bot sogar Massagen durch die Wäscherprinzessin (Christine entsetzt: „Die Regenjacken bleiben aber an!“), versprach weibliche Wärme und Herzlichkeit.

Joisten und Naaß konnten als erste diesen Schalmeeienklängen nicht widerstehen, ihnen folgten die anderen Rathausverteidiger nach unten, wo sie es sich in den Liegestühlen bequem machten. Um dann erstaunt festzustellen, dass

Obermöhn Evi und Wäscherprinzessin Christine im schwankenden Hubwagen ins Rathaus gehievt wurden, wo ihnen die OB den flugs Schlüssel überreichte.

Was blieb den Männern übrig? Sie machten gute Miene zum listigen Spiel, kletterten zurück auf die Balustrade und ließen sich mit einem „Alaaf“ hochlieben. Bis zum nächsten Mal . . .

Bonus Runderlauf, 20.02.09

EXPRESS war Wilde Sause Im Stiefel“ knatschverdötscht

Einmal im Jahr steigt sie,
die große, die einmalige
EXPRESS-
Kar-

nevalsparty. Und alle, die gerne mal so richtig abfeiern möchten, kommen nur zu gerne. Denn sie wissen: Beim EXPRESS ist man knatschverdötscht.

So war es auch in diesem Jahr im „Stiefel“. 250 Jecke kamen zur Sause, die von Ex-Bonna Anja Pohl fantastisch moderiert wurde.

Ein Höhepunkt: die Verleihung der Närrischen Oscars (siehe Seite 30).

Aber auch, um sich und andere zu feiern. Wie jedes Jahr war der Abend eine Parade der phantasievollen Kostüme. Einer fiel besonders auf: Ein riesiger grüner Shrek mit seiner Prinzessin Fiona. Mancher fragte sich: Wie hat der Shrek das gemacht?

EXPRESS lüftet das Geheimnis: Alles echt, nichts ist ausgepolstert, sondern angefüttert. Uwe Müller (46), der hinter der Maske des gutmütigen Monsters steckt: „Bei einer Größe von 1,91 Meter bin ich 175 Kilogramm schwer. Meine Freundin Blanka und ich brauchen gut eine Stunde, ehe wir geschminkt sind – und danach fünf Minuten, bis alles wieder runter ist.“

Die Gäste wurden be-

stens versorgt vom schnellen „Stiefel“-Team von Olaf Dreesen. Musikalisch ließ DJ Ronaldo keinen Wunsch offen. Es waren u.a. da: die MdB Ulrich Kelber (SPD) und Stephan Elsel (CDU), BSC-Vize Bernd

Lehmann, die Anwälte Carsten Rubarth und Michael Hakner, CDU-OB-Kandidat Christian Dürig, Ex-Prinz Rico Fenoglio und alle, die auf unseren Fotos zu sehen sind.

Möglich gemacht wurde die Fete durch die Sponsoren Hermann Wittenburg, Lutz Reinke, Walter Schlick, Patrik Wittenburg, Joachim Perlik und Lutz Persch.

Express, 21.02.09

BERLINER SZENE

Kamellen-Traum

Einmal Kamellen von einem Karnevalswagen werfen - dieser Jugendtraum erfüllt sich am Montag für den Göppinger Bundestagsabgeordneten Klaus Riegert (CDU). Nicht in Berlin, wo der Karnevalsumzug schon am Sonntag startet. Auch nicht im heimischen Donzdorf, sondern in Bonn. In der früheren Hauptstadt am Rhein feiern die örtlichen CDU-Politiker den 60. Geburtstag des Grundgesetzes mit einem eigenen Festwagen im Rosenmontagszug. Das Motto: "Aus Bonn apart für Deutschland: 60 Jahre Grundgesetz - Kumm loss ma fiere" (Komm, lass uns feiern). Die Initiative ergriff der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel, der Riegert zu dessen Überraschung einlud. Mit dabei sind auch der Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen und Ex-Bundesministerin Ursula Lehr. Statt einer Narrenkappe werden ein Zylinder, Schal und Umhang gestellt.

Arena-Spekulant

Bei allen Problemen mit der weltweiten Finanzkrise, Banken-Enteignungen und Rettungspaketen hat Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) seinen bärbeißigen Humor nicht verloren. "Einige spekulieren ja schon, ob die Commerzbank-Arena in Frankfurt in Steinbrück-Arena umbenannt wird", meinte er angesichts der Tatsache, dass der Bund neuerdings mit gut 25 Prozent größter Aktionär der zweitgrößten deutschen Bank ist.

Krisen-Lehramt

Neben ihrem "ordentlichen" Doktorhut hat die Physikerin Angela Merkel bereits drei ehrenhalber. Jetzt kam ein vierter hinzu, der erste aus den USA: Die New Yorker Universität New School verlieh ihr den Ehrentitel für Humanistische Bildung. Die Laudatio in der American Academy am Wannsee hielt US-Historiker und Publizist Fritz Stern auf Deutsch, der Sprache seiner Kindheit: Der Jude musste mit zwölf Jahren 1938 in die USA auswandern. Er lobte die Kanzlerin: "Dank Ihrer Vision der Freiheit und nicht nur der freien Marktwirtschaft" habe er das Vertrauen, "dass Sie eines der wichtigsten Lehramter der Welt mit Klarheit und Behutsamkeit beherrschen werden, und das in einer Zeit der größten und nicht übersehbaren Krisen". Die Bundeskanzlerin und CDU-Chefin dankte dem Geschichtswissenschaftler besonders für dessen Beobachtung, dass es "die Zeit der forcierten Passivität in der DDR" gewesen sei, die in ihr den entschiedenen Willen zum öffentlichen Tun und zu verantwortungsvoller Machtausübung entwickelt habe. dik

Südwest Altviv - www.suedwest-aktiv.de, 22.02.09

Sie sind hier: Startseite - News - Ticker

Aktuelles

CDU feiert 60 Jahre Grundgesetz in Bonner Rosenmontagszug

18.02.2009 14:22 Uhr

Bonn (ddp). CDU-Politiker feiern den 60. Geburtstag des Grundgesetzes mit einem eigenen Festwagen im Bonner Rosenmontagszug. Er steht unter dem Motto «Aus Bonn apart für Deutschland: 60 Jahre Grundgesetz - Kumm loss ma fiere» (Komm, lass uns feiern), wie die Stadt Bonn am Mittwoch mitteilte.

Der Wagen erlöst auf Initiative des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel. An seiner Seite werden der parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Röttgen, sowie ihr sportpolitischer Sprecher Klaus Riegert mitfahren. Auch sind die ehemalige Bundesministerin Ursula Lehr sowie die früheren Bundestagsabgeordneten Edith Limbach und Friedrich Ogi mit an Bord (alle CDU).

ddp/maphu

www.news.abacho.de, 22.02.09

Der angemessene Umgang mit Beethoven

Die beiden Artikel zum geplanten Beethoven-Festspielhaus in Bonn „Was sind das für Barbaren, die hier die Axt ansetzen“ von Michael Gassmann und „Weltarchitektur zum halben Preis?“ von Andreas Rossman (F.A.Z. vom 16. Februar) sind ein erschreckendes Konglomerat aus falschen Behauptungen und unzutreffenden Darstellungen. So ist die Idee für ein solches Festspielhaus aus der Mitte der Bonner Bürgerschaft – zu nennen sind hier insbesondere der Bonner Kulturrat und die „Bürger für Beethoven“ – entstanden und wurde keineswegs von „drei renommier-süchtigen Dax-Unternehmen oktroyiert“.

So weiß der regelmäßige Konzertbesucher aus leidvoller Erfahrung, dass man in der jetzigen Beethovenhalle keineswegs „auf den meisten Plätzen gut bis sehr gut hört“ – das Gegenteil ist der Fall. Wer vom „lichtdurchfluteten Garderobentrakt“, von dem „festlichen Hauptfoyer“, „wasserblauer Kachelung als munterem Gruß“ an den Rhein oder dem „dramatischen Effekt“ beim Eintritt in den Saal schreibt, war offenbar schon lange nicht mehr am Ort. Entlarvend ist aber vor allem, dass die Autoren kaum eine Zeile auf Ludwig van Beethoven und seine Musik verwen-

den. Lange Zeit hat die Beethovenstadt Bonn ihren größten Sohn und die Bundesrepublik Deutschland die Pflege seines Erbes und seiner Musik als nationale Aufgabe von internationaler Dimension vernachlässigt. Man vergleiche nur Österreichs Umgang mit Mozart.

2020 feiert Beethoven seinen 250. Geburtstag: Es ist ein großer Glücksfall, dass sich mit Blick auf dieses Datum große Unternehmen für den Bau eines Festspielhauses, sowie Bund, Land und Region für die Finanzierung der Betriebskosten zusammengetan haben. Dass sich von elf international renommierten Architekten zehn der Aufgabe gestellt haben, ein solches Festspielhaus zu konzipieren, zeigt die weltweite Faszination Beethovens. Wenn einer der für seine Bonn-Abneigung bekannten Autoren meint, feststellen zu müssen: „So insistiert die Provinz darauf, Provinz zu bleiben“, so richtet sich das selbst, Schade nur, dass sich die F.A.Z. für derlei hergibt, anstatt die Größe der Aufgabe eines angemessenen Umgangs mit Ludwig van Beethoven mit konstruktiver Kritik, Mut zur Zukunft und intellektueller Phantasie zu begleiten.

DR. STEPHAN EISEL, MDB BONN

F.A.Z., 23.02.09

Promis jöt drop im & am Bonner Zoch

Kamelle-Regen auf die Jecken

Express, 24.02.91

Mottogerecht „Bonn apart“ war das Wetter zwar nicht, als es hieß: „D'r Zoch kütt ...“ Doch die Bonner Närrinnen und Narren haben sich die gute Laune nicht vermiesen lassen. Auch Bonner Promis schunkelten und feierten ausgelassen mit.

Auf der Sparkassen-Tribüne feierte Stadtdirektor **Dr. Volker Kregel** mit Tochter **Sophie** (12) und Frau **Jutta**. „Unseren anderen Kindern war es hier zu peinlich, die stehen mausgrau am Straßenrand“, so die Stadtdirektor-Ehefrau. Ebenfalls bei der Sparkasse: **Doris Mürtz**, Witwe des verstorbenen Promi-Wirtes **Toni Mürtz**, feierte mit Rechtsanwalt **Ludwig Klassen**, **Manfred Krahe**, Leiter der Bezirksverwaltungsstelle Beuel, mit Gattin **Doris**. Und Polizeipräsident **Wolfgang Albers** schaute, ob seine Mannen alles im Griff haben.

Weiter ging es im Alten Bonner Rathaus. Hier moderierte Ex-Bonna **Anja Pohl** mit Ex-Prinz **Holger Wilcke** und Oberbürgermeisterin **Bärbel Dieckmann** das närrische Treiben.

Ansonsten verfolgten von der Rathhaustreppe Wäscherprinzessin **Christine I.**, LiKuRa-Prinzessin **Claudia I.** und MdL **Gerhard Lorth** den Zoch. Doch die Bühne, die für die meiste Stimmung sorgte, stand am Münsterplatz. Hier moderierten

mit gewohnt frecher Schnüß Ex-Bonna **Ina Harder** mit ihrem Ex-Prinzen **Rico Fenoglio**, beide toll als Sonne verkleidet. Rund 300 Gäste tummelten sich auf der Münstertribüne. Unter anderem: T&C Chef **Tillmann Flaig** mit seinen Sprösslingen **Max** (15) und **Severin** (12), Brauerei-Chef **Hermann Wittenburg** (Radeberger Gruppe) mit Lebensgefährtin **Regine**, **Bettina Dreher**, Frau von Rheinbrücken-Chef **Werner Kaschke**, und **Hans Jürgen Hartmann**, Leiter des Sport- und Bäderamtes.

Im Wahljahr natürlich besonders vertreten: Bonner Politiker. So hat CDU-MdB **Dr. Stephan Eisel** einen Mottowagen zum 60. Geburtstag des Grundgesetzes initiiert. Als „Väter und Mütter des Grundgesetzes“ versorgten unter anderem der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion **Dr. Norbert Röttgen**, der sportpolitische Sprecher **Klaus Riegert**, die ehemalige Bundesministerin **Prof. Ursula Lehr**, die Ex-Bundestagsabgeordneten **Editha Limbach** und **Friedhelm Ost** die Bonner Jecken mit Kamelle. Ebenso kamellewerfend gesichtet: Bürgermeister **Helmut Jolsten** und SPD-MdB **Uli Kelber**.

K
v
g
v

F
T
I
J
C
I
J

Super Stimmung statt Zickenalarm

Rhingdorfer Junge und Mäde sowie die Tannebüscher Jecke luden zur Sitzung, Lumpenball der Kessenicher Säng-

TANNENBUSCH. Ob als Clown, Cowboy oder Pirat - auf dem großen Kostümball der Tannebüscher Jecken hatten alle Karnevalsfans ihren Spaß. Mit einem bunten Programm sorgte die KG für einen lustigen Abend in der Gaststätte Schützenhof.

„Es ist toll, dass wir so hochkarätige Gruppen für den heutigen Abend gewinnen konnten“, freute

sich Helmut Schulz, Präsident der Tannebüscher Jecken. Auf dem Programm standen zum Beispiel die junge Truppe der „Panz von Gereon“ aus Köln, das Tanzcorps der Großen Kölner Landsknechte. Besonders Beifall erhielt natürlich auch die KG-eigene Garde.

Die Besucher machten große Augen, als zur Überraschung aller Gäste im Saal ein Elvis-Imitator

die Bühne betrat und sein Können zum Besten gab. Hinter dem Kostüm des „King of Rock 'n' Roll“ steckte der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel.

Carola-Ausgabe, 24.02.09

Eisel schwang die Hüften

Die Tannebüscher Jecke feierten ihren traditionellen Kostümball im Tannebüscher Schützenhof. Es gab ein tolles Programm mit den „Panz von Gereon“, die Große Kölner von 1882 e. V., die mit ihren akrobatischen Tänzen die Höhe des Saales im Schützenhof voll ausnutzten, dem Bonner Prinzenpaar und Liküra Claudia I.

Außerdem sorgte noch ein Überraschungsauftritt für besonders gute Stimmung: CDU-MdB **Dr. Stephan Eisel** machte den Elvis. Mit Hits wie oder „Jailhouse Rock“ brachte er die Tannebüscher Jecken zum Abrocken.



Dr. Stephan Eisel rockte als Elvis ab Foto: W. H.-S.

Express, 24.02.09



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 15/09

26. Februar 2009

Grundgesetz-Geburtstag: Bonn vor Berlin

Sehr zufrieden zeigte sich der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mit den Vorbereitungen der Feiern zum Grundgesetz-Geburtstag im Mai in Bonn: „Nachdem die ursprünglich groß angelegten Pläne für ein Bürgerfest in Berlin zusammengestrichen wurden, hat Bonn wieder einmal die Nase vorne. Bei uns in der Geburtsstadt des Grundgesetzes findet rund um das Verfassungsjubiläum am 23. Mai ein großes Fest für alle Bürger statt. Dieses vielfältige Angebot für die Bürger ist die richtige Art und Weise das Grundgesetz zu feiern. Es wird ein richtiges Verfassungsfest geben.“

Wie Eisel mitteilte, beteiligen sich viele verschiedene Institutionen des Bundes am Bonner Fest, das vom 22.-24. Mai rund um die Museumsmeile und das Regierungsviertel stattfindet. Dazu gehören das Bundespräsidialamt mit einem Tag der offenen Tür, im Museum König und im Palais Schaumburg kann man die früheren Büros von Konrad Adenauer besichtigen, die Bundeszentrale für Politische Bildung veranstaltet eine Lange Nacht der Demokratie, die Konferenz der Landesfilmdienste zeigt politische Filme, im früheren Plenarsaal findet ein Jugendparlament statt und das Museumsmeilenfest steht unter dem Motto „60 Jahre Grundgesetz“. „Ein Lob gebührt auch der Stadtverwaltung, die nach anfänglichem Zögern inzwischen die Chance des Verfassungsjubiläums für Bonn erkannt hat und sich ins Zeug legt.“

Als besonderen Höhepunkt bezeichnete Eisel das 1. Bundes-Bigband-Festival, das der Deutsche Musikrat mit Bundesmitteln vom 22.-24. Mai auf dem Museumsplatz durchführt. Zu den Konzerten kommen u. a. Peter Herbolzheimer mit seiner Grey Hair Convention und Master Class, die WDR Bigband, das Bundesjazzorchester, das Landesjazzorchester NRW, die Uni Bigband Bonn, die Bigband der Musikschule Bonn sowie im Rahmen eines Workshops rund ein Dutzend Jugend-Bigbands aus der Region. Der Eintritt für alle Veranstaltungen ist frei.

Hardtbergbote,
01-02/09

CDU-Politiker Eisel kredenzi in Berlin das 2000er Eigengewächs „Rosé“

MRad. Kürzlich traf sich in Berlin erneut die sogenannte "Pizza-Connection" (streng geheim), eine informelle Runde von Bundestagsabgeordneten der Grünen und der CDU, diesmal bei der Bundestagsvizepräsidentin Karin Göring-Eckart zur Weinprobe. Mit von der Partie war der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel. Er kam aber nicht mit leeren Händen: Denn zu dieser Weinprobe brachte er ein heißbegehrtes 2000er Eigengewächs, namens „Rosé“, des Lengsdorfer Heimatvereins mit, und machte so in der Hochburg der Politik den Weinstandort Bonn-Lengsdorf zur Freude des Heimatvereins und natürlich der Lengsdorfer Bürgerinnen und Bürger mit diesem edlen Tropfen bekannt. Die "Pizza-Connection" wurde Mitte der 90er Jahre im Kessenicher Italiener "Sassella" gegründet. Seit dieser Zeit treffen sich die „Schwarz-Grünen“ regelmäßig zu einem gemütlichen Beisammensein, was sicherlich der großen Politik keinen Abbruch tut. Und wer den CDU-Abgeordneten Eisel kennt, weiß längst, dass er kein Kind von Traurigkeit ist. Im letzten Jahr frönte Eisel seiner großen Leidenschaft und unterhielt seine Kollegen in einer Berliner Kneipe mit einigen Swing-Titeln am Klavier, die zum Mitsingen animierten.

Der Löwe von Bonn geht nach Frankreich

Gregory Koenig gewinnt das Herrenflorett-Weltcupturnier vor 1 200 Zuschauern im Telekom Dome

„Kein süßes Eis – das ist hart“



Stefan Eisel, CDU-MdB, hier mit EU-Kommissionspräsident **Manuel Barroso**: „Für mich heißt fasten, auf Süßigkeiten zu verzichten. Besonders schwer fällt es mir bei meiner großen Leidenschaft, dem Eis. Gerade im Hinblick darauf, dass die Eisdieleen wieder geöffnet haben. Alkohol ist sowieso kein Thema für mich, da kann man also nicht von Verzicht sprechen.“

Gäste aus der Politik: Prominent waren auch einige Gäste: Bundestagsabgeordneter **Stephan Eisel** kam pünktlich zum Viertelfinale aus Berlin in den Telekom Dome. Er hatte Bundeskanzlerin **Angela Merkel** davon überzeugt, Schirmherrin für den Löwen zu werden.

Express, 28.02.09
Fastenzeit: Promis schnallen Gürtel enger

*Local-Anzeiger
02.03.09*



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 16/09

1. März 2009

Merkel übernimmt Schirmherrschaft für Beethovenfest 2009

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, übernimmt Bundeskanzlerin Angela Merkel in diesem Jahr die Schirmherrschaft für das Internationale Beethovenfest Bonn: „Auf Bitte von Intendantin Ilona Schmiel habe ich mit Angela Merkel gesprochen und von ihr die Zusage der Schirmherrschaft bekommen. Die Bundeskanzlerin bringt damit ihre besondere Anerkennung und Wertschätzung des Beethovenfestes zum Ausdruck und setzt so auch ein weiteres bemerkenswertes Zeichen ihrer Verbundenheit mit Bonn.“

Das Beethovenfest findet in diesem Jahr vom 4. September bis 3. Oktober statt und bietet erneut ein Programm auf höchstem internationalen Niveau. Im letzten Jahr waren zu den über 60 Konzerten und 74 Zusatzveranstaltungen über 70.000 Besucher gekommen. Nach Eisels Angaben begrüßt es Kanzlerin Merkel besonders, dass der 60. Geburtstag des Grundgesetzes in das Festivalkonzept integriert ist: „Die Übernahme der Schirmherrschaft durch die Bundeskanzlerin unterstreicht auch, dass die Pflege des Erbes von Ludwig van Beethoven für die Kulturation Deutschland eine nationale Aufgabe von globaler Bedeutung ist.“ Das sei auch im Blick auf die Realisierung des Festspielhauses Beethoven ein wichtiges Signal.

Politik Lokal: Das Infomobil des Bundestags steht Bonner Bürgern noch bis zum 4. März zur Verfügung.



Die Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Deutschen Bundestages hat unter anderem die Aufgabe den Bürgern im Land die Arbeit ihres Parlaments näher zu bringen. Essentieller Bestandteil dieser Bemühungen ist das sogenannte Infomobil, ein Truck, der im Laufe jeder Legislaturperiode möglichst alle Wahlkreise einmal anfährt, um den Wählern die Funktionsweise des hohen Hauses näher zu bringen. Für drei Tage macht das Team des Mobils halt und verteilt informative Broschüren, die stets beliebten Gummibärchen in der Bundestags-Designhülle und gibt die Möglichkeit, Abgeordnete des Wahlkreises persönlich kennen zu lernen.



MdB Stephan Eisel im Gespräch.



Die Einrichtung des Wagens wahrt die Corporate Identity des Bundestages bis ins letzte Detail. Stühle sind auch hier immer im bekannten Blautönen gehalten, der Rest ist weiß und grau. Ein großer Flachbildschirm und zwei Multimedia-Stationen stehen zur Verfügung. Das Angebot ist für alle Interessierten offen und die anwesenden Mitarbeiter beantworten jegliche Fragen rund um Aufgaben und Funktionsweise ihrer Volksvertretung. Die drehen sich zumeist um den Verdienst eines Abgeordneten, gerne aber auch darum, was die Damen und Herren denn so treiben wenn sie nicht im Parlament sitzen und abstimmen. Doch nicht nur zufällig vorbeikommende Flaneure bietet der Truck die Gelegenheit für eine Stippvisite, auch ganze Schulklassen nutzen das Angebot und werden dann etwas detaillierter aufgeklärt.

Am ersten Tag des Aufenthalts in Bonn waren schon zwei der drei Bundestagsmitglieder aus dem Wahlkreis Bonn anwesend. Ulrich Kelber (SPD) am Vormittag und für anderthalb Stunden am frühen Nachmittag CDU-Mann Stephan Eisel. Ob sich der Promi unter den Bonner Volksvertretern auch noch dazu herablässt sich auf diese Weise unter das Volk zu mischen ist fraglich, aber wer weiß - immerhin war er auch im Big-Brother-Haus.

Noch bis zum Mittwoch, 4. März steht das Infomobil des Bundestages auf dem Münsterplatz. Wer ein aktuelles Grundgesetz braucht, Fragen zum Parlament oder einfach Lust auf ein paar kostenfreie Süßigkeiten hat, sollte sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen. Wer gerade keine Zeit hat, muss nicht traurig sein, denn schon zum Museumsmeilenfest im Mai, wird der Truck wieder in Bonn zum stehen kommen.

Autor: Christian Vey (Text & Fotos) / 02.03.2009

Artikel drucken

DDP-Meldung vom 02.03.2009, 14:50 Uhr

Merkel übernimmt Schirmherrschaft für Bonner Beethovenfest 2009



Bonn (ddp-nrw). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) übernimmt in diesem Jahr die Schirmherrschaft für das Internationale Beethovenfest Bonn. Die Kanzlerin bringe damit ihre besondere Anerkennung und Wertschätzung für das Beethovenfest zum

Ausdruck und setze so auch ein Zeichen ihrer Verbundenheit mit Bonn, teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) am Montag mit.

Das Beethovenfest findet in diesem Jahr vom 4. September bis zum 3. Oktober statt. Im vergangenen Jahr waren zu den mehr als 60 Konzerten und 74 Zusatzveranstaltungen über 70 000 Besucher gekommen. Nach Eisels Angaben begrüßt es Kanzlerin Merkel besonders, dass der 60. Geburtstag des Grundgesetzes in das Festivalkonzept integriert ist.

domradio.de

13.2.2009

Beethovenfest Bonn unter der Schirmherrschaft der Bundeskanzlerin

Bundeskanzlerin Angela Merkel übernimmt in diesem Jahr die Schirmherrschaft für das Internationale Beethovenfest Bonn. Merkel bringe damit ihre besondere Wertschätzung für das Beethovenfest zum Ausdruck und setze so auch ein Zeichen ihrer Verbundenheit mit Bonn. Das teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel heute mit. Das Beethovenfest findet vom 4. September bis 3. Oktober statt. - Im vergangenen Jahr waren zu den mehr als 60 Konzerten und 74 Zusatzveranstaltungen über 70 000 Besucher gekommen.

freiepresse.de) 03.03 2009

Kultur

Merkel übernimmt Schirmherrschaft für Bonner Beethovenfest 2009

Angela Merkel

Bonn (ddp-nrw). Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) übernimmt in diesem Jahr die Schirmherrschaft für das Internationale Beethovenfest Bonn. Die Kanzlerin bringe damit ihre besondere Anerkennung und Wertschätzung für das Beethovenfest zum Ausdruck und setze so auch ein Zeichen ihrer Verbundenheit mit Bonn, teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) am Montag mit.

Das Beethovenfest findet in diesem Jahr vom 4. September bis zum 3. Oktober statt. Im vergangenen Jahr waren zu den mehr als 60 Konzerten und 74 Zusatzveranstaltungen über 70 000 Besucher gekommen. Nach Eisels Angaben begrüßt es Kanzlerin Merkel besonders, dass der 60. Geburtstag des Grundgesetzes in das Festivalkonzept integriert ist.

[ddp]



Foto: ddp

General-Anzeiger
03.03 2009

Nachrichten

Beethovenfest I: Merkel wird Schirmherrin

Bundeskanzlerin Angelika Merkel übernimmt in diesem Jahr die Schirmherrschaft über das Internationale Beethovenfest Bonn. „Wir freuen uns sehr darüber, dass sie sich gerade zur 60. Wiederkehr des Gründungsjahres der Bundesrepublik Deutschland zugesagt hat“, sagte eine Sprecherin des Festivals. Sie bestätigte damit eine Mitteilung des Bonner CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel. Das Beethovenfest findet vom 4. September bis 3. Oktober statt. Das Programm wird kommenden Freitag offiziell bekanntgegeben. ht

Bigbands und offene Türen

Verfassungsfest mit vielen Veranstaltungen

BONN. „Ein richtiges Verfassungsfest“ findet nach Angaben des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel in Bonn rund um das 60. Verfassungsjubiläum am 23. Mai statt. So gibt es einen Tag der offenen Tür im Bundespräsidialamt, und im Museum Koenig und im Palais Schaumburg kann man die früheren Büros von Konrad Adenauer besichtigen. Die Bundeszentrale für politische Bildung veranstaltet eine „lange Nacht der Demokratie“, und das Museumsmeilenfest steht unter dem Motto „60 Jahre Demokratie“. Lobend äußerte er sich über die Stadtverwaltung, die „nach anfänglichem Zögern inzwischen die Chance des Verfassungsjubiläums für Bonn erkannt und sich ins Zeug gelegt hat“. Als besonderen Höhepunkt bezeichnete er das 1. Bundes-Bigband-Festival, das der Deutsche Musikrat vom 22. bis 24. Mai auf dem Museumsplatz durchführt; der Eintritt sei für alle Veranstaltungen frei. ly

General-Anzeiger,
02.03.09

Kommt „Angie“ zum Bonner Beethovenfest?

Bundeskanzlerin übernimmt im September die Schirmherrschaft

Ein toller Coup hat der CDU-Bundestagsabgeordnete **Dr. Stephan Eisel** jetzt gelandet. „Auf Bitte von Beethovenfest-Intendantin **Ilona Schmiel** habe ich mit Bundeskanzlerin **Angela Merkel** gesprochen und von ihr die Zusage bekommen, dass sie die Schirmherrschaft für das diesjährige Internationale Beethovenfest Bonn übernimmt.“

Eine nette Geste, mit der Bonn und Berlin mal wieder etwas näher

zusammenrücken – vor allem vor dem Hintergrund, dass in diesem Jahr in beiden Städten das 60-jährige Jubiläum des Grundgesetzes gefeiert wird. „Die Übernahme der Schirmherrschaft unterstreicht auch, dass die Pflege des Erbes von Ludwig van Beethoven für die Kulturation Deutschlands eine nationale Aufgabe von globaler Bedeutung ist“, meint Eisel.

Ob die Kanzlerin es schaffen wird, Bonn zwischen dem 4. September und 3. Oktober einen Besuch abzustatten, ist leider noch unklar. „Dieser Termin fällt natürlich genau in die heiße Zeit der Bundestagswahl, da kann sich Frau Merkel verständlicherweise jetzt noch zu keinen fixen Terminabsprachen hinreißen lassen“, erklärt Eisel.

Angela Merkel beim Fest zu Ehren des berühmtesten Sohnes unserer Stadt: Das wäre für sie doch



MdB Dr. Stephan Eisel



Bundeskanzlerin Angela Merkel

mal was Nettes in der anstrengenden Wahlkampfzeit...

Express, 07.07.09



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 -184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 17/09

4. März 2009

Eisel unterstützt Tibet-Solidaritätsaktion 2009

Wie im letzten Jahr unterstützt der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel die „Tibet Initiative Deutschland“. Zum 14. Mal ruft die Initiative Kommunen dazu auf, zum 50. Jahrestag des Tibetischen Volksaufstands am 10. März die tibetische Fahne zu hissen. Die Initiative bat Abgeordnete aller Parteien um Unterstützung. Eisel schrieb dazu:

„Seit 1949 werden die Tibeter vom kommunistischen Regime in der Volksrepublik China unterdrückt. Seither herrschen in Tibet Willkür, Folter, politische und kulturelle Unterdrückung. Über 1,2 Millionen Tibeter verloren infolge der chinesischen Militärherrschaft ihr Leben. Am 10. März 1959 kam es in Tibet zum Volksaufstand, der von der chinesischen Armee blutig niedergeschlagen wurde. Das Hissen der Tibetflagge zum 50. Jahrestag dieses Volksaufstandes setzt ein klares Zeichen gegen das drastische Vorgehen des chinesischen Regimes gegen das tibetische Volk und dessen Streben nach religiöser Freiheit, kultureller Autonomie und Selbstbestimmung. In Deutschland feiern wir in diesem Jahr den 60. Geburtstag unseres Grundgesetzes, das in Artikel 1 als Lehre aus der deutschen Geschichte die Unteilbarkeit der Menschenrechte unterstreicht. Ich sehe Bonn als Geburtsstadt des Grundgesetzes in der besonderen Pflicht, auch im Blick auf die Unterdrückung des tibetischen Volkes ein klares Zeichen der Solidarität zu setzen.“

Im vergangenen Jahr beteiligten sich allein in Deutschland 922 Städte und Landkreise an der weltweiten Aktion. In Bonn verweigerte Oberbürgermeisterin Dieckmann zunächst die Teilnahme, worauf der Rat die Beteiligung für das Jahr 2009 beschlossen hat. Eisel sagte dazu: „Ich gehe davon aus, dass die Oberbürgermeisterin in diesem Jahr den Ratsbeschluss umsetzt.“ Er erinnerte daran, dass der Verein der Tibeter in Deutschland seinen Sitz in Bonn hat. Im letzten Jahr hatten die Bonner Bundestagsabgeordneten Eisel, Kelber und Westerwelle die Schirmherrschaft für einen Bonner Fackellauf für Tibet übernommen. Bei der Veranstaltung hatte u. a. Otto Graf Lambsdorf gesprochen.

General-Anzeiger 05.03.2003

Wie arbeitet das Parlament?

Infomobil des Bundestages hat in Bonn Station gemacht

BONN. Wie entstehen Gesetzentwürfe, was ist ein Ausschuss, und warum ist der Plenarsaal oft so leer? Fragen, die in dieser Woche im Infomobil des Bundestages beantwortet wurden.

Zum Auftakt seiner Tour durch Deutschland machte der Lkw, ausgestattet mit Online-Zugang, Großbildschirm für Dokumentationsfilme, umfassendem Info-Material und einem separaten Besprechungsraum, auf dem Münsterplatz Station.

Seit Anfang der 90er Jahre tourt das Mobil durch deutsche Städte, informiert interessierte Bürger. „Die Resonanz ist immer sehr groß“, sagte Harro Schrakamp, Referent beim Bundestag. Sieben Schulklassen aus Bonn und Sankt Augustin waren eingeladen, sich über Aufgabe und Arbeitsweise des Bundestages zu informieren. Unter ihnen auch die Klasse 9b der Liebfrauenschule.

Geduldig stand ihnen der SPD-Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber Rede und Antwort. „Es ist alles sehr verständlich erklärt“, so Annabel und Lynn (beide 15). Sie



Wie arbeitet das Parlament? Das Infomobil des Deutschen Bundestages beantwortete vor dem Münster auch diese Frage. FOTO: FROMMANN

hätten zuvor nicht gewusst, dass Abgeordnete auch gegen die eigene Partei stimmen können. „Ich glaube schon, dass das eine fitte Truppe wird“, sagte Kelber.

„Für Schüler ist es etwas ganz besonderes, mit einem Abgeordneten zu sprechen“, meinte Schrakamp. Auch der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel

diskutierte mit Besuchern.

Noch bis Oktober reist die überparteiliche Veranstaltung durch Deutschland, auch in der Feriengzeit. Dann allerdings dort, wo andere Urlaub machen – an der Nord- und Ostsee. Nach Bonn macht das Infomobil jedoch erstmal drei Tage lang in Euskirchen Station. fhg

Express 07.03.2003

Tibet-Tag: Flaggt die Stadt Bonn?

Bonn – Am 10. März beteiligen sich bundesweit 982 Kommunen an der Tibet-Solidaritätsaktion, indem sie die Flagge des Landes hissen. Ob auch Bonn dabei ist, entscheidet am Montag die OB. Aus dem letzten Jahr gibt es dazu einen positiven Ratsbe-

schluss. Falls die Stadt keine Flagge auftreiben kann oder die Kosten zu hoch sind, bietet der CDU-MdB Dr. Stephan Eisel kostenlos gleich zwei Exemplare in verschiedenen Größen an. Der Verein der Tibeter in Deutschland hat übrigens seinen Sitz in Bonn.

GA 5.3.09 S.7

Koalitionsrunde zur Zukunft von CMA und ZMP

BERLIN/BONN. Eine Koalitionsrunde hat sich jetzt in Berlin mit der Zukunft der Arbeitsplätze bei den vor dem Aus stehenden Bonner Agrar-Organisationen CMA und ZMP befasst. Das teilte gestern der Bonner Bundestagsabgeordnete Ulrich Kelber (SPD) mit. Ergebnisse der Gespräche nannte er nicht. Gemeinsam mit dem CDU-Abgeordneten Stephan Eisel setzt sich Kelber für den Erhalt der gut 300 Arbeitsplätze in Bonn ein.

In den nächsten Tagen soll das Thema laut Kelber in einer Arbeitsgruppe mit dem Landwirtschaftsministerium vertieft werden. Eisel und Kelber dringen auf die Gründung einer privatwirtschaftlich getragenen Organisation, die die Aufgaben von CMA und ZMP übernimmt und den Beschäftigten eine neue Perspektive bietet. Kürzlich war bereits die ZMP-Nachfolgerin AMI gegründet worden (der GA berichtete). If

Bonner Handbergbote, 03/2009

Mit dem Duisdorfer Essel immer am



Auf Wunsch der vielen Leserinnen und Leser, lassen wir nun wieder, wie in früheren Zeiten, den Duisdorfer „Essel“ aktuell berichten. Er wird jeden Monat am Ball sein! Geschichten erzählen, einiges hervorheben, auch mal kritisch sein, natürlich wird er stets die volle Wahrheit schreiben – versteht sich!

Diesmal war ich inmitten des Geschehens bei Mrs. Sporty auf der Rochusstraße 164 in Bonn-Duisdorf (Foto oben): Für den Wirtschafts- und Bürgerverein (WuB), der sich mit der Aktion „Bürger helfen Bürgern“ für die Bonner Tafel einsetzt, habe ich eine riesige Spende von 450 Euro von Alexandra Sellenthin, Chefin des „Mrs. Sporty“-Sportstudios, erhalten. Ne, nicht weil ich so schön bin! Das Geld stammt aus der Sporty-Weihnachtsstornbola. Meine Augen strahlten! Das ist eine tolle Sache, denn jetzt können wieder Lebensmittel für die armen Menschen in Bonn gekauft werden. Es leben über 3000 sozialbenachteiligte Menschen in Bonn, die auf die Bonner Tafel angewiesen sind; darunter 2000 Kinder. Ihr glaubt gar nicht, wie sich Antje



Krien, Vorsitzende des Wirtschafts- und Bürgervereins (WuB), und ihr Kollege vom WuB-Vorstand, Manfred Rademacher, gefreut haben, als ich das gebündelte Bare auf Heller und Cent dort ablieferte. Allen Spendern, aber auch allen Geschäftleuten (Gaststätte „Zum Stern“, Café Schell, Bäckerei Penkert, Fleisch- und Wurstwaren Wingen, Optik Kafarik, Engel-Apotheke, Haushaltswaren Schneider, Boutique Flash, Eis Pra, Mrs. Sporty, Foto Teubert, Salon Monika Grauel, Jakob's Blumenladen, Jeans Outlet Fifty Five und VR-Bank Bonn e.G.), die es dem WuB erlaubt haben, eine Spardose für den guten Zweck aufzustellen, soll ich vom WuB ein großes Dankeschön sagen! Aber auch dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Eisel sagt der WuB-Vorstand danke, der als Politiker von seinen Diäten

etwas abgegeben und in meine „Essels-Spardose“ gesteckt hat (Foto). Der SPD-Abgeordnete Uli Kelber und auch Dr. Guido Westerswille, beide hat Rademacher für die armen Menschen um eine Spende gebeten, aber bis heute noch keine Antwort erhalten. Erfreulich war von Eisel zu hören, dass es nicht bei dieser Spende bleiben werde, sondern er will völlig unabhängig von der bevorstehenden Bundestagswahl, wie er sagt, der Bonner Tafel einen Besuch abstatten. Und wisst Ihr, was er noch sagte: „Ich komme dann aber nicht mit leeren Händen“! Das findet ich besonders toll! Und als ich ihm erzählte, dass die von der Tafel betreuten armen Rentnerhaushalte (rund 600 in Bonn) mal gern ein Täschen Kaffee trinken würden, aber sich kaum Kaffee leisten können, nickte er zustimmend und meinte, dass dies

ein guter Hinweis sei. Apropos Kaffee: Dank der Spenden von Euch, ihr lieben Leute, die Ihr doch die Spardosen in den Geschäften bis jetzt ganz gut gefüllt habt, konnte der WuB, Frau Krien (Foto), erneut 50 Pfund Kaffee dem Bonner Tafel-Betriebsleiter Horst-Dieter Tontarak (Foto) überreichen. Ein großes Dankeschön kam von ihm! Und ich sehe schon jetzt, wie sich Oma und Opa zur Feier des Tages ein Kaffeechen aufbrüht. Ich soll auch vom WuB-Vorstand der VR-Bank ein großes Dankeschön sagen, die ebenfalls für die Bonner Tafel in die Spenderschatulle gegriffen hat. Super, Herr Jenniches, Herr Ließem, Ihr Vorstandsleute mit Herz!

Hätte ich es doch bald vergessen! Falls Ihr auch mal einen Euro oder mehr übrig habt, dann geht in die oben aufgeführten Geschäfte und spendet. Jeder Cent kommt bei den armen Menschen in Form von Lebensmitteln an. Beim WuB gibt es keine Bearbeitungs- oder Personalkosten. Solltet Ihr mal einen größeren Betrag übrig haben, so 150 Euro und mehr spenden wollen, dann schreibt bitte an die HBB-Redaktion (radipress@aol.com) eine E-Mail, denkt an Eure Telefonnummer, und der HBB-Chef Rademacher konferiert Euch mit dem Spardosen-Essel in Vorhalle und bringt Euch lobend in die Zeitung. Ihr seid Vereinsmitglieder im Kegelclub oder einem anderen Verein? Dann sammelt kräftig und schreibt der HBB-Redaktion eine Mail. Und schon bekommt Ihr ein Gruppenbild mit Dame oder so! Und dazu auch noch nen Text über Euren Club!

**Und nun tschüs bis neulich!
Euer Duisdorfer Essel**



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 18/09

5. März 2009

Keine Dieselloks im Rheintal

Der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel hat gefordert, den Einsatz von Dieselloks auf der voll elektrifizierten rechts- und linksrheinischen Bahnstrecken im Rheintal schneller zu unterbinden: „Dieselloks stellen eine besonders hohe Lärm- und Erschütterungsbelastung für die Anwohner dar und bringen eine höhere Luftverschmutzung mit sich. Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum auf einer voll elektrifizierten Strecke immer noch solche alten Lokomotiven eingesetzt werden.“

Wie Eisel mitteilte, hat er sowohl den zuständigen EU-Kommissar Antonio Tajani als auch Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee zu konsequenterem Handeln aufgefordert. Mit einer schriftlichen Anfrage im Bundestag will der Abgeordnete von der Bundesregierung wissen, was getan wird, um den Einsatz der Diesellokomotiven vor allem dort zu verhindern, wo die Bahnstrecken durch Wohngebiete führen: „Je schneller hier gehandelt wird umso eher kommt eine Erleichterung für die Anwohner. Zusätzlich müssen wir auf jeden Fall am notwendigen Dreisprung zur Bahnlärmreduzierung weiterarbeiten: Die eingeleitete Umrüstung auf Flüsterbremsen als Dringlichkeitsprogramm, lärmbezogene Trassenpreise als mittelfristiges Maßnahmenpaket und langfristig eine Entlastungsstrecke alternativ zum Rheintal.“

Die Fragen an die Bundesregierung, die Eisel im Bundestag eingebracht hat, haben folgenden Wortlaut:

- 1) Welche Erkenntnisse liegen der Bundesregierung bezüglich der Anzahl der pro Woche durchschnittlich eingesetzten Dieselloks auf der voll elektrifizierten Bahnstrecke im Rheintal (rechts- und linksrheinisch) insbesondere im Bereich Bonn vor?
- 2) Wie unterscheiden sich Diesel- und Elektroloks hinsichtlich der Lärm- und Erschütterungsbelastung für Anwohner an Bahnstrecken, die durch Wohngebiete führen?
- 3) Was unternimmt die Bundesregierung, um den Einsatz von Dieselloks auf voll elektrifizierten Bahnstrecken einzuschränken bzw. auszuschließen – insbesondere im Blick auf die genannte Rheintalstrecke im Bereich Bonn?

Express 07.03.2009

CMA: Rettung für die 150 Mitarbeiter?

Verhandlungen für Nachfolgeorganisation laufen

Von REBEKKA RÜCKER

Bonn - „Bestes vom Bauern - CMA“. Dieser Slogan ist endgültig Vergangenheit: Die Auflösung der Agrar-Werbegesellschaft ist beschlossene Sache. Können die 150 Mitarbeiter dennoch hoffen?

Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 3. Februar war der Werbegesellschaft die finanzielle Grundlage entzogen worden (EXPRESS berichtete). Denn die CMA finanzierte sich durch Zwangsabgaben von Bauern - und das sei verfassungswidrig, so die Karlsruher Richter. Die Folge: Am Donnerstag be- schloss die Gesellschaftsver- sammlung nun die Auflösung des Unterneh- mens. „Die Li- quidation soll möglichst zügig umgesetzt wer- den“, erklärte CMA-Sprecher Michael Wan-

hoff. „Am Montag werden die Mitarbeiter von der Geschäfts- führung über die nächsten Schritte informiert.“ Ihnen droht jetzt die Arbeits- losigkeit. Ein möglicher Aus- weg: Die Gründung einer Nachfolgeorganisation, die möglichst viele Mitarbeiter übernimmt.

„In Bonn und Berlin laufen zur Zeit jede Menge Gesprä- che“, betätigt der CDU-Bun- desabgeordnete Stephan El- sel. „Die Notwendigkeit einer Marketingorganisation wie der CMA ist unbestritten - jetzt geht es um privatwirtschaftli- che Alternativen in der Finan- zierung.“

Ähnlich sieht das auch der SPD-Abgeordnete Ulrich Kel- ber: „Die Privatwirtschaft hat durchaus ein Interesse daran, dass die Arbeit der CMA zu-



Mitarbeiter der CMA protestierten vor dem Bundeslandwirtschaftsministerium in Bonn.

Fotos: dpa/AP

mindest teilweise fortgeführt wird, muss sich hier an der Fi- nanzierung beteiligen. Andere Bereiche sind gesellschaftlich viel- mehr Arbeitsplätze erhalten interessant, konnten durch bleiben.“



Knackige Werbung für landwirtschaftliche Produkte: Das war bisher eine der Aufgaben der CMA.

Wieder Parlament im Wasserwerk

„Bonner Spendenparlament“ entschied an historischer Stelle über Fördermittel

Von PETER HEUCHENRER

Bonn. Genau zehn Jahre sind vergangen, seitdem der Deutsche Bundestag seinen Sitz von Bonn nach Berlin verlegte. Am Samstag hielt nun ein neues Parlament Einzug im Alten Wasserwerk, der historischen Kulisse des Bundestages am Rheinufer. Das im Mai 2008 gegründete „Bonner Spendenparlament“ ist jedoch kein politisches Organ des Bundes, sondern ein gemeinnütziger Verein, der Spenden sammelt und diese an sozial engagierte Initiativen und Vereine weiterleitet. Den Namen „Parlament“ hat sich der Verein wegen seines demokratischen Aufbaus gegeben: Mit einer Spende von fünf Euro im Monat kann jeder Bürger „Parlamentarier“ werden und mit darüber entscheiden, wie die Spenden verteilt werden. Über 60 solcher „Parlamentarier“ zählt der Verein bereits, ungefähr die Hälfte fanden sich als

eingekommene und stunden zur Verteilung bereit. Im Hinblick auf das soziale Engagement in Bonn bekräftigte der pensionierte Arzt und Hochschullehrer, dass Geld zwar nicht alles sei. „Jedoch ist“, zielt er ein deutsches Sprichwort, „ohne Geld alles nichts.“ Dies gelte insbesondere für Hilfsaktivitäten, die sich für die Schwachen und Benachteiligten in Bonn einsetzen.

In die engere, von einer Elternkommission des Vereins getroffenen Auswahl zur Förderung kamen drei Projekte aus der Region. Über die Förderung der jeweiligen Förderhöhe der jeweiligen Förderorganisationen beschiedigt, letztendlich gestirmt. Nach der Abstimmung erhielt schließlich der Verein „Abenteuer Lernen e.V.“ Spenden in Höhe von 1300 Euro für die Realisierung eines Holz- und Tischlerzeugs, in dem Schulkinder den Umgang mit

eingekommen und stunden zur Verteilung bereit. Im Hinblick auf das soziale Engagement in Bonn bekräftigte der pensionierte Arzt und Hochschullehrer, dass Geld zwar nicht alles sei. „Jedoch ist“, zielt er ein deutsches Sprichwort, „ohne Geld alles nichts.“ Dies gelte insbesondere für Hilfsaktivitäten, die sich für die Schwachen und Benachteiligten in Bonn einsetzen.

In die engere, von einer Elternkommission des Vereins getroffenen Auswahl zur Förderung kamen drei Projekte aus der Region. Über die Förderung der jeweiligen Förderhöhe der jeweiligen Förderorganisationen beschiedigt, letztendlich gestirmt. Nach der Abstimmung erhielt schließlich der Verein „Abenteuer Lernen e.V.“ Spenden in Höhe von 1300 Euro für die Realisierung eines Holz- und Tischlerzeugs, in dem Schulkinder den Umgang mit



Ein echter Parlamentarier im Spendenparlament: Bundestagsabgeordneter Stephan Eisal (vorn) neben Sozialratsleiter Dieter Linneke, der über „Bürgerengagement in Bonn“ spricht. (Fotos: Magunia)



Hans-Martin Schmidt, 1. Vorsitzender des Spendenparlamentes

STIFTUNGSDATENBANK

Einen Überblick über die zahlreichen Bonner Stiftungen und deren Aktivitäten gibt eine neue Datenbank, die der Verein Bonner Stiftungen auf seiner Internetseite www.bonner-stiftungen.de eingestellt hat.

71 Stiftungen haben sich dort eingetragen, von A wie Alexander-von-Humboldt-Stiftung bis V wie von Werkstatt. Eine Suchfunktion ermöglicht die zielgerichtete Recherche nach bestimmten Aufgabenfeldern wie Bildung und Erziehung, Denkmal- und Kulturschutz, Hospiz, Kunst und Kultur oder Wissenschaft und Forschung. Weitere Stiftungen seien eingeladen, den kostenfreien Service der Datenbank zu nutzen, heißt es in einer Mitteilung.

Wie der Verein weiter mitteilt, liegt Bonn im **Stifterland** deutscher Großstädte nach Sif-

tungsrechte bundesweit auf Platz sechs – hinter Frankfurt/Main, Würzburg, Hamburg, Odenburg und München. Pro 100.000 Einwohner gelte es in Bonn über 53 rechtsträchtige Stiftungen bürgerlichen Rechts. In Nordrhein-Westfalen stiehe die Bundesstadt mit ihren über 160 rechtsfähigen Stiftungen auf Platz eins.

Der Verein für Bonner Stiftungen (Adresse: Thomas-Mann-Straße 61) wurde anlässlich des 1. Bonner Stiftungstages im Herbst 2007 gegründet. Zweck des Vereins, dessen Geschäftsbereich die Bürgerstiftung Bonn geführt werden, ist die **aktive Förderung des Stiftungsgedankens** in der Region Bonn. Außerdem setzt sich der Verein für eine stärkere Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen den Bonner Stiftungen ein. Vorsitzender ist K. Jan Schäfer, stellvertretender Vorsitzender Erich Steinsdorf, Peter Brunsch und Michael Ostermann vervollständigen den Vorstand. (EB)

Bonner Rundschau
09.03.08



PRESSEDIENST



Börnsen/Eisel: Faszinierende Entwürfe für Bonner Beethoven-Festspielhaus

Anlässlich des Wettbewerbs um das Bonner Beethoven-Festspielhaus erklären der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Börnsen (Bönstrup) MdB und der zuständige Berichterstatter, Dr. Stephan Eisel MdB:

Die ausgewählten vier Entwürfe für das neue Bonner Beethoven-Festspielhaus erfüllen den Anspruch an ein „Gebäude von nationalem Ansehen“. Sie lassen sich von der Faszination der Musik des genialen Komponisten Ludwig van Beethovens anstecken und zeigen Respekt vor seiner weltweiten Geltung.

Für den Kulturstandort Deutschland wie für die Bundesstadt Bonn, der Geburtsstadt Beethovens, ist das neue Festspielhaus die Voraussetzung, das Erbe des großen Komponisten in angemessener Weise zu würdigen.

Das Beethoven-Festspielhaus wird keine ausschließliche Kultureinrichtung der Stadt Bonn sein, denn die Verantwortung liegt bei einer eigenen Stiftung unter Beteiligung des Bundes und Landes. Für das Stiftungskapital hat die Bundesregierung bereits 39 Millionen Euro zugesagt, weil das Festspielhaus ein Projekt von nationalem Rang ist.

Die Übernahme der Schirmherrschaft der Beethoven-Festspiele durch die Bundeskanzlerin unterstreicht diese Bedeutung.

MITTEILUNG 206 | 10.03.2009

Herausgeber: Dr. Norbert Röttgen MdB

Redaktion:

Dr. Christiane Schwarte (030) 227-5 23 60

Verena Herkenhoff (030) 227-5 53 75

Martin Kreienbaum (030) 227-5 48 06

Dr. Dominik Geißler (030) 227 5 27 03

Telefax (030) 227-5 66 60

fraktion@cducsu.de

www.cducsu.de

General-Anzeiger
10.03.2009

Tibetische Flagge weht am Rhein

Stadt beteiligt sich
an Solidaritätsaktion

BONN. Wenn heute in vielen deutschen Städten mit dem Hissen der tibetischen Flagge an den 50. Jahrestag des tibetischen Volksaufstandes und seiner Niederschlagung gedacht wird, ist auch Bonn mit von der Partie. Wie die stellvertretende Pressesprecherin der Stadt, Monika Hörig, mitteilte, werde man eine tibetische Flagge an einem städtischen Fahnenmast am Rheinufer hissen. „Eine Hisung am oder auf dem Alten Rathaus hält die Stadt für rechtlich bedenklich, da Tibet kein Staat ist“, sagte sie. Das Hissen der tibetischen Flagge am Rathaus könne das falsche Signal aussenden, dass für die Souveränität Tibets eingetreten werde. Am 21. April solle es, so Hörig, einen Tibet-Themenabend im Alten Rathaus geben.

Wie berichtet, hatte Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann im vorigen Jahr am Internationalen Tibet-Solidaritätstag Ende März und zu einer Veranstaltung Mitte Juni keine Tibet-Flagge hissen lassen. Im Juni hatte es einen anderslautenden Ratsbeschluss gegeben. Dafür gab es Kritik vom Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU). „Ich gehe davon aus, dass die Oberbürgermeisterin in diesem Jahr den Ratsbeschluss umsetzt“, sagte Eisel im Vorfeld des heutigen Gedenktages. In gleicher Absicht hatten sich auch die Bonner Grünen an Dieckmann gewandt. Da dem Beschluss nun nachgekommen wird, gehört Bonn zu den 989 deutschen Kommunen, die sich an der Aktion der Tibet-Initiative Deutschland beteiligen. me

Bonner Rundschau
10.03.2009

Tibetfahne am Rhein

BONN. Zum heutigen Tibet-Solidaritätstag wird die Stadt Bonn eine Tibetfahne am Rheinufer hissen. Sie kommt damit dem Ratsbeschluss vom 18. Juni 2008 nach, sich am nationalen Tibet-Solidaritätstag zu beteiligen. Die Forderung der Grünen, die Flagge auf dem Rathaus aufzuziehen, wird damit nicht erfüllt.

Das sei „rechtlich bedenklich, da Tibet kein Staat ist“, heißt es in einer Mitteilung der Stadt von gestern. Das Hissen der tibetischen Flagge am Rathaus könnte das falsche Signal aussenden, dass für die Souveränität Tibets eingetreten wird. Die Stadt Bonn lasse „keinen Zweifel an ihrem grundsätzlichen Eintreten für Menschenrechte“. Die ständig am Rathaus wehende Flagge der Vereinten Nationen ist dafür ein sichtbares Zeichen. In diesem Sinn hatte sich auch der Ausschuss für Internationale Beziehungen und Lokale Agenda am 12. Juni ausgesprochen.

Für den 21. April ist ein Themenabend über Tibet im Rathaus geplant. (dbr)

General-Anzeiger
12.03.2009

Kontroverse um die Tibet-Flagge

Grüne und Linke
kritisieren Dieckmann

BONN. Dass die Stadtverwaltung zum Tibet-Solidaritätstag eine tibetische Flagge am Rheinufer gehisst hat, ist bei den Bonner Grünen und der Linken auf Kritik gestoßen.

„Der Rat hat am 18. Juni vergangenen Jahres glasklar beschlossen, dass sich die Stadt durch das Hissen der tibetischen Flagge auf dem Alten Rathaus beteiligt“, sagt die Sprecherin der Grünen-Ratsfraktion, Doro Paß-Weingartz.

Die rechtlichen Bedenken, die diesmal herhalten mussten, halte man nicht für glaubwürdig, schließlich gebe es in der Region zahlreiche Städte wie Leverkusen, Erftstadt, Pulheim, Siegburg oder Königswinter, an deren Rathäusern die Flagge geweht habe, führt sie weiter aus. „Wenn die OB meint, einen Ratsbeschluss nicht ausführen zu dürfen, muss sie ihn beanstanden, das hat sie nicht getan.“

Michael Faber, Oberbürgermeisterkandidat der Linken, nennt „Dieckmanns Verhalten im Umgang mit dem Ratsbeschluss in Sachen Tibet-Flagge peinlich.“

Die Argumentation der OB, dass ein Hissen der Flagge aus rechtlichen Gründen nicht zulässig ist, sei nicht glaubhaft, sagte Faber weiter. Schließlich würde dieser Ansatz auch das Hissen am Rhein verbieten. me

Express

10.03.2009

Bonn hisst Tibets Flagge

Bonn - Die Stadt hisst die tibetische Flagge. Anlässlich des nationalen Tibet-Solidaritätstages am 21. April wird die Fahne aber nur am Rheinufer wehen. Eine Flagge am Alten Rathaus hält die Stadt für bedenklich, weil Tibet kein Staat ist. Das würde das falsche Signal aussenden. Bonn lädt am Solidaritätstag außerdem zu einem Themenabend „Tibet“ ins Alte Rathaus ein.

Bonner Rundschau,
10.03.09

FASZINIEREND

Der kultur- und medienpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, **Wolfgang Bönnsen**, nennt die vier ausgewählten Entwürfe für das Beethoven-Festspielhaus „faszinierend“. Bönnsen und der Bonner CDU-Abgeordnete **Stephan Eisel** erklärten gestern, die Entwürfe der Architekten Richard Meier, Zaha Hadid, Arata Isozaki und Hermann & Valentiny erfüllen den Anspruch an ein „Gebäude von nationalem Ansehen“.

WDR.de

12.03.09

Wo ist die Flagge

Heute ist Tibetsolidaritätstag. Die ganze Welt erinnert daran, dass vor 50 Jahren der tibetische Volksaufstand von der chinesischen Armee blutig niedergeschlagen wurde. Überall in Deutschland hissen Städte und Gemeinden deshalb die Tibet-Flagge. Nur in Bonn hat man nicht allzu viel davon mitbekommen. Trotz eines deutlichen Ratsbeschluss hat die Stadtverwaltung die Flagge gut versteckt.



Die Stadt Bonn weigert sich standhaft, die Tibetflagge auf dem alten Rathaus zu hissen. Dort weht wie eh und je der Bonner Wimpel. Auch am Tibetsolidaritätstag. Als UN-Stadt könne man nicht einfach einen Staatswimpel auf dem Rathausdach flaggen, das gehe höchstens in Rheinnähe. Aber wo da bitte? Mit etwas Geduld und guten Augen kann der geneigte Tibet-Sympathisant die Flagge dann doch erspähen. Zwischen etlichen Werbebannern, direkt am Rhein weht sie unauffällig vor sich hin. So muss man schon ganz genau hinsehen, um sie zu finden.

Der Ratsbeschluss sah eigentlich anderes vor

Komisch nur: CDU und Grüne hatten vergangenen Sommer etwas anderes beschlossen. Nämlich: "Die Bundesstadt Bonn beteiligt sich durch das Hisen der tibetischen Flagge auf dem Alten Rathaus am nächsten nationalen Tibet-Solidaritätstag." Andere haben da ein entspannteres Verhältnis zur Tibetfahne. Otto Graf Lambsdorf zeigte schon im vergangenen Jahr Flagge, im Büro des CDU-Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel wurde das Banner heute früh aufgehängt. Genauso wie in knapp 1.000 Städten und Gemeinden bundesweit.



Nur die Bonner Oberbürgermeisterin will da nicht mitmachen. Übrigens auch schon vergangenes Jahr nicht. Damals hieß es, man habe keine passende Fahne finden können. Im Ernst: In einer Stadt, die eine eigene Fahnenfabrik hat. Und wo das tibetische Modell in Handarbeit für 65 Euro zu haben ist.

Mit einer Tibetflagge in Bonn kommt man sich schnell ganz schön einsam vor. Nur am Rhein weht sie unauffällig vor sich hin. Petrus sorgt für etwas Wind. Die Stadtverwaltung für viel heiße Luft.

EXPRESS 11.03.2003

Ein Fähnchen im Bonner Winde

Was für ein Theater um ein Stückchen Stoff! Überall in der Region weht als Zeichen der Solidarität mit dem unterdrückten Tibetern die Tibet-Flagge an und auf den Rathäusern. Ob in Siegburg oder Königswinter, in Pulheim oder Erftstadt. In Bonn weht die Fahne auch. Aber



nicht am Rathaus, sondern ein paar hundert Meter weiter am Rheinflufer.

Wart soll der Quatsch, fragt sich da der Rheinländer. Und bekommt aus dem Stadthaus eine wohlfeile Antwort: „Eine Hissung am oder auf dem Alten Rathaus hält die Stadt für rechtlich

bedenklich, da Tibet kein Staat ist. Das Hissen der tibetischen Flagge am Rathaus könnte das falsche Signal aussenden, dass für die Souveränität Tibets eingetreten wird.“

Na, dann... Dabei gab's im letzten Jahr schon Knatsch um die nicht gehissene Flagge. Um das für dieses Jahr zu verhindern, hatte der Rat im Juni beschlossen, dass die Fahne mit der gelben Sonne, den rot-blauen Strah-

len im März 2009 „auf dem Alten Rathaus“ wehen soll.

Kein Wunder, dass CDU-Fraktionsgeschäftsführer **Georg Fenninger** geplättet kommentiert: „Es ist kleinkariert und albern, wie man jetzt nach Gründen sucht, um die Fahne nicht am Rathaus hissen zu müssen.“

Einen Tick schärfer reagieren da die Grünen. Fraktionssprecherin **Dorothea Paß-Weingart** schiebt in Rich-

Die Tibet-Fahne: Sie weht am Rhein, nicht am Rathaus.

tung OB **Bärbel Dieckmann**: „Dass sie aber offenbar meint, Beschlüsse des Rates nach Gutdünken ignorieren oder ändern zu können, ist ein Unding und zeugt von fehlendem Respekt gegenüber der Bürgervertretung.“



General-Anzeige 12.03.2003

Lammert soll CDU-Liste anführen

BONN. Bundestagspräsident Norbert Lammert soll die Landesliste der NRW-CDU für die Bundestagswahl anführen. Der Landesvorstand beschloss, dahinter Generalsekretär **Ronald Pofalla**, die beiden Vize-Landesvorsitzenden **Ursula Heinen** und **Peter Hintze** sowie den parlamentarischen Geschäftsführer der Bundestagsfraktion **Norbert Röttgen** zu setzen. Weitere Prominenten: **Wolfgang Bosbach** (7), **Ruprecht Polenz** (11)

und **Philipp Mißfelder** (16). Neben **Röttgen** hat auch die zweite Rhein-Sieg-Abgeordnete **Elisabeth Winkelmeier-Becker** (21) einen relativ sicheren Listenplatz in Aussicht. Das gilt nicht für den Bonner **Stephan Eisel**, den der Landesvorstand auf Platz 38 setzte - drei Ränge hinter dem wirtschaftspolitischen Sprecher der Fraktion, **Laurenz Meyer**. Auch für ihn könnte es am 27. September eng werden. Allerdings können alle

Kandidaten, die mit ihrem Platz nicht zufrieden sind, am Samstag noch ihre Chance suchen und sich um vordere Plätze bewerben. Die Senioren-Union wollte für ihre Kandidatin, die frühere Bürgermeisterin von Bergisch Gladbach, **Maria Theresia Opladen**, Platz 19 erreichen. Der CDU-Landesvorstand setzte sie allerdings auf den aussichtslosen Platz 43. Daraufhin lehnte die Senioren-Union ab und zog die Kandidatur zurück. ye



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 98832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 19/09

12. März 2009

Bonn Nummer 1 bei Innovationswettbewerb

Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, hat Bonn beim Bundeswettbewerb „Land der Ideen“ mit sieben ausgewählten Projekten den Spitzenplatz erreicht: „Damit haben wir in diesem Wettbewerb um herausragende Beispiele für Innovationskraft exzellent abgeschnitten. Im Verhältnis zur Bevölkerungszahl ist Bonn Nummer 1 in puncto Innovationskraft. Das ist für uns Auszeichnung und Ansporn zugleich.“

Für den Wettbewerb unter der Schirmherrschaft von Bundespräsident Horst Köhler waren insgesamt mehr als 2.000 Bewerbungen von Unternehmen, Forschungsinstituten, Kunst- und Kultureinrichtungen, sozialen Projekten und Initiativen eingereicht worden. Davon wurden 365 Projekte in einen Jahreskalender aufgenommen, d. h. jeder Preisträger stellt seine innovative Idee an einem anderen Tag der Öffentlichkeit vor. Eisel hatte als Bundestagsabgeordneter zur Teilnahme an dem Wettbewerb aufgerufen.

In Bonn entfielen auf jeweils 45.200 Einwohner eine Auszeichnung, Bremen kam mit einer Auszeichnung pro 60.800 Einwohner auf Platz 2 und Dresden folgte mit einer Auszeichnung pro 63.400 Einwohner auf Platz 3. Es folgen Berlin, Stuttgart und Leipzig.

Bonn ist mit folgenden sieben Projekten im Jahreskalender „Land der Ideen“ vertreten:

- 12. März: Führung durch den Posttower (Deutsche Post AG)
- 27. März: Führung durch das DHL Innovation Center (Deutsche Post World Net)
- 07. Mai: Podiumsdiskussion im Camp „Leben nach dem Krebs“ (Deutsche Krebsstiftung)
- 29. Mai: Launch-Event des GREENPILOT (Deutsche Zentralbibliothek für Medizin, Gesundheit, Ernährung, Umwelt, Agrar)
- 13. August: Regionalltagung des Senior Experten Service
- 04. Oktober: Interaktive Zeltstadt „Katastrophenhilfe hautnah erleben“ (Aktion Deutschland hilft)
- 10. November: Mobiler Infostand mit Computerquiz (Nationale Anti-Doping-Agentur)



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 20/09

13. März 2009

Bis zu 30 Güterzüge mit Dieselloks täglich

Der Bundesverkehrsminister hat jetzt die Fragen des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel zum Einsatz von Dieselloks auf den voll elektrifizierten Bahnstrecken im Rheintal beantwortet. Danach „verkehren fahrplanmäßig Dienstag bis Freitag rechtsrheinisch 10 Güterzüge mit Diesellokomotiven und linksrheinisch 11 Güterzüge. An Samstagen und Sonntagen sind es rechtsrheinisch 6 Güterzüge mit Diesellokomotiven und linksrheinisch 3 Güterzüge. Im Bedarfsfahrplan verkehren werktäglich durchschnittlich 10 Güterzüge zusätzlich mit Diesellokomotiven im Rheintal.“

Eisel sagte dazu: „Angesichts der besonders hohen Lärm- und Erschütterungsbelastung und Luftverschmutzung durch Dieselloks ist überhaupt nicht einzusehen, warum täglich bis zu 30 Güterzüge mit Dieselloks auf einer voll elektrifizierten Bahnstrecke verkehren.“

Die Bundesregierung teilte Eisel auch mit, es würden „hinsichtlich der Erschütterungen derzeit Messungen über mögliche unterschiedliche Wirkungen vergleichbarer Züge mit Diesel- und Elektrolokomotiven durchgeführt.“ Zu den unterschiedlichen Lärmbelastungen machte die Regierung keine Angaben. Allerdings seien „nach europäischer und nationaler Rechtslage Eisenbahninfrastrukturunternehmen verpflichtet, einen diskriminierungsfreien Netzzugang für Eisenbahnverkehrsunternehmen zu gewährleisten. Somit darf zugelassenen Fahrzeugen der Netzzugang auch im Rheintal nicht verwehrt werden.“

Mit diesen Antworten gibt sich Eisel nicht zufrieden: „Ich habe für die Fragestunde im Bundestag bereits weitere Fragen angemeldet. Ich will wissen, warum es keine Messungen zu den unterschiedlichen Lärmbelastungen gibt und was die Bundesregierung unternimmt, um den Einsatz alter Diesellokomotiven auf elektrifizierten Strecken zu unterbinden. Es geht nicht darum, die aktuelle Rechtslage zu beschreiben, sondern sie zu ändern, wo sie unsinnig ist. Dieselloks auf elektrifizierten Strecken sind eine unnötige Belastung der Anwohner.“

General-Anzeiger 16.03.2003

Auch Laurenz Meyer muckt nicht auf

Die NRW-CDU stellt die Bundestagswahl zusammen. Rüttgers: Schluss mit Gemäkel an Angela Merkel

Von Bernd Eiermann

MÜLHEIM. 43 Jahre lang ist Norbert Lammert schon in der CDU, war stellvertretender Kreisvorsitzender seiner Partei in Bochum, zweiter Mann in der westfälischen Jungen Union (JU) und Vize im NRW-Landesverband, zudem 20 Jahre Chef der Ruhrgebiets-Union – doch an diesem Samstag erlebte der 60-Jährige eine Premiere: Noch nie sei er bei einer geheimen Wahl mit 100 Prozent der Stimmen gewählt worden, berichtete der Bundestagspräsident dem CDU-Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers, und der teilte es den Delegierten der Landesvertreerversammlung der NRW-CDU in seinem Schlusswort mit.

So wie Lammert wurden bei der Aufstellung der CDU-Landesliste für die Bundestagswahl in der Mülheimer Stadthalle zehn weitere Kandidaten einstimmig gewählt, unter anderem die Rhein-Sieg-Vertreter Norbert Rüttgers auf Platz fünf und Elisabeth Winkelmeier-Becker auf 21. Der Bonner Stephan Eisel erhielt 97,8 Prozent und nimmt Listenplatz 38 ein. Ob dieser Rang für den Einzug in den Bundestag reicht, zeigt sich am Wahlabend. 2005 zog die Liste bis Platz 33. Für Eisel selbst spielt sein Platz allerdings keine Rolle, wie er dem GA sagte. Er gehe davon aus, dass er den Wahlkreis abher gewinnen werde.

Dass die Aufstellung der Liste diesmal unspektakulär war, ist auch daran abzulesen, dass das

um die Fähigkeiten des 61-jährigen Hammers. „Er ist unser bester Wirtschaftspolitiker“, sagte einer aus dem Spitzengremium, ihm fehle aber die Vernetzung in der Landespartei und in der Ruhrgebiets-Union. Andere Delegierte erwähnten seinen Lebenswandel, sprich die öffentlich inszenierte Hochzeit mit einer 26 Jahre jüngeren Justizangestellten.

„Die Liste hat eine gute Statistik, es fühlen sich alle berücksichtigt“, sagte CDU-Landesvize Peter Hintze zufrieden und nannte Rheinländer und Westfalen, Junge und Alte, Frauen und Männer, Befürworter und Gegner der Stammzellforschung. Die im GA geäußerte Kritik der Senioren-Union, seit zehn Jahren nicht mit eigenen Bewerbern auf aussichtsreichen Plätzen vertreten zu sein, nannte Parteiprecher Matthias Heidmeier eine Privatmeinung des Landesvorsitzenden Leonhard Kuckart.

Zur Geschlossenheit der Partei wollte auch Rüttgers seinen Beitrag leisten. Mit einer Rede, die keine Wahlrede werden sollte, aber doch eine wurde. Denn neben Betrachtungen über die Wirtschaftskrise und die Grundlagen von CDU-Politik teilte er kräftig aus – nicht nur Richtung SPD und Linke, sondern diesmal auch gegen die FDP. Seinem Koalitionspartner warf er vor, zu sehr auf den materiellen Erfolg aus zu sein und ähnlich wie die SPD die unterschiedlichen Schichten in der Gesellschaft spalten zu wollen. Rüttgers setzte dagegen: „Für uns

heißt Leistung auch Lebensleistung. Die Leistung der Mutter, die ihre Kinder großzieht. Die Leistung derjenigen, die sich in Ehrenämtern für das Gemeinwohl einsetzen.“ Und er erneuerte seine Forderung nach einer Mindestrente über dem Niveau von Hartz IV für jene, „die ein Leben lang hart arbeiten, auch wenn sie dabei nicht viel verdienen“. Nur die CDU stehe für das Versöhnen der Gesellschaft.

Seiner Partei schrieb der Bundesvize Rüttgers ins Stammbuch, Schluss zu machen „mit dem Gemäkel an Angela Merkel“. Stattdessen gehe es darum, anzupacken und Deutschland aus der Krise zu führen. „Ich bin sicher: Wir schaffen das“, schloss Rüttgers. Das klang aber nur den Worten nach so ähnlich wie das „Yes, we can“ von Barack Obama. Denn der Ministerpräsident hatte den Satz kaum ausgesprochen, da verließ er schon eilig das Rednerpult und nahm auf seinem Stuhl Platz. Der Beifall der Delegierten schien ihm an diesem Tag eher unangenehm.

Die CDU-Landesliste

1. Norbert Lammert (Bochum)
2. Ronald Pofalla (Weeze)
3. Ursula Heinen (Köln)
4. Peter Hintze (Wuppertal)
5. Norbert Rüttgers (Königswinter)
6. Ingrid Fischbach (Hermle)
7. Wolfgang Bosbach (B. Gladbach)
8. Steffen Kampeter (Minden)
9. Marie-Luise Dött (Oberhausen)
10. Ralf Braukus (Hettingen)



Bundestagspräsident Norbert Lammert wird die NRW-CDU auf dem ersten Listenplatz in die Bundestagswahl 2009 führen. FOTO: DPA

„schlechteste Ergebnis“ die 95,2 Prozent für JU-Chef Philipp Mülfelder waren. Niemand der 235 Delegierten wagte es zudem, Einspruch gegen die Vorschläge des Landesvorstandes zu erheben. Nicht einmal Laurenz Meyer, der



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 21/09

16. März 2009

Es gibt keine Beschlüsse zum Umzug der BaFin nach Frankfurt

Die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber und Dr. Stephan Eisel beklagen die ständigen Forderungen und Gerüchte zu einem Umzug der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) von Bonn nach Frankfurt. „Hier werden völlig unnötig Unruhe und Unsicherheit bei den Mitarbeitern und ihren Familien geschürt, ohne dass es dafür sinnvolle Argumente oder gar Beschlüsse gibt,“ beklagen die Abgeordneten.

Beide führen bereits seit geraumer Zeit Gespräche insbesondere mit den Finanz- und Haushaltspolitikern ihrer jeweiligen Parteien. „Die Forderung, dass die Dienstaufsicht über die Banken nach Frankfurt gelegt werden müsse, weil dort die stärksten Finanzakteure sitzen, ist nicht schlüssig,“ meint Stephan Eisel (CDU), „die Aufsicht muss gerade möglichst in räumlicher Entfernung zu den Akteuren sitzen, so wie es der Bundesrechnungshof vormacht.“ „Eine stärkere Verzahnung der BaFin mit der Bundesbank am Standort Frankfurt, wie Finanzminister Steinbrück vorgeschlagen hat, heißt keineswegs, dass die gesamte BaFin nach Frankfurt verlegt werden soll, sondern betrifft zunächst nur die heute schon in Frankfurt arbeitenden Abteilungen der BaFin. Er hat mir mehrmals versichert, dass es dazu keinerlei Festlegungen gäbe und schon gar keine Beschlüsse der Bundesregierung,“ so Ulrich Kelber (SPD).

Beide Abgeordneten beklagen, dass die wachsende Verunsicherung bei den Beschäftigten dazu führe, dass der BaFin weitere Fachleute und ihr Fachwissen verloren gehen könnten, die einen neuerlichen Umzug der Behörde nicht mitmachen wollen. „Es ist schon befremdlich, wenn kaum zehn Jahre nach dem Umzug der alten Bankaufsicht von Berlin nach Bonn schon wieder über einen Umzug der Behörde gesprochen wird. Wer mitten in der Finanzkrise eine der wichtigsten Aufsichtsbehörden über Monate lahmlegen will und den Verlust von Fachwissen riskiert, beweist wenig Verantwortungsbewusstsein,“ so Eisel und Kelber.

Aufstand gegen laute Dieselloks

Täglich fahren bis zu 31 dieser Züge im Rheintal. Bonner Abgeordnete machen in Berlin Druck

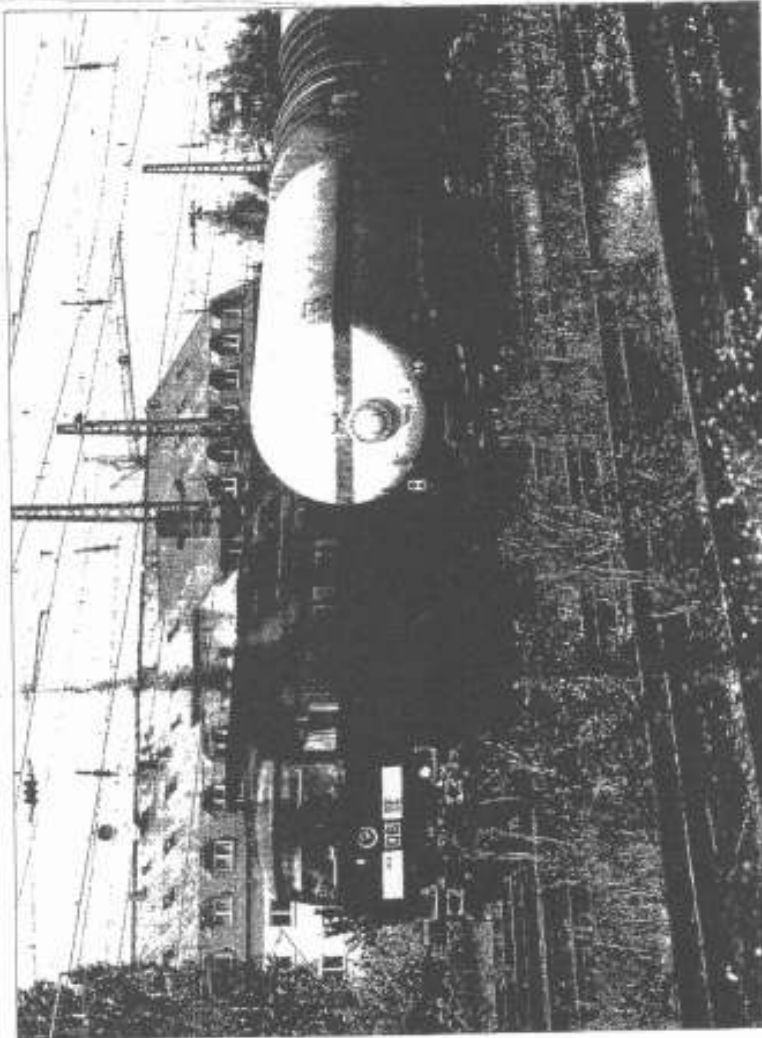
Von Rolf Kleinfeld

BONN. Sie machen Lärm und Dreck, sorgen außerdem noch für starke Erschütterungen: Den Diesellokomotiven, die auf den Bahnstrecken im Rheintal fahren, haben die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) den Kampf angesagt.

„Es ist überhaupt nicht einzusehen, warum auf einer voll elektrifizierten Strecke immer noch solche alten Lokomotiven eingesetzt werden“, sagte Eisel und hat sowohl den dafür zuständigen EU-Kommissar Antonio Tajani als auch den Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee zu konkretem Handeln aufgefordert. Außerdem hat Eisel im Bundestag angefragt, was die Bundesregierung tue, um den Einsatz dieser Loks dort zu verhindern, wo sie durch Wohngebiete führen.

Auch Kelber forderte in Briefen an die beiden Adressaten bereits im Februar, den Einsatz der Dieselloks zu verbieten. Außerdem regte er gegenüber Bahn-Chef Hartmut Mehdorn an, in der Bonner Südstadt 80 Zentimeter hohe Minilärmschutzwände und in Küdinghoven neue Maßnahmen gegen Erschütterungen auszuprobieren. Kelber erinnerte daran, dass die Niederlande den Einsatz der „drecksigsten und schwersten“ Dieselloks in ihrem Land verboten hätten. „Warum folgen wir nicht dem Beispiel“, fragte Kelber Tiefensee.

Die jüngsten Antworten des Bundesverkehrsministers überzeugen die Politik bisher nicht: Tiefensee hatte mitgeteilt, dass „fortplanmäßig“ von Dienstag bis Freitag durchschnittlich zehn Gü-



Die Oberleitungen sind vorhanden, und doch fährt eine Diesellokomotive auf dem Gleis. So wie hier in Leipzig sieht man das häufig auch auf den beiden Güterzugstrecken im Rheintal.

FOTO: MOCED

terzüge mit Dieselloks fahren, linksrheinisch sind es elf im „Bedarfsfahrplan“, kommen werktäglich im Schnitt zehn dieseltreibende Züge hinzu – demnach rollen täglich bis zu 31 Dieselloks durch das Rheintal.

An den Wochenenden sind es allerdings weniger. Laut Verkehrsministerium sind es rechtsrheinisch sechs und linksrheinisch drei Güterzüge mit Dieselloks. Hinsichtlich der Erschütterungen würden derzeit Messungen

zeugen auch im Rheintal die Fahrt nicht verwundet werden.

Eisel will sich mit dieser Antwort nicht zufrieden geben. „Ich will wissen, warum es keine Maßnahmen zu den unterschiedlichen Lärmbelastungen gibt und was die Bundesregierung unternimmt, um den Einsatz alter Diesellokomotiven auf elektrifizierten Strecken zu unterbinden.“ Es geht um die Rechtslage zu anderen, was für ihn „sinnlos“ ist.

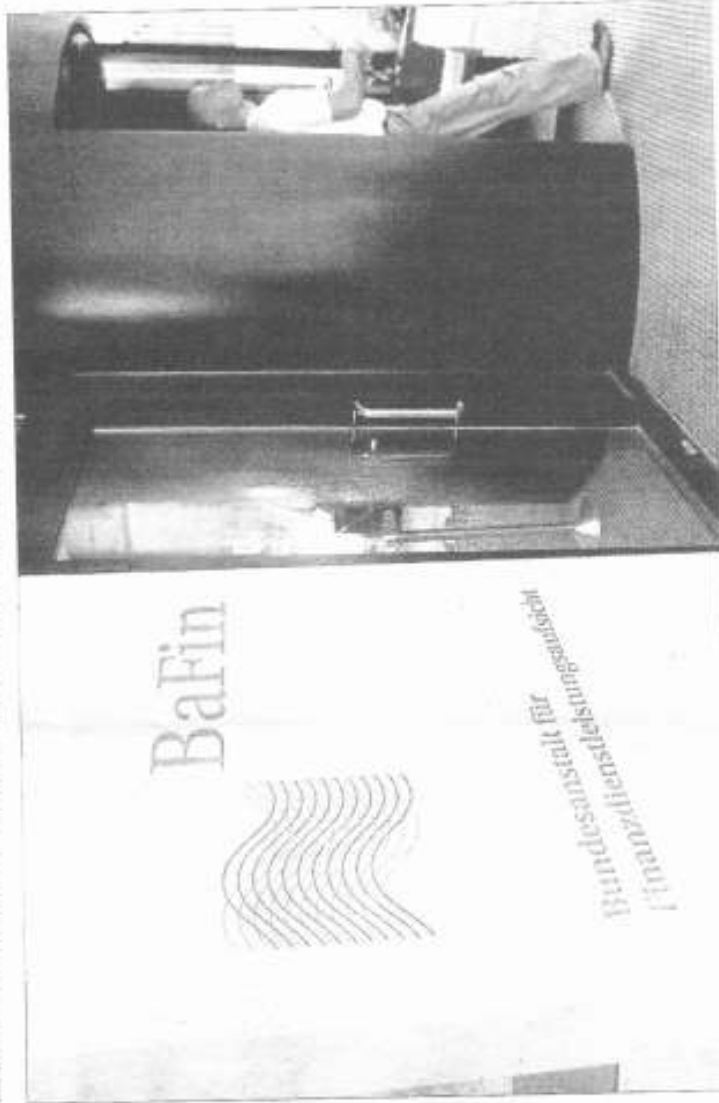
General Anzeiger, 17.03.03

1200 BaFin-Mitarbeitern droht ein Umzug

In Berlin gibt es Pläne, die Bundesanstalt nach Frankfurt/Main zu verlegen. Eisel und Kelber finden das völlig unnötig

Von Bernd Leyendecker

BONN. In der Graurheindorfer Straße 108 geht die Angst um. Dort haben gut 1.200 Mitarbeiter der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) ihren Arbeitsplatz – und der droht, nach Frankfurt/Main verlagert zu werden. Denn die Bundestagstraktoren von CDU/CSU und SPD planen für eine Neuordnung der Bankenaufsicht – quasi Bundesbank und BaFin unter einem Dach. Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel bestätigte gestern dem GA, seine Fraktion strebe ein engeres Miteinander der beiden Institutionen an. „Auf mein Drängen hin ist in unserem Papier die Standortfrage offen geblieben“, sagte er. Sein SPD-Amtskollege Ulrich Kelber demonstrierte derweil einen Bericht der Financial Times Deutschland, wonach auf Vorschlag von Finanzminister Steinbrück (SPD) die institutionelle und örtliche Verzahnung von BaFin und Bundesbank in Frankfurt stattfinden sollte. „Peer Steinbrück hat mir mehrfach versichert, dass es dazu keinerlei Festlegungen gäbe und schon gar keine Beschlüsse der Bundesregierung“, sagte Kelber dem GA. So ganz abwegig scheinen die Ver-



Über 2080 Banken, rund 780 Finanzdienstleister, 630 Versicherungsunternehmen und knapp 80 Kapitalanlage-Gesellschaften kontrollieren die BaFin-Mitarbeiter in Bonn. Foto: J. J. J.

mutungen über einen Umzug indes nicht zu sein. Zwar sagt der SPD-Politiker, die Steinbrück-Aussage heiße „keinemwegs, dass die gesamte BaFin nach Frankfurt verlegt werden soll, sondern be-

trifft zunächst nur die heute schon in Frankfurt arbeitenden Abteilungen der BaFin“. Neben Bonn ist die Bundesanstalt noch in Frankfurt vertreten, mit knapp 500 Mitarbeitern. In einer gemeinsamen

Erklärung kritisieren die beiden Abgeordneten die Umzugspläne: „Hier werden völlig unnötig Unruhe und Unsicherheit bei den Mitarbeitern und deren Familien geschürt, ohne dass es dazu

sinvolle Argumente gibt.“ Sie beklagen, dass die wachsende Verunsicherung bei den Beschäftigten dazu führe, dass der BaFin weitere Fachleute und deren Fachwissen verloren gehen könnte, die einen neuerlichen Umzug der Behörde nicht mitmachen wollen. Kelber und Eisel: „Es ist schon bedauerlich, wenn kaum zehn Jahre nach dem Umzug der alten Bankenaufsicht von Berlin nach Bonn schon wieder über einen Umzug der Behörde gesprochen wird. Wer mitläuft in der Finanzkrise eine der wichtigsten Aufsichtsbehörden über Monate lahmlegen will und den Verlust von Fachwissen riskiert, beweist wenig Verantwortungsbewusstsein.“

BaFin-Sprecherin Sabine Reimer wollte sich offiziell zu der Frage nicht äußern. „Das ist eine politische Entscheidung“, sagte sie dem GA. Allerdings räumte sie ein, dass es im Haus „Umnützung“ und „Umsatz“ gäbe. Da würden die Mitarbeiter aber schon deutlich bei. Von „Sauer“ über „an uns drückt mal was der Kerne“ bis „weil sich die Qualität eigentlich verbessert“ las man freudigen Reaktionen.

In Bonn will sich die „Bunten Rinde“, der die Bundesanwaltschaft zugeordnet ist, der Region Köln/Bonn/Elberfeld/Alte abgeben, mit dem Thema befassen.



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 22/09

18. März 2009

Bahnlärm: EU-Kommissar antwortet Eisel

EU-Kommissar Antonio Tajani hat dem Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel mitgeteilt, dass die EU-Kommission eine Initiative „mit dem Ziel rechtsverbindlicher Lärmdifferenzierung der Trassenpreise“ ergreifen wird. Eisel begrüßte dies als einen wichtigen Schritt zur Bekämpfung von Bahnlärm: „Die Kosten für diejenigen zu erhöhen, die laute Loks und Güterwaggons einsetzen, ist sicherlich ein wirksames Mittel. Auf diesem Weg müssen wir zügig voranschreiten.“

Eisel hatte die EU-Kommission in einem Schreiben Mitte Februar aufgefordert, konsequenter gegen Bahnlärm vorzugehen. In seiner Antwort erinnert der zuständige EU-Kommissar Tajani – der Italiener ist zugleich Vizepräsident der Kommission – an das so genannte „Greening Transport“ Paket vom Juli 2008, das die Einführung von finanziellen Anreizsystemen zur Reduzierung von Bahnlärm ankündigt. Weiter heißt es in dem Schreiben: „Hierzu wird die Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Richtlinie 2001/14/EG mit dem Ziel rechtsverbindlicher Lärmdifferenzierung der Trassenpreise vorlegen und weitere Maßnahmen ergreifen, um die Aktivitäten einzelner Mitgliedsstaaten zu koordinieren. Die dargestellten Maßnahmen werden innerhalb der nächsten Jahre dazu führen, dass sich die Lärmemissionen entlang der Hauptachsen des Schienengüterverkehrs in Europa deutlich reduzieren.“

Zu dem von Eisel kritisierten Einsatz von Dieselloks auf voll elektrifizierten Bahnstrecken im Rheintal verweist der Kommissar darauf, „dass diese insbesondere im grenzüberschreitenden Verkehr eingesetzt werden, da es in Europa unterschiedliche Bahn-Stromsysteme gibt. An fast jeder Landesgrenze müssten elektrische Lokomotiven gewechselt werden, mit entsprechenden Verzögerungen und Logistikkosten.“ Ein Verbot des Einsatzes von Diesellokomotiven stünde nicht nur im Widerspruch zur europäischen Klimaschutz- und Verkehrspolitik, sondern auch zum Zugangsrecht für Eisenbahnverkehrsunternehmen zur Bahninfrastruktur. Weiter schreibt der EU-Kommissar: „Da aber in den vergangenen Jahren mehrere Hersteller so genannte Mehrstromlokomotiven auf den Markt gebracht haben, die bei akzeptablen Mehrkosten grenzüberschreitend eingesetzt werden können, hoffe ich, dass diese mittelfristig zu einem Rückgang des Einsatzes von Diesellokomotiven auf elektrifizierten Bahnstrecken führen werden.“

Eisel sagte dazu: „Dass man Dieselloks einsetzt, weil Elektroloks an der Grenze gewechselt werden müssten, ist nur im grenzüberschreitenden Verkehr ein Argument. Jetzt gilt es zu prüfen, wie Dieselloks nationalen Verkehr eingesetzt werden, obwohl dafür keine Notwendigkeit vorliegt.“ Eisel kündigte dazu weitere Anfragen an die Bundesregierung an.

General Anzeiger,
16.03.09

Eisel auf Listenplatz 38

BONN. Der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel ist auf der Landesvertreterversammlung der CDU Nordrhein-Westfalens am Samstag in Mülheim/Ruhr nur auf Platz 38 der Landesreserveliste der Partei gewählt worden. Das könnte knapp werden für den Wiedereinzug in den Berliner Reichstag, sollte Eisel bei der Bundestagswahl am 27. September den alten Adenauer-Wahlkreis nicht direkt holen. Bei der Wahl 2005 zog die Liste bis Platz 33. Eisel kam als Nachrücker ins Parlament. (dbr)

WDR.de

19.03.09

Angst um Arbeitsplätze - zieht die BaFin nach Frankfurt?

Die Bundesaufsichtsbehörde für das Finanzwesen - die BaFin - ist erst vor acht Jahren nach Bonn gezogen. Die 1200 Mitarbeiter kamen als sogenannte Ausgleichsmaßnahme nach Bonn. Als Entschädigung dafür, dass der Regierungssitz nach Berlin ging. Der Umzug sorgte damals für große Unruhe unter den Beschäftigten. Sie hatten das Gefühl zum Bauernopfer des Regierungsumzugs geworden zu sein. Jetzt gibt es wieder Unruhe bei der BaFin. Sie soll eventuell nach Frankfurt weiterziehen. Deshalb muss Personalratschef Hans Jürgen Riehm zur Zeit mit besonders vielen Mitarbeitern reden.



Sandra Schönbeck ist bei der Bankenaufsicht und kontrolliert die Genossenschaftsbanken. Sie ist eigens für den Job bei der BaFin nach Bonn gezogen und will unbedingt aus erster Quelle erfahren, wie es um die Umzugspläne der BaFin nach Frankfurt steht. Personalratschef Hans-Jürgen Riehm kann ihr da zur Zeit wenig Mut machen.

Eine Mehrheit für den Umzug ist unklar

Angefangen hat die Diskussion mit einem Positionspapier von Finanzminister Steinbrück. Experten im Finanzausschuss haben dann nachgelegt und nachdrücklich für eine Zusammenlegung der Bankenaufsicht bei der Bundesbank plädiert. Allerdings: Der Bundestag müsste für den Umzug Gesetze ändern. Ob eine Mehrheit dafür zustande kommt ist zur Zeit unklar. Die Bonner Abgeordneten sind gegen die Pläne des Finanzministers, sie glauben, dass der Umzug den Mitarbeitern und der Bankenaufsicht schadet.

Das Finanzministerium sieht das anders und will die BaFin unbedingt zum Nachbarn der Bundesbank machen. Das verbessere die Kontrolle. Ein Scheinargument für den Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel: "Die Behörden, die Kontrollieren sollen müssen nicht an dem Ort der zu Kontrollierenden sitzen."

FR Rhein-Zeitung, 19.03.09

Diskussionen um den Bafin-Standort

Bundestagsabgeordnete beruhigen Bonner Mitarbeiter der Behörde

In Berlin gibt es Überlegungen, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach Frankfurt zu verlegen. Die Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber und Dr. Stephan Eisel sprechen sich gegen diese Pläne aus.

BONN. Die Bonner Bundestagsabgeordneten Ulrich Kelber und Dr. Stephan Eisel bekämpfen die ständigen Forderungen und Gerüchte zu einem Umzug der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) von Bonn nach Frankfurt. „Hier werden völlig unnötig Unruhe und Unsicherheit bei den Mitarbeitern und ihren Familien geschürt, ohne dass es dafür sinnvolle Argumente oder gar Beschlüsse gibt“, beklagen die Abgeordneten.

Beide führen bereits seit geraumer Zeit Gespräche insbesondere mit den Finanz- und Haushaltspolitikern ihrer jeweiligen Parteien. „Die Forderung, dass die Dienstaufsicht über die Ban-

ken nach Frankfurt gelegt werden müsse, weil dort die stärksten Finanzakteure sitzen, ist nicht schlüssig“, meint Stephan Eisel (CDU). „die Aufsicht muss gerade möglichst in räumlicher Entfernung zu den Akteuren sitzen, so wie es der Bundesrechnungshof vornimmt.“

Rund 1200 Mitarbeiter der Finanzdienstleistungsaufsicht haben in der Graurheindorfer Straße 108 in Bonn ihren Arbeitsplatz. Derzeit wird in der Bundesfraktion der Großen Koalition über eine Neuordnung der Bankenaufsicht gesprochen. Bundesbank und Bafin könnten unter ein gemeinsames Dach ziehen.

„Eine stärkere Verzahnung der Bafin mit der Bundesbank am Standort Frankfurt, wie Finanzminister Steinbrück vorgeschlagen hat, heißt keineswegs, dass die gesamte Bafin nach Frankfurt verlegt werden soll, sondern betrifft zunächst nur die heute schon in Frankfurt arbeitenden Abteilungen der Bafin“, erklärte

Ulrich Kelber (SPD). Der Bundesfinanzminister habe ihm mehrmals versichert, dass es dazu keinerlei Festlegungen gäbe – „und schon gar keine Beschlüsse der Bundesregierung“, sagt der Sozialdemokrat weiter.

Beide Abgeordneten beklagten, dass die wachsende Verunsicherung bei den Beschäftigten dazu führe, dass der Bafin weitere Fachleute und ihr Fachwissen verloren gehen könnten, die einen neuerlichen Umzug der Behörde nicht mitmachen wollen.

„Es ist schon befremdlich, wenn kaum zehn Jahre nach dem Umzug der alten Bankaufsicht von Berlin nach Bonn schon wieder über einen Umzug der Behörde gesprochen wird. Wer mitten in der Finanzkrise eine der wichtigsten Aufsichtsbehörden über Monate lahmlegen will und den Verlust von Fachwissen riskiert, beweist wenig Verantwortungsbewusstsein“, so Eisel und Kelber.

Bonner Rundschau,
18.03.09

Indien tritt IRENA bei

BONN. Indien ist als 77. Mitglied der Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) beigetreten. Botschafter Moura Shankar unterzeichnete die Beitrittsklärung im Auswärtigen Amt in Berlin. Das teilte Karten Sach, der Vorsitzende der IRENA-Verwaltung, mit. Indien zahle im ersten Jahr 112 500 Dollar in den Haushalt der Agentur.

Kommentar des Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU): „Der Beitritt von Indien, dem bald bevölkerungsreichsten Land der Erde, ist eine sehr wichtige Stärkung von IRENA und unterstreicht die globale Bedeutung dieser Agentur. Umso wichtiger ist unser Einsatz für den IRENA-Standort Ikan.“

Die Agentur war am 26. Januar in Bonn gegründet worden, damals traten 75 Staaten bei. (dbr)

IN KÜRZE

„Keine Umzugsbeschlüsse“
Die Bonner Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD) haben gestern Forderungen widerprochen, die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bafin) müsse von Bonn nach Frankfurt/Main umziehen. Eine stärkere Verzahnung der Bafin mit der Bundesbank in Frankfurt, wie Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) vorgeschlagen habe, heiße nicht, dass die gesamte Bafin nach Frankfurt verlegt werden solle, sondern betreffe nur die heute schon am Main arbeitenden Abteilungen der Anstalt. Es gebe dazu keine Beschlüsse der Bundesregierung, sagten die Abgeordneten. Sie warnten davor, die Bafin-Mitarbeiter zu verunsichern. (dbr)

Bonner Rundschau,
17.03.09



Dr. Stephan Eisel
Mitglied des Deutschen Bundestages
Wahlkreisbüro: Markt 10-12
53111 Bonn
0228 - 184 99832
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Tel. 030 - 227 - 77088
stephan.eisel@bundestag.de

Medienmitteilung

Nr. 23/09

23. März 2009

Expertenkontroverse zu Heroin im Bundestag

In der heutigen Anhörung des Deutschen Bundestages zur Arzneimittelzulassung von Heroin prallten erneut höchst unterschiedliche Expertenmeinungen aufeinander. Dies berichtete der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel nach einer Sitzung des Gesundheitsausschusses: „Das Thema bleibt insbesondere unter Medizinern sehr umstritten. Deshalb bin ich für eine Klärung der kontroversen Fragen durch eine neue Studie. Ein Gesetz zur Arzneimittelzulassung von Heroin wäre de facto nicht mehr korrigierbar.“

Dem Bundestag liegen sowohl Gesetzesanträge vor, die die Vergabe von künstlich hergestelltem Heroin (Diamorphin) an Schwerstabhängige in die Regelversorgung der Krankenkassen vorsehen, als auch ein Antrag, der eine Fortsetzung des vor sieben Jahren begonnen Modellversuchs vorschlägt. An diesem Modellversuch hatte sich auch Bonn beteiligt: Hier befinden sich z. Zt. 27 Schwerstabhängige in Behandlung. Eisel betonte, dass die Fortsetzung der Behandlung dieser Patienten in jedem Fall gesichert sei.

In der Bundestagsanhörung gab es unter den Experten weder Einigkeit über die wissenschaftliche Qualität der bisherigen Studie noch darüber, ob die erzielten Erfolge Ergebnis einer besonders intensiven psycho-sozialen Betreuung oder der Verabreichung von künstlichem Heroin statt Methadon sind. Während die Sozialverbände für die Aufnahme der Heroinbehandlung in die gesetzliche Regelversorgung plädierten, waren die anwesenden Ärzte völlig unterschiedlicher Meinung: Zwei plädierten für den vorliegenden SPD-Entwurf, zwei weitere – darunter der Vertreter der Bundesärztekammer - forderten deutliche Veränderungen in diesem Entwurf und drei Ärztevertreter waren dafür, in einem weiteren Versuch die offenen Fragen zu klären. Eisel dazu: „Ich kann der Aufnahme einer unter Ärzten umstrittenen Behandlungsmethode in die gesetzliche Regelversorgung nicht zustimmen. Auch in Bonn haben mir Ärzte, die mit dem Thema zu tun hatten, davon abgeraten.“ Eisel, der als einziger der Bonner Abgeordneten an der Anhörung teilgenommen hat, kritisierte, dass die Stadtverwaltung Bonn als einzige der betroffenen Kommunen bei der Anhörung nicht vertreten war und auch keine schriftliche Stellungnahme abgegeben hat.

Tischermeldung, 26.03.09

Bundestag tagt wieder in Bonn - Anlass: 60 Jahre Konstituierung

Berlin/Bonn (ddp). Aus Anlass des 60. Jahrestages seiner Konstituierung kehrt der Bundestag im September für einen Tag an seinen Ursprung zurück. Wie der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel am Donnerstag in Berlin mitteilte, wird die Sitzung am 7. September um 11.00 Uhr in der Bundesstadt am Rhein stattfinden. Eisel war im November 2007 mit dieser Idee an Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) herangetreten. Den Angaben zufolge ist der Ältestenrat jetzt einem entsprechenden Vorschlag Lammerts gefolgt.

«Nachdem die Entscheidung jetzt endgültig gefallen ist, sprechen mich viele Kollegen an und freuen sich auf den Bonner Sitzungstag. Auch beim stenografischen Dienst und den Saaldienern stößt die Entscheidung auf sehr positives Echo. Es gibt hier noch viele, die schon in Bonn beim Parlament gearbeitet haben», betonte Eisel.

Zur Jubiläumssitzung sollen laut Eisel auch die früheren Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden. Damit kommen zu den 612 Bundestagsabgeordneten über 1500 frühere Parlamentsmitglieder hinzu. Eisel forderte: «Jetzt sollten wir in Bonn überlegen, was wir aus diesem außergewöhnlichen Ereignis machen können.»

Am Nachmittag des 7. September 1949 hatte sich in Bonn der 1. Deutsche Bundestag konstituiert. Acht Fraktionen hatten bei den einige Wochen zuvor erfolgten Wahlen den Sprung ins Parlament geschafft, wobei die Union mit 31 Prozent Stimmenanteil die stärkste Kraft vor der SPD mit 29,2 Prozent wurde. Eine Woche nach der Konstituierung des «Hohen Hauses» wurde der CDU-Politiker Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

ddp/spa/stu

Protest gegen Dieselloks verpufft

Eisel reicht die Antwort aus Brüssel nicht

BONN. Der Vorstoß der Bundestagsabgeordneten Stephan Eisel (CDU) und Ulrich Kelber (SPD), laute Dieselloks auf den beiden Güterzugstrecken im Rheintal zu verbannen, bekommt einen kleinen Dämpfer: Wie EU-Kommissar Antonio Tajani Eisel in einem Brief mitteilt, verstoße ein Verbot dieser Loks gegen das Zugangsrecht zur Bahninfrastruktur und widerspreche auch europäischer Klimaschutz- und Verkehrspolitik. Allerdings werde an einer Initiative gearbeitet, die Trassenpreise der Bahnstrecken je nach Lärm der Züge festsetzt.

Eisel will trotzdem weiter aktiv bleiben. «Dass man Dieselloks einsetzt, weil Elektroloks an der Grenze gewechselt werden müssten, ist nur im grenzüberschreitenden Verkehr ein Argument. Jetzt gilt es zu prüfen, wie Dieselloks im nationalen Verkehr eingesetzt werden, obwohl dafür keine Notwendigkeit vorliegt.»

Auch Rainer Bohnet, Chef der Rhein-Sieg-Eisenbahn, hatte sich bei Eisel gemeldet und ihm erklärt, dass kleinere Dieselloks im regionalen Güterverkehr fahren müssten, weil viele Gleisanschlüsse der Kunden nicht elektrifiziert seien. Auch fürs Rangieren bräuchte man diese Loks, bei langen Güterzügen dagegen liege das an finanziellen Erwägungen, weil eine neue E-Lok mindestens doppelt so teuer sei wie eine neue Diesellok. kf

General Anzeiger, 23.03.09

Domradio, 26. 03. 09

URL: http://www.domradio.de/news/artikel_51764.html

26.3.2009

Rückkehr des Bundestags nach Bonn für einen Tag

Aus Anlass des 60. Jahrestages seiner Konstituierung kehrt der Bundestag im September für einen Tag an seinen Ursprung zurück. Wie der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel mitteilte, wird die Sitzung am 7. September um 11.00 Uhr in Bonn stattfinden. Zur Jubiläumssitzung sollen auch die früheren Mitglieder des Bundestages eingeladen werden. Am 7. September 1949 hatte sich in Bonn der 1. Deutsche Bundestag konstituiert.

(ddp)

~~PR inside~~ 26.03.09

Anlass: 60 Jahre Konstituierung

Bundestag tagt wieder in Bonn



Bundestag tagt wieder in Bonn ddp

26.03.2009 18:26:25 - Aus Anlass des 60. Jahrestages seiner Konstituierung kehrt der Bundestag im September für einen Tag an seinen Ursprung zurück. Wie der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel am Donnerstag in Berlin mitteilte, wird die Sitzung am 7. September um 11.00 Uhr in der Bundesstadt am Rhein stattfinden.

Berlin/Bonn (ddp-nrw). Aus Anlass des 60. Jahrestages seiner Konstituierung kehrt der Bundestag im September für einen Tag an seinen Ursprung zurück. Wie der Bonner CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel am Donnerstag in Berlin mitteilte, wird die Sitzung am 7. September um 11.00 Uhr in der Bundesstadt am Rhein stattfinden. Eisel war im November 2007 mit dieser Idee

an Bundestagspräsidenten Norbert Lammert (CDU) herangetreten. Den Angaben zufolge ist der Ältestenrat jetzt einem entsprechenden Vorschlag Lammerts gefolgt.
«Nachdem die Entscheidung jetzt endgültig gefallen ist, sprechen mich viele Kollegen an und freuen sich auf den Bonner Sitzungstag. Auch beim stenografischen Dienst und den Saaldienern stößt die Entscheidung auf sehr positives Echo. Es gibt hier noch viele, die schon in Bonn beim Parlament gearbeitet haben», betonte Eisel.
Zur Jubiläumssitzung sollen laut Eisel auch die früheren Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden. Damit kommen zu den 612 Bundestagsabgeordneten über 1500 frühere Parlamentsmitglieder hinzu. Eisel forderte: «Jetzt sollten wir in Bonn überlegen, was wir aus diesem außergewöhnlichen Ereignis machen können.»
Am Nachmittag des 7. September 1949 hatte sich in Bonn der 1. Deutsche Bundestag konstituiert. Acht Fraktionen hatten bei den einige Wochen zuvor erfolgten Wahlen den Sprung ins Parlament geschafft, wobei die Union mit 31 Prozent Stimmenanteil die stärkste Kraft vor der SPD mit 29,2 Prozent wurde. Eine Woche nach der Konstituierung des «Hohen Hauses» wurde der CDU-Politiker Konrad Adenauer zum ersten Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt.
(ddp)

General Anzeiger,
26.03.09

■ Die Deutsch-Französische Gesellschaft Bonn und Rhein-Sieg hat den CDU-Bundestagsabgeordneten **Stephan Eisel** in ihren Beirat berufen. Vorsitzende des Beirates, der dem Vorstand beratend zur Seite steht, ist die Bonner Europa-Abgeordnete **Ruth Hieronymi**. Weitere Beiratsmitglieder sind unter anderem **Catherine Robert**, Direktorin des Robert-Schuman-Instituts, Rhein-Sieg-Landrat **Frithjof Kühn** und IHK-Hauptgeschäftsführer **Michael Swoboda**. fhg

FAZ, 27.03.09

Inland in Kürze

Kuratoriumsmitglieder gewählt - Der Bundestag hat aus seinen Reihen Mitglieder des Kuratoriums der Stiftung "Deutsches Historisches Museum" gewählt. Dem Gremium sollen die Unions-Abgeordneten Eisel und Stephan Mayer, die SPD-Politiker Pries und Thierse sowie der FDP-Politiker Otto angehören. (pca.)

Bonner Rundschau,
27.03.09

Auch der Bonner **CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel** gratulierte Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann in einem persönlichen Brief und nutzte die Gelegenheit, „Ihnen für Ihren großen Einsatz für unsere Heimatstadt Bonn zu danken“.

*

General Anzeiger,
26.03.09

Begegnungen in Berlin

BONN. Wer sich mit Politikern über Glaube und Werte unterhalten möchte, den lädt CDU-MdB **Stephan Eisel** zu den „Tagen der Begegnung“ nach Berlin ein. Jugendliche zwischen 17 und 27 Jahren erhalten von Mittwoch, 22., bis Samstag, 25. April, Einblicke in den Bundestag und die Möglichkeit, mit Abgeordneten aller Fraktionen ins Gespräch zu kommen. Eine Anmeldung ist unter www.tage-der-begegnung.eu möglich. Die Kosten betragen inklusive Verpflegung 50 Euro. Im Preis nicht erhalten ist die Unterkunft. Weitere Informationen unter ☎ 02 28/18 49 98 32. hhk

General Anzeiger
27.03.09

Bundestag tagt in Bonn

Jubiläumssitzung am
7. September

BONN. Zur Feier des Jahres will der Deutsche Bundestag am 7. September zum ersten Mal seit dem Berlin-Umzug wieder in Bonn tagen, genau 60 Jahre nach der ersten Parlamentssitzung 1949. Der Bonner Bundestagsabgeordnete **Stefan Eisel** hatte dem Bundestagspräsidenten **Norbert Lammert** den Vorschlag unterbreitet, dem jetzt auch der Ältestenrat zustimmte.

Am 7. September um 11 Uhr beginnt die Bonner Jubiläumssitzung im Plenarsaal. Dazu sollen auch die früheren Parlamentarier eingeladen werden, so **Eisel**. Damit kämen zu den 612 aktuellen Abgeordneten noch 1 500 Ehemalige. „Jetzt sollten wir in Bonn überlegen, was wir aus diesem außergewöhnlichen Ereignis machen können“, sagt **Eisel**, der sich auch über die positive Resonanz vieler Kollegen in Berlin freut. ma

Bonner Rundschau,
30.03.03

Bundestag tagt wieder in Bonn

Sitzung am
7. September

BONN. Zum ersten Mal seit dem Berlin-Umzug wird der Deutsche Bundestag am 7. September wieder in Bonn tagen. Dies teilte der Bonner Bundestagsabgeordnete Stephan Eisel (CDU) mit: „Genau 60 Jahre nach der ersten Sitzung des Deutschen Bundestages am 7. September 1949 tritt das Parlament wieder in Bonn zusammen. Das ist eine prima Sache und auch eine hervorragende Chance, Bonn allen Abgeordneten zu präsentieren.“

Wie Eisel mitteilte, habe der Ältestenrat des Bundestages den Vorschlag von Bundestagspräsident Norbert Lammert beschlossen, im Bonner Bundestagsplenarysaal am 7. September um 11 Uhr zusammenzutreten. Damit werde ein Vorschlag realisiert, den der Bonner Abgeordnete im November 2007 an den Parlamentspräsidenten herangetragen hatte. Beim stenografischen Dienst und den Saaldienern stöße die Entscheidung auf sehr positives Echo, sagte Eisel. „Es gibt hier noch viele, die schon in Bonn beim Parlament gearbeitet haben.“

Zur Jubiläumssitzung sollen auch die früheren Mitglieder des Deutschen Bundestages eingeladen werden. Damit kommen zu den 612 aktuellen Bundestagsabgeordneten über 1500 frühere Parlamentsmitglieder. (EB)